Nr. 233. 20. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ritter des Rechts und der Freiheit.

Die furchtbaren Gerichtsurteile der letzten Tage lassen erneut erkennen, wessen das arbeitende Volk sich von der heutigen Klassenjustiz zu versehen hat. Die gesamte Ordnungspresse, die konservativen Organe an der Spitze, wissen natürlich das Angemessene der unerhörten Strafmaße in das gebührende Licht zu setzen. Wie gewöhnlich wollen sie in der bekannten Unparteilichkeit des preußischen Richterstandes die Gewähr und Bürgschaft dafür erblicken, daß in Preußen trotz jenes Ministerwortes: „wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe", das Recht mit gleichem Maße verzapft wird. Demgegenüber mag daran erinnert sein, daß unsre Junker nicht immer solch' wohlwollende Ansichten über den preußischen Richterstand zum besten gegeben haben. Aus den Tagen des Verfassungskonflikts z. B., als eine größere Anzahl von Richtern der Fortschrittspartei angehörte, ließen sich eine Reihe von Aeußerungen konservativer Führer citieren, die mit der Kritik, wie sie heute die Socialdemokratie an der Justiz übt, dem Wesen nach eine verzweifelte Aehnlichkeit besitzen. Sagte doch, um es bei einem einzigen Beispiel bewenden zu lassen, damals Graf Krassow im preußischen Herrenhause: „Es giebt Grenzen der Unparteilichkeit! Niemand kann allen Versuchungen widerstehen; absolut unparteiisch ist kein Mensch; wider Wissen und Willen ist jeder parteiisch bis zu einem gewissen Grade." Liegt die Zeit des Verfassungskonflikts auch um ein Menschenalter zurück, so bietet sie bei näherem Zusehen doch den Beweis, wie die konservativen Söhne von heute ihren konservativen Vätern lediglich das System abgeguckt, wie man gegenwärtig die Socialdemokratie auf Grund derselben nackten Interessenpolitik mit denselben Phrasen abzuthun sucht, mit denen zumal das damalige Herrenhaus die „Demokratie" zu bekämpfen sich bemüht hat.

Unter Friedrich Wilhelm IV., in dem das klerikale Junkertum noch heute das Muster eines genialen Kirchenpolitikers erblickt, war die „Kreuz-Zeitungs"-Partei obenauf. Die Hofkamarilla hatte die innere Politik völlig beschlagnahmt und beutete sie auf das schamloseste in ihrem Interesse aus, während sie den König unbekümmert um Olmütz und etwaige weitere Folgen in der auswärtigen Politik nach Belieben schalten und walten ließ. Dabei wußte sie seit langem, daß sie es mit einem Geistesgestörten zu thun hatte. Loyal wie sie war, suchte sie dann die Regentschaft Wilhelms I., von der sie eine Schädigung ihrer heiligen Ausbeuterinteressen befürchtete, zu hintertreiben, und besaß sogar die natürlich königstreue Unverfrorenheit, ihm anläßlich seiner späteren Thronbesteigung in einer Herrenhaus-Adresse den geistesgestörten Bruder als Vorbild und Muster hinzustellen. Die Differenzen zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus in der Frage der Heeresreorganisation konnten daher dieser Partei nur höchst gelegen kommen. Nahm das Abgeordnetenhaus die Vorlage an, so war es gut, denn die neuen Offiziersstellen fielen den Junkern der Mehrheit nach zu; lehnte es sie ab, so war es besser, denn das Königtum wurde damit auf die konservative Hilfe und ein konservatives Ministerien zurückverwiesen. Die Aufgabe, diesen nackten Interessenstandpunkt mit den nötigen staatserhaltenden Redensarten zu verhüllen, fiel neben der „Kreuz-Zeitung" in erster Linie dem damaligen Herrenhause zu, das diesem Bedürfnis denn auch mit einer bunten Musterkarte christlich-volksfreundlicher Staatsweisheit gerecht zu werden gesucht hat.

Schon in dem Zwischenministerium von der Heydt hatte der Minister des Innern v. Jagow durch einen Erlaß die Streitfrage als generellen Gegensatz von königlichem Regiment und parlamentarischer Regierung präcisiert. Angesichts der Unfähigkeit der Fortschrittspartei, die Situation zu Gunsten einer freiheitlicheren Regierungsform nachdrücklich auszunutzen, haben die Renegaten dieser Partei die Richtigkeit jener Auffassung nachmals bestritten. Gewiß ist, daß sie bei den Ultrakonservativen lebhaften Anklang fand und im Herrenhause bald zu dem unvermeidlichen Gegensatz von Christ und Antichrist, dem konservativ-klerikalen Kabinettstück erweitert ward. „Die Gegenstände des Konflikts, hauptsächlich die Militärreorganisation, treten zurück", sagte dort unter anderm ein würdiger Vorfahr des bekannten „Post"-Artiklers, Graf Zedlitz-Neukirch, bei der Beratung einer Adresse an den König im Februar 1863, „wenn wir erwägen, uns auf einen höheren Standpunkt stellend, daß es einen weit größeren Kampf gilt, einen Kampf, der nicht allein in Preußen, sondern in ganz Europa entbrannt ist, der Kampf gegen alle göttliche und weltliche Autorität, der Kampf des Antichrists gegen das Christentum." Bei einer andern Gelegenheit wiederum ging man mit einem Citat des Gründers der konservativen „Weltanschauung" Stahl, dem, nebenbei bemerkt, der „oppositionelle" Windthorst nachmals eine besondere Verehrung angedeihen ließ, hausieren: Die Demokratie „vernichtet von Grund aus das Königtum, alle gegebene Obrigkeit, alle geschichtlich überkommene Ordnung und Berechtigung, vernichtet alle naturgemäße Ungleichheit und Ergänzung bis zur vollständigen Nivellierung der Gesellschaft, vernichtet den christlichen Kultus, um die Offenbarungsleugnung und die Staatsreligion aufzurichten, vernichtet selbst Recht und Freiheit des Menschen, unterwirft Leben und Eigentum, ja sogar Gewissen und Denkart grundsätzlich der anarchischen Gewalt der Massen, der Volksentwicklung, der öffentlichen Leidenschaft, dem Wahn des Tages . . . Seitdem die arabischen Horden den Westen Europas überfluteten und seitdem die Hunnen im Osten einfielen, hat der europäischen, hat der christlichen Civilisation nie solche Gefahr gedroht, als zu dieser Zeit, da die Macht der Demokratie entfesselt ist; und die Gefahr ist um so größer, als der Feind nicht wie damals ein äußerer ist, sondern in unsren Eingeweiden wohnt und wühlt." Das beweglichste Klagelied aber stimmte der alte Kleist-Retzow an: „Die gegenwärtige Zeit erinnert mehrfach an das Jahr 1848. Ich will hier nur eine Aehnlichkeit hervorheben. Der Mann, der gegen den Schluß des Jahres 1848 und in den darauf folgenden im ganzen Lande mit Entrüstung genannt wurde, weil er die des Königs Majestät schuldige Ehrfurcht verletzt hatte, der Dr. Jacoby, wird gegenwärtig wieder im Lande gefeiert, ihm wird mehrfach angeboten, ihn in das Abgeordnetenhaus zu wählen . . . Der tiefgehende Gegensatz zwischen Krone und Abgeordnetenhaus blieb auch auf gewisse „liberale" Richtungen der damaligen Beamtenschaft nicht ohne Einfluß, und hier war es der bereits erwähnte Graf Kraffow, der die von den Konservativen geschaffene und bis 1858 geradezu ausschließlich beherrschte preußische Bureaukratie angesichts einzelner Selbständigkeitsregungen in einer Weise zu charakterisieren unternahm, die auf die Gegenwart angewandt, die Macht des Junkertums trefflich illustrieren würde. „Ich glaube," so meinte er, „man hätte den Gegensatz auch so fassen können: ob königliches, ob bureaukratisches Regiment . . . Schon längst, meine Herren, vor dem Jahre 1858 hat der preußische Beamtenstand die oberste Macht der Krone in einem solchen Grade aufgesogen, daß der Wille des Königs bisheran machtlos abgeprallt ist an seiner Beamtenschaft." Wohin die Konservativen damals steuerten, gab Graf Arnim von Boytzenburg bei der Budgetdebatte 1863 deutlich zu verstehen. „Ich halte nämlich", sagte unter anderm der genannte Graf, „jede Verwerfung des Budgets für . . . einen revolutionären Akt . . . Ich frage, wie soll es werden, . . . wenn das irre geleitete Land nicht patriotischere, sondern dieselben Abgeordneten schickt, und wenn die Verweigerung jener Mittel und in diesem Fall die Verweigerung jedes möglichen Budgets sich stets wiederholt seitens der Abgeordneten? Was dann? Meine Herren, dann liegt ein Mißbrauch des Budgetrechts vor und wie steht dazu die Machtfrage? Die königliche Macht soll dem guten Recht zur Seite stehen und eine königliche Macht und Regierung, die diesen Grundsatz unverrückt festhält, wird schließlich auch die Zustimmung und die Billigung aller Klassen erhalten . . . Aber, meine Herren, dem Mißbrauch des Rechts tritt die Macht gegenüber." Derselbe Redner verstieg sich zwei Jahre später zu der charakteristischen Auslassung: „Ich frage Sie, ob die Minister regieren können, wenn die Landesvertretung der Regierung die Abgaben jedes Jahr aufs neue zu gewähren hätte?" Die verfassungsmäßige Ausübung des Budgetrechts erschien den damaligen Herrenhäuslern, um mit dem Baron Senfft-Pilsach zu sprechen, als „ein dämonischer Eroberungsfanatismus", dem mit Nachdruck entgegengetreten werden müsse, wolle man nicht die Erfahrung Frankreichs mit „Revolution, Republik und Säbelregiment" machen.

Den Höhepunkt der öffentlichen Aufregung bezeichnete damals die Preßordonnanz vom 1. Juli 1863, die die verfassungsmäßige Preßfreiheit willkürlich suspendierte und das Erscheinen der Zeitungen in das Ermessen der Verwaltungsbehörden stellte. Indem sie gleichzeitig bestimmte, daß diejenige Behörde, in deren Verwaltungsbereich die Zeitung erschien, über das Forterscheinen eines Blattes zu bestimmen habe, ward einem weiteren Verfassungs-Paragraphen ins Gesicht geschlagen, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden durfte. Die diesbezüglichen Verhandlungen des Herrenhauses sind um so charakteristischer, als sie sich mit den scharfmacherischen Hetzereien konservativer Blätter von heutzutage ebenso decken, wie sie einem jesuitischen Lehrbuch über die bürgerliche Freiheit entnommen sein könnten. Schon die Auslassungen des Berichterstatters Dr. Daniels sind ein flagranter Beweis, wie konservative Ehrenhaftigkeit die Freiheit mit der „Freiheit" totzuschlagen gesonnen war. „Es kann die Preßfreiheit", so sagte er, „in einem andren Sinne als dahin verstanden werden, daß jeder schreiben dürfe, was ihm in den Sinn kommt, möge es verletzend sein oder nicht. Die Sicherung der persönlichen Freiheit fordert Preßfreiheit auch als Freiheit von Zudringlichkeiten der Presse, als Schutz gegen den Druck, den sie auf eine leichtgläubige Menge ausüben kann, als Schranke gegen Verdächtigung, durch welche die achtbarsten Persönlichkeiten an ihrer Ehre geschädigt werden können." Die öffentliche Sicherheit fordere nicht nur die Unterdrückung von Aufständen, sondern auch die Erhaltung der Behörden in dem ihnen gebührenden Ansehen und Recht, die „Zurückdämmung von Entstellungen, die Unzufriedenheit erregen könnten," „wie endlich nicht durch tägliche Aufregung in der Presse Anlaß zu Haß zwischen den Staatsangehörigen gegeben und dadurch der öffentliche Friede in Gefahr gesetzt werden" dürfe. Die Preßordonnanz sei eine Notwendigkeit, da es sonst zur Erledigung der zahllosen Prozesse „nicht bloß in Bezug auf das Heer, sondern auch auf den Richterstand einer Reorganisation bedürfe; es würde gegen die Presse eine eigene Richterkompagnie formiert werden müssen". Auf die Aeußerung des Altliberalen und nachmaligen Finanzministers Camphausen, es könne doch höchstens von einem „Notstande des Ministeriums" die Rede sein, verstieg der damalige Minister v. Eulenburg sich sogar dazu, einen öffentlichen Notstand bereits bei einer „Beunruhigung der Gewissen" und „einer Beirrung des politischen Bewußtseins im Volk" als vorliegend zu erachten.

Nicht minder interessant ist die Art und Weise, wie man die sonst perhorreszierten Eingriffe in das Privateigentum, die bei Konzessionsentziehungen Tagesblättern gegenüber unstreitig vorlagen, zu rechtfertigen versucht. Zunächst stellte man die famose Behauptung auf, eine solche Konzessionsentziehung sei gar keine Strafe, weil sie keinen Teil des Strafrechts bilde; ferner komme einer königlichen Verordnung ohne weiteres Gesetzeskraft zu, und da es Gegenstand der Gesetzgebung sei, zu bestimmen, „was zur Kognition der Gerichte und der Verwaltungsbehörden gehört", so habe die Preßordonnanz „nur eine anderweitige gesetzliche Bestimmung über die Kompetenz der bisherigen ordentlichen Richter getroffen". Die vom konservativen und christlichen Standpunkte aus tollste Eigentumstheorie stellte aber bei einer zweiten Beratung über die Preßordonnanz im Januar 1864 der Berichterstatter Dr. Daniels auf, wenn er sagte: „Es ist ein bekannter Rechtsgrundsatz, daß man wohlerworbene oder allgemeine Rechte auch verwirken kann wegen begangenen Mißbrauchs. **Es existiert kein Eigentum zu rechtswidrigen Zwecken, sondern es soll eben nur die Mittel zu erlaubten Zwecken geben".** Das Proletariat hat allen Grund, sich diese Auslegung des Eigentums zu merken. Wenn ungebührliche und menschenunwürdige Ausbeutung unter die „rechtswidrigen Zwecke" zählt und Konfiskationen rechtfertigt, dürfte von konservativem Grundeigentum und sonstigem Kapitaleigentum in Preußen nicht viel mehr übrig bleiben.

Wie der Augenschein lehrt, bewegt sich das Junkertum von heute durchaus auf der Kulturhöhe seiner Väter. Sein christlicher Citatenschatz, sein volksfreundlicher Rechtssinn, die staatserhaltende Brutalität seiner Interessen sind die gleichen geblieben. Die Väter geruhten bereits, mit dem einst verfehmten „Kronenraub und Nationalitätenschwindel" den deutschen Patriotismus in bekömmliche Erbpacht zu nehmen. Die erlauchten Sprossen übertreffen sie durch ihre verdienstvolle Anpassungsfähigkeit an eine Allerweltsabenteuer-Politik, die sie den inneren Feind in Frieden plündern und brandschatzen läßt. War es doch zu jeder Zeit, um mit den Herren der Konfliktsära zu reden, ein wesentliches Kennzeichen des Junkertums, „einzutreten für Recht und Freiheit".

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Oktober.

Der Wahlaufruf der Scharfmacher.

Am Sonntag veröffentlicht die „Post" den preußischen Wahlaufruf der freikonservativen Partei, der so ziemlich identisch ist mit der Scharfmacherklique, welche die „Post" finanziell aushält.

Der Aufruf empfiehlt die Politik der Kaninchenjagd gegen die Socialdemokratie:

„Die Kraft und Entschlossenheit, mit welcher die Staatsregierung zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken gegen das vordringende Polentum vorgeht, findet unsre volle Anerkennung und Billigung. **Wir fordern aber von der Regierung dieselbe Kraft und Energie in der Bekämpfung der Socialdemokratie, welche offen die Beseitigung der Monarchie und unsrer gesamten staatlichen Ordnung als ihr Ziel bezeichnet.** Diese Partei ist der geschworene Feind aller fest zum Königshaus der Hohenzollern und unsrer Staatsverfassung stehenden bürgerlichen Richtungen, ihre entschlossene Bekämpfung die unabweisbare Pflicht jedes königstreuen Mannes und guten Preußen."

Der völlige Zusammenbruch der Ostmarken-Politik wird von keinem Verständigen mehr geleugnet. Die Regierung dürfte sich also besinnen, eine neue verstärkte Auflage dieser Bankrottpolitik zu beginnen. In welcher Weise aber soll die Socialdemokratie nach hakatistischen Rezepten zu Grunde gefördert werden. Das Polentum versuchte man durch die halbe Germanisierungsmilliarde auszurotten. Mit der Socialdemokratie wird man nicht eher fertig, als bis man das Proletariat beseitigt. Wollen die Freikonservativen nun etwa ein paar Milliarden bewilligen, damit das Proletariat in Preußen wenn nicht entproletarisiert, so doch wenigstens wirtschaftlich gehoben werden kann? Wir würden uns gegen eine solche Bekämpfung der Socialdemokratie sicher nicht wenden.

Des weiteren erklärt sich der Aufruf gegen ein „christliches" Volksschulgesetz — darin unterscheiden sich die Konservativen von den Freikonservativen — und natürlich auch gegen die Kanalvorlage und jede Aenderung des Wahlrechts:

„Die Einführung des geheimen und gleichen Wahlrechts in Staat und Gemeinden lehnen wir ebenso entschieden ab wie eine Verminderung der Vertretung der weniger bevölkerten Landesteile im Landtage. Nicht auf Kosten dieser Vertretung, sondern durch mäßige Vermehrung der Gesamtzahl der Abgeordneten ist die Teilung übermäßig volksreicher Wahlkreise zu ermöglichen.

Fester Zusammenschluß aller staatserhaltenden Elemente auf dem Boden starker monarchischer Institutionen, Sammlung der patriotischen Männer von rechts und links, welche das Vaterland über die Partei stellen, zur Abwehr gegen socialistische, radikale und rückschrittliche Bestrebungen — kräftiges Eintreten für die Beseitigung wirklicher Mißstände — stetige und gedeihliche Fortentwicklung unsres Staatslebens in den guten Traditionen bürgerlicher Freiheit und fester staatlicher Ordnung — Förderung jedes Kulturfortschrittes — gleichmäßige Pflege aller Zweige des heimischen Erwerbslebens — sind stets die leitenden Gesichtspunkte der freikonservativen Partei gewesen. Sie werden auch ihr Leitstern für die Zukunft sein.

Unsre Parole bleibt: „Das Vaterland über die Partei, das Gemeinwohl über die Sonderinteressen."

Die Wendung gegen „rückschrittliche" Tendenzen ist ein blutiger Witz. Und die Stellung des Gemeinwohls über die Sonderinteressen ist so zu verstehen, daß das Gemeinwohl nach freikonservativer Auffassung das Sonderinteresse einiger industriefeudaler Majoratsherren

darstellt, und die zu bekämpfenden Sonderinteressen das Gemeinwohl der breiten Volksmassen bedeuten. Die Parole der Scharfmacher bleibt: Jedem (der regierenden Familien) das Deine! —

Ueber Soldatenmißhandlungen und Beschwerderecht

macht der als Kenner unsrer militärischen Verhältnisse zweifellos einwandsfreie Oberst a. D. Gädke im „Berl. Tagebl." folgende höchst interessante Ausführungen:

„. . . Es ist die Neigung, die im Heere herrscht, die **Fehler des Vorgesetzten gegen den Untergebenen mit milderen Augen** anzusehen als die des letzteren gegen den ersteren — um der Disciplin willen. Man glaube nicht, daß darunter nur der gemeine Mann zu leiden habe; es betrifft den Unteroffizier und der Offizier in ihrer Rolle als Untergebene ganz ebenso, mit der gleichen Wucht, der gleichen Unerbittlichkeit, der gleichen Einseitigkeit. Es ist der Geist, **der sogar bei offenbaren Uebergriffen des Vorgesetzten, bei klaren Verletzungen selbst allerhöchster Bestimmungen** über den Wirkungskreis der Untergebenen, **den ersteren gegenüber dem Beschwerdeführer möglichst schonen läßt;** die Anschauung, daß alle solche Vorschriften **nicht sowohl dem Untergebenen ein klagbares Recht geben** als vielmehr nur eine Verantwortlichkeit des Vorgesetzten gegenüber seinen Oberen begründen. So betrachtet man denn den **Vorgesetzten,** der die Schranken seiner Befehlsgewalt eigenmächtig erweiterte, **in weit geringerem Maße wie einen Uebertreter,** der das böse Beispiel des Ungehorsams gab und dadurch seinerseits die Manneszucht schädigte, **als man geneigt ist, in dem Beschwerdeführer, der auf sein Recht pocht,** einen schwierigen, empfindlichen Untergebenen zu sehen. **Man liebt die Beschwerde im Heere nicht,** das ist natürlich. Aber ich möchte doch auch nicht behaupten, daß man die **Person des Beschwerdeführers** mit der **christlichen Nächstenliebe umfinge,** die das vornehmste Gebot unsrer Religion ist. . . . Aber auch hier neigt man, und im Heere wohl noch mehr als auch sonst im Leben, dazu, den Träger der Sache mit der Sache selbst gleichzusetzen. So entwickelt sich denn von oben nach unten ein in **viele Grade abgestufter persönlicher Despotismus,** der immer in Gefahr stehen wird, schließlich in **blinde Unterwürfigkeit nach oben** und **Willkür nach unten auszuarten.** Dieser Despotismus wird um so härtere körperliche Formen annehmen, von je weniger gebildeten Händen er ausgeübt wird. Hier liegt eine Auffassung der Mannesznht vor, die ihren schroffsten Ausdruck in der Forderung Friedrichs des Großen findet, **daß der Mann seinen Vorgesetzten mehr fürchten müsse als den Feind.** Das ist nicht mehr, kann nicht sein die Auffassung unsrer Zeit, denn nicht mehr die Hefe des Volkes, sondern seine auserlesene Blüte füllt die Reihen des Heeres. Die Mannesznht unsrer Tage kann sich nicht auf Furcht, sondern nur auf Vertrauen gründen."

Also: Blinde Unterwürfigkeit nach oben und Willkür nach unten, Nichtanerkennung des Beschwerderechts — so etwas hat ja selbst die Socialdemokratie noch nicht zu behaupten gewagt. Und hier sagt's ein Oberst a. D.!

Die Manöverausschreitungen

im 110. Regiment, die zu dem außerordentlich harten Heidelberger Urteil führten, werden, so schreibt man uns, in militärischen Kreisen lebhaft erörtert. Der „Vorwärts" brachte schon in seiner Sonntagsnummer eine Auslassung des Generals z. D. v. Boguslawski, der diese Ausschreitungen als „Früchte der socialdemokratischen Aufhetzung" ansieht. Die Herren greifen mit der ihnen eignen Unfähigkeit, die Vorgänge innerhalb der Armee objektiv zu betrachten, zu allerhand unsinnigen Ausreden, um die Oeffentlichkeit über die wahren Ursachen zu täuschen. An dieser Stelle soll einmal kurz auf die Quelle dieser Ausschreitungen und zugleich auf eine Art von Mißhandlungen hingewiesen werden, die weder bestraft noch als Mißhandlungen angesehen werden, die aber manchem jungen Manne die Militärjahre zur Qual machen. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß mancher „aus unbekannten Gründen" erfolgte Selbstmord darauf zurückzuführen ist. Es sind dies die ungerechten, die Grenzen der Loyalität stark überschreitenden Behandlungen, die man ganz gut mit dem Namen „moralische Mißhandlungen" belegen kann, zu deren Verfolgung das Militär-Strafgesetzbuch aber keine Handhabe bietet. Hierbei kommt vor allen Dingen der „innere Dienst", also der Dienst im Kasernement in Betracht.

Bei Bestrafungen entscheidet oft der sympathische oder unsympathische Eindruck des Mannes, der ganz individuell ist. Zu einer genaueren Kenntnis und Beurteilung des Mannes fehlen den Vorgesetzten, und zumeist den jüngeren, die Erfahrung, die Menschenkenntnis. Oft müssen auch die Leute unter Strebertum oder nervöser Gereiztheit leiden.

Einem Mann mit unsympathischem Aeußeren oder einer dem Vorgesetzten mißliebigen Charakterseite vergiebt man die kleinen Unregelmäßigkeiten, welche der Dienst mit sich bringt, beim Appell rc., nicht so leicht wie den übrigen Leuten. Es sei nur an die Durchsicht der Montierungsstücke erinnert. Dieselben befinden sich oft in einer solchen Verfassung, daß es trotz angestrengter Ausnützung der freien Zeit nicht möglich ist, sie in verlangtem Zustande vorzuzeigen. Meist bekommen ja mißliebige Leute auch die abgetragensten Stücke. Bei den Durchsichten findet man also immer „etwas", wenn man „etwas" braucht. Nun wird der Mann zur Meldung gebracht, zum Rapport bestellt oder was es sonst noch für Nadelstiche in dieser Beziehung giebt. Man zieht ihn bei Beschäftigungen während der dienstfreien Zeit vor, läßt ihn häufiger auf Wache ziehen und setzt ihn allmählich bei sämtlichen Vorgesetzten in Mißkredit. Durch solche Behandlung wird der Mann selbstverständlich erbittert. Bricht nun bei ihm der Trotz durch, so kann man sicher darauf rechnen, daß der Mann ein sogenanntes „schlechtes „Element" wird. Die Wege alle zu bezeichnen, welche zu diesem Resultate führen, würde zu viel Raum in Anspruch nehmen. Nichts wirkt demoralisierender als ungerechte Behandlung und selbst die kleinste, noch dazu wenn man sie täglich erleidet. Ohne Murren müssen die Mannschaften alles über sich ergehen lassen. Das erfordert die Subordination. Der kleinste, auch nur durch die Gesichtsmuskeln ausgedrückte Protest kann als Insubordination bestraft werden. In den Herzen der Leute sammelt sich im Laufe des Jahres eine Summe von Groll und Erbitterung, die nach Bethätigung verlangt. Dazu ist die Manöverzeit wie geschaffen. Die Leute liegen zerstreut in einzelnen Gehöften, können nicht so überwacht werden, und die Dunkelheit in den Dörfern begünstigt die verschiedenen Prügeleien. Dann hält mancher Soldat den Augenblick für günstig, um Rache an dem verhaßten Peiniger zu nehmen. Er denkt selten daran, daß er sich für sein Leben unglücklich machen kann. Doch der Fall einer Prügelei ist immerhin noch der seltenere. Häufig rächt man sich durch Wegnahme von Montierungsstücken an den Unteroffizieren. Schreiber dieser Zeilen hat Fälle erlebt, wo man ganze Pferdezäunungen entwendet hatte. Wohl beschuldigte man den mutmaßlichen Thäter, aber die Beweise fehlten. In vier von zehn Fällen gelingen solche Unternehmungen. Vielfach aber erwischt man die Verbrecher und mancher bis dahin unbescholtene Mann verbüßte noch eine mehrmonatige Gefängnisstrafe, während sich seine Kameraden schon der goldenen Freiheit erfreuten. Zu entschuldigen sind derartige Racheakte nicht, aber sie sind die Produkte der militärischen Behandlung. Der Militarismus macht den Mann zum Sklaven, und Sklaven sind feige. Es ist notwendig, diese Dinge einmal kritisch zu beleuchten, um den Herren Militärs den Boden zu entziehen für ihre läppischen Behauptungen von der „socialdemokratischen Aufhetzung". —

Die Antwort auf das Heidelberger Militärgerichts-Urteil, das wegen einer in der Manöverstimmung begangenen Unbedachtsamkeit vier Soldaten auf 26 Jahre in das Gefängnis schickt, wurde am Sonnabendabend erteilt. In der Turnhalle zu Heidelberg waren 1500 Personen, darunter viele aus dem Bürgerstande, versammelt, die durch einmütige Zustimmung zu der vernichtenden Anklage, die Genosse Abg. Eichhorn gegen den heutigen Militarismus erhob, eine recht fühlbare Antwort auf jenes fürchterliche Urteil gaben. Es wurde eine Resolution gefaßt nach welcher die Versammlung gegen ein System protestiert, das Urteile wie das Heidelberger möglich macht. Sie sprach sich ferner gegen das stehende Heer und für Volkswehr aus und verlangte Unterstellung des Heeres unter bürgerliches Recht und Gerichtsbarkeit, Sicherung des Beschwerderechts und Anerkennung der Notwehr gegen Mißhandlungen durch Vorgesetzte. — Gegen diese Resolution stimmten nur drei bis vier Nationalsociale! In der Musenstadt am Neckar bildet diese Demonstration ein Ereignis. —

Zur **bayrischen Wahlrechts-Reform** wird uns aus München geschrieben:

Der heikelste Punkt der ganzen Wahlgesetz-Reform ist die Wahlkreis-Geometrie. Die Einteilung der Wahlkreise wurde bisher auf administrativem Wege geregelt. Der Gesetzentwurf will die Wahlkreis-Einteilung gesetzlich festlegen. Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1900 sollen Wahlkreise mit durchschnittlich 38 000 Einwohnern (bisher 31 500) auf einen Abgeordneten gebildet werden und zwar sind 103 einmännige und 30 zweimännige Wahlkreise vorgeschlagen, so daß sich die Zahl der Abgeordneten von 159 auf 163 vermehren würde. Auf diese Weise bekäme z. B. München 12 (bisher 5) Abgeordnete, Nürnberg 6 (jetzt 4) und die Stadt Ludwigshafen, die bisher zum Wahlkreise Speyer gehörte, 2 Abgeordnete. Es wird sich nun darum handeln, ob die von der Regierung vorgeschlagene Wahlkreis-Einteilung so beschaffen ist, daß ihr sowohl das Centrum als auch die Liberalen zustimmen. Die bisherige Einteilung kam, namentlich in der Pfalz den Liberalen zu Gute, die sich natürlich heftig gegen jede Aenderung sträuben, die ihrem Besitzstande gefährlich werden könnte. Bringen sie aber deswegen die Wahlrechts-Reform zu Fall, so würde ihnen damit auch noch nicht viel geholfen sein. Denn die Regierung hat es dann immer noch in der Hand, auf administrativem Wege die Wahlkreise neu einzuteilen und damit sind dann die Hauptbeschwerden des Centrums beseitigt, während das Volk wieder einmal um das direkte Wahlrecht betrogen wäre. Die socialdemokratische Partei aber wird jedenfalls sich veranlaßt sehen, durch eine umfassende Agitation die Wählermassen mobil zu machen, damit die bürgerlichen Parteien und die Regierung daran erinnert werden, daß bei einer Wahlrechts-Reform auch auf die Wünsche des Volkes Rücksicht zu nehmen ist.

*

Die ganze Rückständigkeit Preußens erkennt man aus Betrachtungen des konservativen „Reichsboten". Obwohl der bayrische Entwurf neben sehr bedeutenden Verbesserungen auch bedauerliche Verschlechterungen (Heraufsetzung des Wahlalters usw.) enthält, sieht der „Reichsbote" doch bereits in der Reform den Anfang der roten Republik; er schreibt:

„In andren Kleinstaaten, wie Baden, Sachsen u. a., will man ebenfalls das Landtags-Wahlgesetz nach dem Reichstags-Wahlgesetz abändern. Daraus ergiebt sich, daß für die Socialdemokratie gute Zeiten kommen, und **wenn auch Preußen dem Druck unterliegt und sein Wahlgesetz in dieser Weise ändert, dann wird ja bald die Zeit des Zukunftsstaates anbrechen.** Wenn die Regierungen den Socialdemokraten selbst die Wege in dieser Weise bahnen, so muß es ihnen ja gelingen, wenn sie mit ihrer Agitations-Organisation auf den ihnen überall präparierten Boden treten. Manche gute Patrioten schlugen uns neulich vor, man solle die Landtage aus ihrer Mitte die Reichstags-Abgeordneten wählen lassen und meinten, dadurch einen besseren Reichstag zu bekommen. **Wenn aber schon der Landtag auf roter Basis erwachsen ist, dann wird der Reichstag aus den Rötesten der Roten zusammengesetzt werden.** Wenn sich die Regierungen vor dem demokratischen Zug der Zeit beugen — wer soll denn da noch feststehen! Aber sie werden dann auch die Folgen tragen müssen; die Konsequenz des demokratischen Princips ist die Republik; darüber darf man sich nicht täuschen."

Der „Reichsbote" erweist der Monarchie keinen guten Dienst, wenn er ihre Existenz von der Beibehaltung des elendesten aller Wahlsysteme abhängig macht. Die Wahlreformen in den Einzelstaaten, so ungenügend sie auch sein mögen, müssen für Preußen dennoch ein Ansporn sein, um unsrerseits in eine Wahlrechts-Agitation einzutreten. —

München, 5. Oktober. Kammer der Abgeordneten. Zur Verhandlung standen heute zwei Interpellationen über die Verstaatlichung der Pfälzischen Eisenbahnen. Der Ministerpräsident Freiherr v. Podewils hob in Beantwortung der Interpellationen hervor, daß die Regierung die Verstaatlichung vorläufig hinausgeschoben habe, weil genaue Berechnungen ergeben hätten, daß die sofortige Uebernahme der Bahnen für den Staat kein gutes Geschäft wäre. Der Kaufpreis sei 245,5 Millionen Mark, der Reingewinn habe im Jahre 1902 im ganzen 11 Millionen und nach Abzug der Amortisationssumme nur 9 Millionen Mark betragen. Dieses Bild verändere sich jedoch zu Ungunsten des Staates, da dieser für Personal, Pensionen, Bahnhofsbauten und andres viel mehr anwenden müsse als die Privatbahngesellschaften. Die Ausgaben würden somit viel größer werden, Dabei sei es zweifelhaft, ob die Einnahmen auf der bisherigen Höhe bleiben würden. Hierbei kämen in Betracht neue Hafenanlagen bei Straßburg und Kehl und nicht zu vermeidende Tarifmaßnahmen. Unter einem Hinausschieben der Verstaatlichung würde die Pfalz nicht leiden, denn die Verwaltung der Pfälzischen Bahnen werde allen Anforderungen des Verkehrs gerecht und für den Bau neuer Linien in der Pfalz werde die Staatsregierung Sorge tragen. Der gangbarste Weg dafür wären vorläufig wohl besondere Verträge mit den Pfälzischen Bahnen über den Bau und Betrieb solcher Linien, eventuell direkter Bau durch den Staat. In dem neuen Lokalbahn-Gesetzentwurf werde die Pfalz bedacht sein. Hinsichtlich der politischen Bedeutung der Verstaatlichungsfrage wies Freiherr v. Podewils auf die früheren Ausführungen des Grafen Crailsheim hin, daß von einem Anschluß der Pfälzischen Bahnen an die preußisch-hessische oder Reichs-Eisenbahngemeinschaft nicht die Rede sein könne. In der dann folgenden Besprechung der Interpellationen traten Redner der Centrumspartei und der liberalen Vereinigung für die Verstaatlichung der Bahnen ein. Die Besprechung wird morgen fortgesetzt werden. —

Ausland.

Neue Judenmetzeleien in Rußland.

In Mohilew, der Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements, haben, wie der Telegraph bereits gemeldet, Judenmetzeleien stattgefunden, die nicht weniger furchtbar gewesen sind, als die von Kischinew. Das „Czernowitzer Tageblatt", das seiner Zeit die ersten Nachrichten von den Bluthaten in Kischinew brachte, veröffentlicht eine Meldung, wonach es am 30. September, dem Vorabend des Versöhnungs-Festes, in Mohilew am Dnjepr zu einem blutigen Straßenkampf zwischen der jüdischen Bevölkerung und den Bauern aus der Umgebung Mohilews kam, wobei etwa 300 Juden und 100 Bauern getötet wurden. Die Hälfte der 50 000 Einwohner zählenden Stadt sind Juden. Wie das genannte Blatt ferner mitteilt, ist unter den bukowinaischen Bauern schon seit langem eine Agitation gegen die Juden betrieben worden. —

Die Balkanwirren.

Die Antwort der Pforte auf die Mitteilung der Entente-Mächte bestätigt den Empfang der Erklärung und sagt, daß dieselbe als Beweis der wohlwollenden Absichten der Mächte die Pforte befriedigt. Die Pforte spricht den festen Willen aus, Ruhe und Ordnung zum Wohle der Unterthanen ohne Unterschied der Religion und des Stammes zu gewährleisten. Die Pforte hebt jedoch noch einmal hervor, daß, wenn das beschlossene Programm bisher nicht vollständig ausgeführt werden konnte, daran einzig die bulgarischen Agitatoren schuld seien, welche alles versuchten, um durch die ärgsten Missethaten die Thätigkeit der Behörden zu erschweren und zu nichte zu machen. Die Unterdrückung der Bewegung, für welche die Pforte die Truppen verstärken mußte, würde leicht gelingen, wenn in Bulgarien die Bildung von Banden und deren Grenzübertritt nicht geduldet würde. Die Banden, die auf der einen Seite zerstreut würden, drängen auf der andren Seite wieder ein und verleiteten die Einwohner gegen ihren Willen und ihr eignes Interesse. Die Lage werde verschlechtert durch die bulgarischen Rüstungen und Vorbereitungen, die Einberufung neuer Divisionen, Bestellung von Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen, weiter durch militärische Requisitionen, strategische Brückenbauten und andre Maßregeln, welche die Unruhestifter ermutigten und die Pforte zu Gegenmaßregeln zwängen. Die friedlichen Absichten der Pforte seien zu bekannt, um angezweifelt zu werden; aber obgleich in Sofia feste Versprechungen gemacht worden seien, setze die bulgarische Regierung die Rüstungen fort. Deshalb müßten die Mächte, welche dieselbe Friedensliebe bekunden, darauf dringen, daß Bulgarien seinen Pflichten gegen den Sonzerän, welcher Bulgarien wohlwollend behandele, nachkomme, die Bildung von Banden und deren Uebertritt verhindere, die militärischen Vorbereitungen einstelle und durch seine Haltung die Durchführung des beschlossenen Programms nicht hindere.

*

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Konstantinopel gemeldet: Zahlreiche bulgarische Banden unter Befehl bulgarischer Offiziere überschritten die Grenze und drangen in das Gebiet von Razlog ein. Sie erschienen in den Städten Petritsch, Melnik, Drama, Nevrekop und Dschumabala und proklamierten den allgemeinen Aufstand. Die letzten hier eingetroffenen Nachrichten lauten alarmierend. In hiesigen amtlichen Kreisen herrscht große Unruhe.

*

Wien, 5. Oktober. Die Blätter besprechen die identischen Noten der Regierungen Oestreich-Ungarns und Rußlands an ihre Botschafter in Konstantinopel und heben die entschiedene Erklärung hervor, die macedonische Frage in friedlicher Weise lösen zu wollen, was durch eine wirksamere Kontrolle und Ueberwachung der Ausführung des ursprünglichen Reformprogrammes geschehen solle. Hierin unterscheide sich die gegenwärtige Note wesentlich von der Februar-Note.

Das „Fremdenblatt" schreibt: Dieser feste Wille bilde zugleich die Bürgschaft für den Erfolg. Man dürfe voraussetzen, daß der Sultan im eigensten Interesse nicht das letzte Mittel zurückweisen werde, was sich ihm zur Wiederherstellung der Ruhe biete.

Das „Neue Wiener Tagblatt" will wissen, daß die identischen Telegramme in offizieller Form auch den Kabinetten in London, Paris, Berlin und Rom mitgeteilt wurden, und daß die Kabinette sämtlicher Großmächte die vorher an sie gerichtete Frage, ob sie bezüglich der pazifikatorischen Thätigkeit der Entente-Mächte auf dem Balkan noch auf dem gleichen Standpunkt ständen wie um die Jahreswende, mit entschiedenem „Ja" beantwortet hätten. —

Holland.

Das Venezuela-Schiedsgericht.

Haag, 5. Oktober. Bei der fortgesetzten Beratung der Venezuela-Angelegenheit führte McBeigh in der Fortsetzung seines am Sonnabend begonnenen Plaidoyers aus, die dem Gerichtshofe unterbreitete Frage sei eine Frage ethischer Natur, nämlich ob der Krieg gegen Venezuela gerecht und notwendig war oder nicht. Die Beschwerden Englands hätten nur den Vorwand für den Krieg gebildet; Venezuela habe sich mit viel mehr Grund über die Abfahrt eines englischen Kriegsschiffes von London nach dem karaibischen Meere beklagt, da dasselbe dem Führer der Aufständischen Matos dienen sollte, sowie über die Lieferung von Waffen an die Aufständischen durch die Einwohner von Trinidad, aber England habe es stolz abgelehnt, die Beschwerden in Erwägung zu ziehen. Zu dem Zweck, die Interessen der Eisenbahngesellschaften von Venezuela und der Inhaber von Bonds zu schützen, die sich über die Wertverringerung der venezolanischen Wertpapiere beklagten, und angesichts der Beschwerden der Diskontogesellschaft in Berlin sei eine gemeinsame Aktion Englands und Deutschlands unternommen worden. In der Weltgeschichte finde sich kein Präzedenzfall für einen gleichen Krieg, der ein rein finanzieller gewesen sei. —

Italien.

Das Manifest zum Zarenempfang hat die Zustimmung der Mehrheit der Deputierten der äußersten Linken erhalten. Nur Turati macht seine Unterschrift von folgenden Abänderungen abhängig. Er will den Satz: „Die Gesetze der Gastfreundschaft sind nur so lange heilig, als man sie anrufen kann, ohne die noch heiligeren Gesetze der Menschlichkeit zu vergessen", gestrichen sehen und ausdrücklich die Möglichkeit einer Protestdemonstration ausschließen durch Einschaltung der Worte „und Beleidigungen" in dem Satze: „Unser Protest soll nicht in Gewaltakten zum Ausdruck kommen."

Die gewünschte Stellungnahme des Parteivorstandes in der Frage scheint auszubleiben. Der Sekretär Varezzani hielt eine Einberufung für überflüssig und Turati tritt im Mailänder „Tempo" dieser Auffassung bei. Demonstrationen der Genossen scheinen jetzt als Privatsache zu gelten. —

Rußland.

Plehwes Eisenbahnzug entgleist. Das offizielle russische Telegraphen-Bureau meldet:

Petersburg, 4. Oktober. Nach einer heute aus Ufa hier eingegangenen Meldung ist der Zug, in welchem der Minister des Innern Plehwe reiste, am 30. September bei Smolino entgleist. Der Unfall entstand dadurch, daß die Lokomotive Ochsen, welche von Baschkiren über das Geleise nach Tscheljabinsk getrieben wurden, überfuhr. Menschen sind nicht verunglückt. Die Lokomotive und die drei ersten Wagen des Zuges erlitten unbedeutende Beschädigungen, der Wagen des Ministers blieb unversehrt. An der Unfallstelle traf alsbald ein Hilfszug mit dem Gouverneur von Ufa ein. Nachdem das Geleise wieder hergestellt und in Tscheljabinsk ein neuer Zug gebildet war, setzte der Minister am selben Tage in seinem Wagen die Reise fort.

Für die von bürgerlichen Blättern geäußerte Vermutung, daß es sich um einen Attentatsversuch gehandelt habe, liegen bis jetzt Anhaltspunkte nicht vor. —

Aus der bürgerlichen Presse.

Die bürgerlichen Zeitungen verharren mit wahrhaft bewunderungswürdiger Unentwegtheit in ihrer Rolle, die Vorgänge in der Socialdemokratie unsinnig zu beurteilen. Auch die Feststellungen des Dresdener Parteitages hindern die Fortsetzung dieses thörichten Geredes keineswegs. Dabei geschieht selbst einander nahe stehenden bürgerlichen Blättern das Unglück, dieselben Erscheinungen vollständig gegensätzlich aufzufassen, wodurch diese Auslassungen sich selbst gegenseitig aufheben. Ohne daß es erforderlich ist, diese aussichtslosen Verwirrungsversuche der bürgerlichen Presse besonderer Erörterung zu würdigen, sei immerhin zur Kenntnisnahme unsrer Parteigenossen noch einiges daraus citiert:

Die „Vossische Zeitung" redet von „Selbstzersetzung der Socialdemokratie", sie weiß es trotz der entgegengesetzten Feststellung in Dresden, daß ein ansehnlicher Teil der socialdemokratischen Partei revisionistisch gesinnt ist:

„. . . Aber in einem Punkt ist Herr Bebel seinen Gegnern unter den „Genossen" zweifelsohne auch in der Erkenntnis voraus, und das ist die Stärke seiner Stellung. Er fühlt nicht nur, sondern er weiß und gesteht, daß der Socialdemokratie die Einheitlichkeit der Grundanschauung verloren gegangen ist oder, wenn jetzt nicht Auskehr gehalten wird, verloren gehen muß. Es ist eine klägliche Schwäche der „Revisionisten", daß sie die Gegensätzlichkeit ihrer Auffassungen zu deney der „Revolutionäre" nicht zugeben wollen, daß sie noch immer thun, als seien sie in allen wesentlichen Fragen mit Bebel und Kautsky eigentlich einer Meinung, als beruhten die gegenwärtigen Feindseligkeiten nur auf persönlicher Gehässigkeit, nicht auf sachlicher Meinungsverschiedenheit. Nein, die sachliche Meinungsverschiedenheit hat nur zu der persönlichen Gehässigkeit geführt. Nahezu alle „Revisionisten" haben in Dresden

den „Revisionismus“ verleugnet. Sie haben für die Resolution Bebel-Kautsky gestimmt, nachdem sie ein Sätzchen hineingebracht hatten, mit dem sie ihr Gewissen beschwichtigen können. Was ist damit gewonnen? Haben sie damit die Einigkeit in der Partei wieder hergestellt, den Sieg ihrer Gegner verhindert oder selber gesiegt? Vertuscht haben sie den Gegensatz, und auch das nicht einmal notdürftig; sie haben nur den Schauplatz für die Auseinandersetzung gewechselt und vorläufig die brüchige Gemeinschaft erhalten, weil sie nicht die Kraft und Entschlossenheit fanden, ein unhaltbares Verhältnis aufzugeben.

Es ist nicht wahr, daß die Partei einig ist; es ist nicht wahr, daß die Bebel, Kautsky, Singer, Stadthagen auf der einen, die Vollmar, Heine, Braun, David auf der andern Seite in Theorie oder Praxis derselben Meinung sind. Die beiden Gruppen stehen sich sachlich weit schroffer gegenüber als beispielsweise die beiden freisinnigen Fraktionen. Wir schlagen die erste beste Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ auf. Und die Männer, die an diesem Blatte mitarbeiten, bilden sich ein, auf die Dauer mit den „Revolutionären“ auf derselben Bank zu sitzen? Dann täuschen sie sich selbst oder andre. Was Herr v. Elm in der neuesten Nummer über die Taktik sagt, ist das strikte Gegenteil dessen, was Kautsky gesagt und der Parteitag beschlossen hat. Bebel hat von seinem Standpunkt ganz recht, „es brennt lichterloh“, nicht über die „elende Vicepräsidenten-Frage“, sondern über die wichtigsten Grundlehren der Partei, über den Klassenkampf, über die Verschärfung der Gegensätze, über den Zusammenbruch, über das „Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge“, über die Annäherung an die bürgerlichen Parteien. Wenn die „Revisionisten“ das nicht Wort haben wollen, so leiden sie an bedauerlicher Unklarheit oder Willensschwäche. Herr Bebel übersieht die Lage richtiger, und er handelt auch folgerichtiger. Entweder die „Revisionisten“ stellen sich wieder auf den alten Boden der Partei, was ihnen freilich nach ihrer Ueberzeugung unthunlich erscheinen müßte, oder sie scheiden aus und bilden eine neue Fraktion, was ebenso notwendig wie nützlich erscheinen sollte.“

Den günstigsten Zeitpunkt zu diesem Schritt haben sie verpaßt. Wenn sie in Dresden mannhaft und einig die logische Konsequenz aus den unleugbaren Thatsachen gezogen hätten, wäre ihnen ein großer Teil ihrer Wählerschaft gefolgt. Die Geschlossenheit ihres Auftretens hätte Anziehungskraft ausgeübt. Es wäre zu einer reinlichen Scheidung gekommen, während sie jetzt nicht lange auszubleiben, aber vielfach recht unreinlich zu werden verspricht. Die widerwärtigen Schimpfereien, die Ehrabschneidereien und Unflätigkeiten fallen jetzt auf die Gesamtheit zurück. Weshalb wollen die „Revisionisten“ durchaus mit Leuten in demselben Verbande bleiben, die von ihnen offenbar nichts wissen wollen? Weshalb soll es nicht zwei verschiedene Fraktionen der Socialdemokratie geben dürfen? Es wird sie in einiger Zeit sicher geben, ob die „Revisionisten“ heute wollen oder nicht. Nur werden sie, da sie mit Herrn Bebel zusammenblieben, in Zukunft weit schwächer sein, als sie sein könnten, wenn sie es sofort zum Bruche trieben. Jetzt werden sie hochnotpeinlich gerichtet. Herr Göhre hat sein Mandat schon niedergelegt, Herr Hildebrand in Stuttgart hat es seinen Wählern zur Verfügung gestellt; für Herrn Heine werden schon die Scherben gesammelt; Herrn Braun wird die Ausschließung offen angekündigt. Und dann folgen die andern Ketzer und Sünder secundum ordinem (nach der Reihe). Herr Bebel wird nicht ruhen, ehe er sie alle auf die Knie niederzwingt, und seine Myrmidonen ihm willenlos folgen. Aber die Einigkeit wird die Partei damit nicht wiedergewinnen. Die Selbstzersetzung der Socialdemokratie hat begonnen und sie wird unaufhaltsam ihren Fortgang nehmen.“

Trotz hundertfältiger Enttäuschungen hofft die „Voss. Zeitung“ wiederum eifrig auf die Selbstzersetzung der Socialdemokratie. Da man es aufgeben muß, die Socialdemokratie zu hemmen, so hofft man, sie werde selbst durch innere Zersetzung sich schwächen und besiegen. Doch hätte gerade der Dresdener Kongreß die Liberalen überzeugen können, daß die gesamte Masse der Arbeiterklasse, sobald irgend welche Parteimitglieder eine Neigung zur Abschwächung unsrer Principien und unsrer Kampfesstellung verraten sollten, schnell und kräftig diese Abwendigen abzuschütteln bereit wäre.

*

In der „Nation“ schreibt Dr. Barth, nachdem er von neuem ein Zusammengehen der Liberalen mit der Socialdemokratie bei den Landtagswahlen befürwortet hat:

„Kein Politiker, der seine fünf Sinne beieinander hat, kann heute noch daran denken, mit Ausnahmegesetzen und Polizeimitteln eine so mächtige Partei niederhalten zu wollen. Die Möglichkeit, daß sie wieder zerfällt, ist ja nicht ausgeschlossen; aber bisher ist der Zerfall noch nicht erkennbar. Die Socialdemokratie hat die Nüpelscenen des Dresdener Parteitages überstanden, und es scheint, als ob die Partei auch diese politisch-ästhetische Belastungsprobe ohne Minderung ihres Einflusses auf die arbeitenden Klassen aushalten wird. Die Besonnenheit oder der Revisionismus ist aus dem Dresdener Parteitage durchaus nicht geschwächt hervorgegangen. Ernsthafte Symptome einer Spaltung der Partei sind aber nirgends zu entdecken. Nebenbei bemerkt, halte ich das für ein Glück; nichts wäre bedenklicher, als wenn der Teil, der gemäßigtere Anschauungen vertritt, sich von der socialdemokratischen Partei ablöste. Das würde die Zurückbleibenden nur radikaler und die Ausgeschiedenen einflußlos machen.

Unsre Hoffnungen knüpfen deshalb an eine Entwicklung an, die man als Mauserung der socialdemokratischen Partei zu bezeichnen pflegt. Diese fortgesetzte Mauserung hat keine andre politische Partei so sehr zu wünschen wie die liberale. Denn ohne daß ein politischer modus vivendi (Verkehrsmöglichkeit) zwischen ihr und der Socialdemokratie hergestellt wird, bleibt der Liberalismus gegenüber den reaktionären Kräften ohnmächtig. Liberale Politik ist in Deutschland wie schließlich in allen Ländern mit stark entwickelter Industrie nur noch zu machen mit Hilfe der Klasse der Lohnarbeiter. Das ist das A und O jeder politischen Erkenntnis; keine Parteiphrase kann diese harte Wahrheit erschüttern. Ein Liberalismus, dem es ernsthaft um eine Zurückgewinnung politischer Macht zu thun ist, darf sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und muß daraus auch für sein praktisch-politisches Verhalten die nötigen Folgerungen ziehen.“

Landtagswahl.

Die Wahlstunde. In einer ganzen Reihe von Gemeinden haben unsre Parteigenossen die Behörden ersucht, die Stunde der Urwahl auf den späten Nachmittag zu verlegen, weil nur so der Vorschrift genügt werden könne, wonach die Stunde eine für die Wahlbeteiligung günstige sein soll. Die Anregungen sind teils unbeachtet geblieben, teils direkt zurückgewiesen worden. Das darf unsre Parteigenossen nicht abhalten, ihre Forderung immer von neuem bei den betreffenden Behörden — in Gemeinden, die einen Urwahlbezirk für sich bilden oder in solche geteilt sind, die Gemeindebehörden, in solchen, die mit andren zusammengelegt werden, der Landrat — vorzubringen, möglichst unter Hinweis auf Beschlüsse größerer Wählerversammlungen. Kommt die Behörde dem Wunsche weiter Wählerkreise trotzdem nicht nach, so kann das unter Umständen zur Ungültigkeitserklärung der betreffenden Wahl führen. So entschied die Wahlprüfungskommission in der letzten Legislaturperiode bezüglich der Beschwerde, daß der Magistrat von Charlottenburg dort die Wahlstunde auf 10 Uhr vormittags angesetzt hatte:

„Es ist nicht anzunehmen, daß derselbe (Magistrat von Charlottenburg) bewußt oder unbewußt eine ungünstige Stunde gewählt haben wird. Eventuell wird der Wählerschaft pro futuro (in Zukunft) zu überlassen sein, wenn ihr die Stunde ungeeignet erscheint, ihre anderweitigen Wünsche bei der Behörde zum Ausdruck zu bringen.“

Daraus ist zu schließen, daß die Mitglieder dieser Mandatsprüfungs-Kommission der Meinung waren, es sei erst, wenn die Wählerschaft rechtzeitig an die Behörde herangetreten, von dieser aber abgewiesen worden, auf Grund eines Protestes zu untersuchen, ob die Wahlstunde der Vorschrift entsprochen habe.

Zur Landtagswahl in Ostpreußen. Am Freitag fand in Königsberg eine Generalversammlung der Freisinnigen Volkspartei statt. Unser Wahlkomitee hatte an den Vorsitzenden des Vereins folgendes Schreiben gerichtet mit der Bitte, es dieser Generalversammlung vorzulegen:

„Das unterzeichnete Wahlkomitee erlaubt sich im Auftrage der socialdemokratischen Partei Ostpreußens Sie zu ersuchen, der Generalversammlung des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei am Freitag, den 2. d. M., die Frage zu unterbreiten, **ob sie damit einverstanden ist, daß bei der Landtagswahl im Wahlbezirk Königsberg-Fischhausen den freisinnigen Wahlmanns-Kandidaten die Verpflichtung auferlegt werde, im Fall ihrer Wahl neben zwei liberalen einem von der socialdemokratischen Partei aufzustellenden Kandidaten ihre Stimme zu geben.** Im Fall zustimmender Beantwortung macht sich die socialdemokratische Partei verbindlich, den socialdemokratischen Wahlmanns-Kandidaten dieselbe Verpflichtung aufzuerlegen und ferner in den Wahlkreisen der Provinz, insbesondere in Memel-Heydekrug und Tilsit-Niederung bei den engeren Wahlen sowohl der Urwahl wie der Abgeordnetenwahl nach Ausfall der socialdemokratischen Kandidaten die liberalen gegen die konservativen zu unterstützen. Sollte sich die Generalversammlung diesem durch die politische Billigkeit gebotenen Vorschlage gegenüber ablehnend verhalten, so würde die socialdemokratische Partei unter keinen Umständen bei den Stichwahlen der Urwahl im Wahlbezirk Königsberg-Fischhausen die liberalen Wahlmanns-Kandidaten unterstützen. Sollte die freisinnige Partei auch nach den Urwahlen auf dem ablehnenden Standpunkt verharren, so würde die socialdemokratische Partei auch bei der Abgeordnetenwahl in unsrem Wahlkreise wie in den andren ostpreußischen Wahlkreisen in gleicher Weise verfahren. Wir ersuchen, dieses Schreiben der Generalversammlung zur Kenntnis bringen zu wollen.“

Dieser Vorschlag wurde ohne Diskussion einstimmig abgelehnt. Es wurde beschlossen, mit den Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung zusammenzugehen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Justizrat Dr. Krause (natl.), Kaufmann Posseldt (Freis. Vg.) und Rechtsanwalt Gyßling (Freis. Vp.). Dr. Krüger, der bisherige Vertreter der Freisinnigen Volkspartei im Landtage, wurde deshalb nicht wieder aufgestellt, weil er aus dem Wahlverein ausgetreten ist. Der Freisinnigen Volkspartei in Ostpreußen liegt also nichts an der Bekämpfung der Reaktion. Die Socialdemokratie aber wird den Kampf trotzdem so zu führen wissen, daß er ihr auch Erfolge bringt. Wenn die Liberalen in Königsberg bei der Abgeordnetenwahl durchfallen, dann haben sie sich das selbst zuzuschreiben.

Partei-Nachrichten.

Der preußische Befreiungskrieg. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine für die Massenagitation bestimmte Broschüre erschienen. Ihr Verfasser entwickelt darin die wichtigsten Gesichtspunkte, die für die preußischen Landtagswahlen in Betracht kommen. Er legt an die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen nicht nur den Maßstab socialdemokratischer Kritik an, sondern er beweist auch, wie einschneidend die nächsten Forderungen sind, welche die Socialdemokratie an den preußischen Staat zu stellen hat. Entgegen der Behauptung unsrer Gegner: die Socialdemokratie wolle nur zerstören, zeigt der Verfasser, daß nur die herrschenden Klassen das Proletariat hindern, in seinem Interesse und zum Wohle der Gesamtheit praktische Politik zu treiben. Die Socialdemokratie, sagt der Verfasser, ist die Partei des Fortschrittes, der Kultur, der positiven Arbeit; die preußische Reaktion dagegen verhindert jeden Fortschritt. Mit allem Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß im Vordergrunde unsres Wahlkampfes der Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sein muß. Die Schrift zerfällt in folgende Abschnitte: Warum haben wir uns an den preußischen Landtagswahlen bisher nicht beteiligt? — Warum beteiligen wir uns an den preußischen Landtagswahlen? — Wahlkampf-Wahlrechtskampf! — Wahlkampf-Klassenkampf! — Was will die Socialdemokratie im preußischen Landtage? — Die Verwaltung. — Staatskapitalismus oder Staatssocialismus? — Volksbildung oder Unterthanenzucht. — Der Einzelpreis ist 20 Pf. An Wahlkomitees werden geliefert: 1000 Exemplare für 50 M.; 3000 Exemplare für 135 M.; 5000 Exemplare für 200 M. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Der Provinzial-Parteitag für Westpreußen findet am 11. Oktober in Graudenz statt. Neben andern Gegenständen steht auch die Landtagswahl auf der Tagesordnung.

Sechzig Jahre alt wurde am Sonnabend Genosse Dietz in Stuttgart, wozu ihm das Stuttgarter Parteiblatt einen freundlichen Artikel mit den herzlichsten Glückwünschen widmet. Wir schließen uns diesen Glückwünschen an.

Die Leitung des oberschlesischen Arbeitersekretariats ist jetzt in die Hände des Genossen Julius Bruhns, bisher Redakteur am Breslauer Parteiblatte, übergegangen.

Um Auskunft wendet sich das „Hamburger Echo“ an die Presse in folgender Sache:

Ein bedeutungsvolles Erkenntnis fällte das Landgericht in Hagen, indem es einen Maurermeister verurteilte, einem bei ihm beschäftigt gewesenen Lehrling eine jährliche Rente von 125 M. zu zahlen, weil er für die Beschäftigungszeit 58 Beitragsmarken zu wenig in die Quittungskarte des Lehrlings eingeklebt hatte. Wegen Verjährung konnten diese Beiträge auch nicht mehr nachgebracht werden. Ein Rentenanspruch des Lehrlings gegen die Landes-Versicherungsanstalt wurde deshalb wegen nicht erfüllter Wartezeit rechtsgültig abgelehnt und der Meister zur Zahlung der Rente verurteilt. Das Landgericht erkannte in dem Verhalten des Meisters ein civilrechtlich zu vertretendes Verschulden, weshalb er zum Schadensersatz verpflichtet sei.

Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist vom Landgerichte Hagen ein solches Erkenntnis nicht ausgegangen. Aus bestimmten Gründen ist es aber wichtig, zu ermitteln, welches Gericht dieses Urteil fällte. Das „Echo“ ersucht also dringend die Kollegen von der Presse, wenn es ihnen möglich ist, ihm Ort und Datum des Erkenntnisses zu nennen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine verunglückte Staatsaktion.

Am 7. Juni d. J. wurden in Breiten bei Methler in der Gegend von Kamen in Westfalen eine Anzahl socialdemokratischer Flugblattverteiler von einer reichstreuen Schützengesellschaft überfallen und in der allerschwersten Weise mißhandelt. Von Kamen aus gingen in früher Morgenstunde 42 Parteigenossen auf die Agitation. Sie teilten sich in zwei Kolonnen, 17 Mann gingen nach Ober- und Niederraden, der Rest, 25 Mann, begab sich über Afferde und Kaiserau nach Breiten. Hier übte auf einer an der Chaussee gelegenen Wiese die dritte Compagnie des Schützenvereins von Methler-Breiten. Unsre Genossen, die auch nicht im entferntesten daran dachten, an die „patriotischen“ Herren ihre kostbaren Flugblätter zu verschwenden, gingen nichts ahnend ihres Weges, als plötzlich einer der Ober-Schützen, Namens Karl Leibe, hoch zu Roß auf sie zusprengte und mitten in sie hineinritt. Einer unsrer Genossen wurde von dem Pferde zu Boden geworfen und stürzte in den Chausseegraben. Die That des Ordnungshelden war für seine Spießgesellen das Signal zu einem allgemeinen Angriff auf unsre Genossen. Mit dem Schlachtgeschrei: „Auf die Socialdemokraten!“ stürzte sich die ganze fanatische Rotte — wohl weit über 100 Mann — auf unsre 24 friedlichen Flugblattverbreiter, und schlug mit Säbeln, Schützenbüchsen 2c. auf sie los. Unsre Genossen suchten möglichst schnell aus dem Bereiche der „patriotischen“ Säbel und Büchsen herauszukommen. Wem das aber nicht gelang, und das waren die meisten, dem erging es schlecht. Eine große Zahl unsrer Genossen trug mehr oder minder schwere Wunden davon. Besonders übel wurde Genosse Dohms, der Führer unsrer Kamener Genossen, zugerichtet. Die gesamte bürgerliche Presse nahm sich damals der brutalen Friedensstörer an, stellte die Thatsachen auf den Kopf und bezeichnete unsre Genossen als die Angreifer und die staatstreuen Raufbolde als die Mißhandelten. Die Aufforderung an die Staatsanwaltschaft in unserm Dortmunder Parteiblatt, gegen die Ordnungshelden einzuschreiten, blieb unbeachtet. Dagegen geschah das Unerhörte, daß gegen dreizehn unsrer Genossen ein Strafverfahren wegen Zusammenrottung und Landfriedensbruchs eingeleitet wurde. Und nun ist der Beschluß ergangen, daß das Verfahren gegen sämtliche Genossen einzustellen sei, da sie sich nichts Strafbares haben zu Schulden kommen lassen. Das mag für unsre Genossen immerhin eine gewisse Genugthuung sein, aber damit darf es nicht sein Bewenden haben, es muß jetzt gegen die Schuldigen eingeschritten werden.

Aus Industrie und Handel.

Zum Kursrückgang der englischen Konsols wird uns aus London geschrieben: Von den innerpolitischen Vorgängen der letzten Tage ist besonders der Kursrückgang der Konsols auf etwa 88 zu nennen, der nur in den Jahren 1866 und 1867 eine Parallele findet. Im Jahre 1896 standen die Konsols auf 114, in den folgenden zwei Jahren schwankten sie um diesen Kurs, seitdem ging's sie abwärts. Nach Abschluß des südafrikanischen Krieges standen sie auf 98, heute stehen sie auf 88. Die oppositionelle Presse nutzt selbstredend dieses Sinken des englischen Kredits gegen die Regierung aus, während die Regierungspresse über diese ganze Angelegenheit ruhig hinweggeht. Unsres Erachtens ist die Haltung beider nicht ganz gerechtfertigt. Die oppositionelle Presse übertreibt die Lage, die Regierungspresse unterschätzt sie. Das Sinken der Konsols ist zum Teil dem Umstande zuzuschreiben, daß der Zinsfuß in diesem Jahre von 2,75 auf 2,25 herabgesetzt wurde. Diese Herabsetzung konnte selbstredend nicht verfehlen, drückend auf den Kurs zu wirken. Jedoch ist dieser Umstand nicht genügend, den Kurssturz der Konsols zu erklären. Es wirken da noch andre Ursachen mit. England fühlt noch die Folgen des südafrikanischen Krieges. Die Kosten waren enorm: etwa 230 Millionen Pfund Sterling. Dann steckt England gegenwärtig in einer wirtschaftlichen Krise; eine ganze Reihe englischer Industrien ist ungenügend beschäftigt, wie sich dies in der offiziell festgestellten Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt. Ebenso scheint die Kapitalkraft Englands abzunehmen; die Ersparnisse werden geringer und deshalb auch die Anlagen in Börsenpapieren. Schließlich ist das Sinken der Konsols eine Art Streik der Kapitalisten gegen die Schutzzollpläne der Regierung. Die Großfinanz will den Freihandel aufrecht erhalten. Sie kümmert sich weniger um die heimische Produktion als um den Waren- und Geldverkehr. Sie will also der Regierung klar machen, daß sie nicht wider den finanziellen Stachel lecken darf.

Der amerikanische Eisenmarkt flaut immermehr ab, wenn auch in den Berichten der amerikanischen kapitalistischen Presse noch immer versucht wird, die Lage zu verschleiern. Trotz der Erzeugungseinschränkungen bleibt die Nachfrage nach Roheisen weit hinter dem Angebot zurück und stehen weitere Preisfälle bevor. Dazu kommt, daß im Gegensatz zu eisernen Baumaterialien, die noch immer guten Absatz finden, auch der Begehr nach Stahlschienen beträchtlich nachläßt: ein Beweis, daß die großen Eisenbahngesellschaften ihre Erweiterungspläne aufgegeben oder ihren Bedarf vorläufig gedeckt haben. Auf dem enormen Eisenbahnbau der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika beruhte aber in erster Reihe der dortige Aufschwung der Eisenindustrie. Läßt in diesem Punkte die Nachfrage nach, so gerät dadurch ein großer Teil der Stahlwerke in eine verzweifelte Lage.

Charakteristisch für die jetzige Situation auf dem amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt ist, daß der amerikanische Stahltrust durch seine Hamburger Vertretung, die Firma Franz S. Steffens u. Co., in der „Neuen Hamburger Börsenhalle“ Wellbleche, Schwarzbleche und Feinbleche für den Export und für das Inland offeriert. Wie das genannte Blatt hört, ist diese Offerte die Ausführung eines schon seit dem vorigen Jahre vorbereiteten Planes. Der Trust wird, so heißt es, seine Ausfuhrthätigkeit zunächst auf die genannten Artikel beschränken.

Syndikatsbestrebungen in der englischen Eisenindustrie. Seit infolge der Verschlechterung der amerikanischen Marktlage die Ausfuhr von englischem Eisen und Stahl nach der nordamerikanischen Union sich in stetem Rückgange befindet und die Preise auf dem englischen Markte sinken, tritt vielfach in der englischen Metallindustrie die Neigung zur Bildung von Syndikaten hervor, als deren Zweck die „Stabilisierung der Preise“ genannt wird. Schon vor kurzem wurde von derartigen Bestrebungen in der englischen Röhrenindustrie berichtet, und jetzt meldet der „Ironmonger“, daß auch in der Lancashirer Zertigeisen-Industrie Bestrebungen im Gange sind, die auf den Zusammenschluß der Werke zu einem Verkaufssyndikat hinauslaufen. Der „Ironmonger“ hält das Zustandekommen des Verbandes für nicht unwahrscheinlich, obwohl einige große Häuser bisher nicht daran teilnehmen wollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter-Bewegung.

Ueber die Aussperrung der Metallarbeiter sind in die Provinzpresse wahre Schauermärchen lanziert worden. Schon ehe die Aussperrung perfekt wurde, konnten die auswärtigen Blätter nicht genug von dem „Terrorismus“ und der Anmaßung des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber den armen Kühnemännern berichten. Die Thatsachen wurden einfach auf den Kopf gestellt. Nicht die Kühnemänner waren die brutalen Unterdrücker der Metallarbeiter, sondern umgekehrt. Die Arbeiter wurden bereits als „Herren im Hause der Fabrikanten“ bezeichnet; ihre Begehrlichkeit in Bezug auf die Höhe der Löhne und Festsetzung der sonstigen Arbeitsbedingungen kenne keine Grenzen mehr. Wenn das so weiter gehe, müßten die Fabrikanten ihre Werke einfach schließen oder nach dem Auslande verlegen, womit dann die ganze Metallindustrie in Berlin oder gar in ganz Deutschland vernichtet werde. Wie aber standen die Dinge in Wirklichkeit beim Ausbruch des Drücker- und Gürtlerstreiks? Diese Arbeiter wollten nichts weiter als die vertragliche Festlegung eines Mindestlohnes, der schon längst an Zweidrittel ihrer gesamten Kollegen gezahlt wurde. Das noch fehlende Drittel der Arbeiter sollte ebenfalls diesen Mindestlohn erhalten, weil die Leute genau so tüchtige Arbeiter sind wie ihre übrigen Kollegen. Die den Fabrikanten aus der Bewilligung jener Forderung erwachsenden Mehrausgaben hätten in gar keinem Verhältnis gestanden zu den Kosten und Verlusten, die ihnen durch die jetzige Aussperrung erwuchsen. Doch sie wollten zeigen, daß sie „Herren im Hause“ seien. Sie lehnten die Forderungen der Arbeiter schroff ab, nicht etwa, weil sie nicht bewilligen konnten, sondern weil sie nicht bewilligen wollten. Ihr Scharfmacherdünkel ließ es nicht zu, mit den Arbeitern ein Vertragsverhältnis einzugehen, weil sie dem echt Kühnemannschen Grundsatz huldigen: der Arbeiter hat lediglich für den Lohn zu arbeiten, den der Fabrikant für ihn festsetzt. Mindestlohn: ein fürchterliches Wort für die Kühnemänner. Heißt es doch in einem Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg.“: „Mit Recht müßten sich die Fabrikanten sagen, daß die Festsetzung eines Minimallohns ziemlich gleichbedeutend mit der Anerkennung des Rechts auf Faulheit sei; in größeren Betrieben können ja vielleicht mehrere faule Gesellen durchgeschleppt werden, aber in kleinen ist dies ganz unmöglich; und die kleineren Betriebe waren es auch, welche jetzt energisch auf Schließung drängten. . . .“

Jedes Wort eine Unwahrheit. Selbst der faulste Arbeiter muß schon eine genügende Arbeitsleistung aufweisen, wenn er nicht auf die Straße fliegen und am Hungertuch nagen will. Aber ganz abgesehen davon, sorgen auch schon die „fleißigen" Arbeiter dafür, daß es wirklich faule unter ihnen gar nicht giebt. Schon ihr bloßes Beispiel wirkt auf einen minder fleißigen Kollegen derart erziehend, daß er sich bald schämt, als Drückeberger angesehen zu werden, was natürlich nicht ausschließt, daß minder befähigte Arbeiter es den intelligenteren nicht allemal in vollem Umfange gleichthun können.

Was nun die kleineren Betriebe anbelangt, die angeblich sehr energisch auf Schließung drängten, so können wir dem rheinisch-westfälischen Scharfmacherorgan verraten, daß es auch hier vollkommen falsch unterrichtet ist. Gerade die kleineren Fabrikanten bedauern lebhaft den Aussperrungsbeschluß, weil sie am meisten darunter leiden müssen. Nicht gering ist die Zahl derjenigen unter ihnen, die erklärten, sie würden gerne bewilligen, doch aus Furcht vor der Konventionalstrafe könnten sie es nicht. Den großen Fabrikanten kann ja nichts angenehmer sein, als daß die kleineren durch die Aussperrung völlig ruiniert werden, dann sind sie deren Konkurrenz los und können deren Aufträge einheimsen. Wie käme es sonst, **daß der größte Teil der bedeutenden Firmen,** darunter in erster Linie die Firma Pintsch, **nicht ausgesperrt haben?!** Wie aus der Fabrikantenversammlung vom Sonnabend berichtet wird, merken die kleineren Firmen denn auch bereits, wie sie von den großen gründlich über den Löffel barbiert werden, daher auch die erregten Auseinandersetzungen daselbst.

Merkwürdig aber auch, daß die Unternehmerblätter es so darstellen, als sei die weitaus größte Zahl der ganzen Berliner Metallarbeiter bereits ausgesperrt, und frohlockend verkünden sie, die „wenigen" noch arbeitenden Metallarbeiter würden nicht in der Lage sein, ihre streikenden und ausgesperrten Kollegen „durchzuschleppen", auch wenn sie 5 Proz. ihres Arbeitsverdienstes an die Streikkasse abführten. Die Herren Scharfmacher täuschen sich selbst oder wollen ihre vorsichtigeren Kollegen täuschen. In Berlin sind im ganzen ca. 80 000 Metallarbeiter beschäftigt, wovon fast 40 000 dem Metallarbeiter-Verbande angehören. Die Aussperrung zwingt die noch nicht organisierten in Massen in den Verband, um sich eine Unterstützung zu sichern. An dem Streik oder der Aussperrung sind bis jetzt nur etwa 5000 beteiligt. Danach rechne man sich aus, wie „gering" die Zahl der „wenigen noch arbeitenden Metallarbeiter" ist. Möglich, daß sich die Zahl der Ausgesperrten bald **noch bedeutend verringert,** denn schon gestern haben **mehrere Firmen ihre Arbeiter zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert** und ihre Betriebe bereits wieder eröffnet. Es melden sich von Tag zu Tag mehr Firmen, die die Forderungen der streikenden Drücker und Gürtler bewilligen.

•

In der gestrigen Versammlung der streikenden Drücker gab Cohen einen allgemeinen Bericht über den Stand der Bewegung. Er wies unter anderm auf die falschen Berichte hin, die immer wieder von der von den Arbeitgebern bedienten Presse in die Welt gesetzt werden. In der Provinzpresse werden die Vorgänge so aufgebauscht, als hätten die Metallarbeiter in Berlin eine gewaltige Revolution angezettelt. Die „Arbeitgeber-Zeitung" giebt jetzt übrigens zu, daß Julius Pintsch nicht ausgesperrt hat, obgleich sie die Behauptung, daß diese große Firma nicht aussperren würde, bisher als Verleumdung bezeichnet hatte. Die Herren vom Fabrikantenverband wagen es übrigens nicht, von dem Kommerzienrat Pintsch die Konventionalstrafe einzufordern, während der Generalsekretär Nasse einen kleinen Meister, der nur 15 Mann beschäftigt und um Dispens nachgesucht hatte, mit aller Entschiedenheit unter Hinweis auf die Konventionalstrafe zur strikten Durchführung der Aussperrung aufforderte. Der Redner machte noch mehrere Mitteilungen aus der Fabrikanten-Versammlung, die am Sonnabend in der „Börse" stattgefunden hat, wo viele der größten und mittleren Firmen sich entschieden für Anrufung des Einigungsamtes ausgesprochen haben. Von Scharfmacherseite soll dort übrigens auch die Aeußerung gefallen sein, daß auch die Abteilung I. des Arbeitgeber-Verbandes, das heißt die Großeisen-Industrie, die im Norden Berlins ihren Sitz hat, zur Aussperrung übergehen müßte. Die Herren, so führte der Redner hierzu aus, sollten sich doch nicht einbilden, daß die Arbeiter infolge einer solchen Maßregel irgendwie anders handeln würden als bisher. Es steht fest, daß die Arbeiter der Großeisen-Industrie die Gewaltspolitik der Kühnemänner ebenso scharf verurteilen wie die übrigen Metallarbeiter und die Streikenden mit derselben Entschlossenheit wie die jetzt Ausgesperrten unterstützen werden. Von den streikenden Gürtlern und Drückern ist nicht ein einziger abgefallen. Der Versuch der Arbeitgeber, auswärts Streikarbeit anfertigen zu lassen, bleibt fast ganz erfolglos. Aus allen Gegenden des Reiches drücken die organisierten Metallarbeiter den Berlinern ihre Sympathie aus und erklären, daß alles aufgeboten wird, um Streikarbeit zu verhindern. Die Zahl der Firmen, die den Tarifvertrag unterschreiben, ist beständig im Wachsen begriffen. Alles spricht dafür, daß der Stand der Bewegung für die Arbeiter sehr günstig ist. — Die nächste Streikversammlung der Metalldrücker findet am Mittwoch statt.

•

Bereits seit mehreren Monaten sind die Schlosser bemüht gewesen, mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abzuschließen, um endlich einmal einheitliche Verhältnisse in diesem Berufe herbeizuführen. Wie verschieden die Lohn- und Arbeitsbedingungen bisher waren, das lehrt folgende vom Metallarbeiter-Verbande aufgenommene Statistik. Danach sind in 1080 Berliner Schlossereibetrieben 8951 Gesellen beschäftigt. Von diesen haben 5040 einen Tagesverdienst von 3,50 M. und darüber; 3163 einen solchen von 2,70 bis 3,40 M. und 758 erzielen nur 2,20 bis 2,68 M. pro Tag. In 400 Betrieben herrscht noch die 10stündige Arbeitszeit. Von den gesamten Betrieben beschäftigen 380 keine Lehrlinge; in den übrigen 700 Betrieben zählte man dagegen nicht weniger wie 3253 Lehrlinge. In einzelnen Schlossereien ist das Mißverhältnis zwischen Gesellen und Lehrlingen ein geradezu ungesundes. Es giebt Betriebe, wo nur 2—3 Gesellen und 15—18 Lehrlinge beschäftigt werden, in andren wurden 15 Gesellen und 40 Lehrlinge gezählt. Eine solche Lehrlingszüchterei zeitigt nicht nur die unangenehmsten Folgen für die Ausbildung und spätere Entlohnung der jungen Leute, sondern begünstigt auch in hervorragendem Maße die Schmutzkonkurrenz unter den Meistern selbst. Letzterem Umstande ist es denn auch wohl am meisten zuzuschreiben, daß die Innung den Anregungen der Gesellen auf Schaffung eines Tarifvertrages ein gewisses Entgegenkommen bewies. Nach mehrfachen Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen ist nun in voriger Woche ein Tarifvertrags-Entwurf zu stande gekommen, der am Sonntag der Begutachtung einer im Palast-Theater abgehaltenen allgemeinen Schlosserversammlung unterlag. Der Entwurf lautet:

Zwischen der Meisterkommission der Berliner Schlosserinnung sowie der Vereinigung Berliner Schlossereibetriebe einerseits und der Gesellenkommission der Berliner Schlossergesellen andrerseits sind folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Arbeitszeit beträgt in allen den obengenannten Betrieben neun Stunden pro Tag.

2. Der Mindestlohn für ausgelernte Schlosser beträgt im ersten Jahre 35 Pf. pro Stunde, eventuell nach Leistung mehr; im zweiten Jahre 40 Pf., und ebenfalls je nach Leistung mehr. Die übrigen Gesellen werden je nach Vereinbarung entlohnt.

3. Die Betriebsinhaber werden dafür Sorge tragen, daß der Akkordüberschuß unter die Helfer seitens der Kolonnenführer im Verhältnis ihrer Lohnsätze und Leistungen verteilt wird und wird derselbe vom Betriebsinhaber an jeden einzelnen ausgezahlt.

4. Betreffs des Arbeitsnachweises wird folgender Vorschlag angenommen. Bei den nächsten Wahlen sollen die Gesellen dafür Sorge tragen, daß ihnen genehme Personen in den Gesellenausschuß gewählt werden. Die Wahltermine sollen möglichst frühzeitig bekannt gegeben werden.

5. Bei Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen soll das in Bildung begriffene Einigungsamt des Innungs-Ausschusses amtieren, zu welchem jedoch die Genehmigung der Regierung noch aussteht. Bis Eintritt derselben soll das Schiedsgericht der Schlosserinnung die endgültige Entscheidung treffen.

6. Der Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft und hat bis 31. Dezember 1905 Gültigkeit. Wird vorstehender Vertrag nicht spätestens 12 Wochen vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt, so gilt derselbe als auf ein weiteres Jahr verlängert.

7. Dieses Abkommen soll in jedem Betriebe und im Arbeitsnachweis angeschlagen werden.

In der lebhaften Debatte wurde dieser Entwurf, weil zu wenig bietend, von verschiedenen Rednern scharf kritisiert und dessen Ablehnung empfohlen. Der Lohnkommission wurden dabei teils sehr heftige Vorwürfe gemacht, weil sie sich zu nachgiebig gegen die Meister benommen und die früher stipulierten Forderungen nicht mit genügendem Nachdruck vertreten habe. Demgegenüber wiesen u. a. Lubatsch, Wuschick und Wiesenthal nach, daß bei den zerfahreren Verhältnissen im Schlosserberufe der vorliegende Entwurf immerhin als ein erster Schritt zu einer einheitlichen Regelung der Lohn-Arbeitsbedingungen betrachtet werden könne, wenn er den berechtigten Wünschen der Gesellen auch noch bei weitem nicht entsprechen möge. Wenigstens sei hier den Schäden des Kolonnensystems in etwas zu Leibe gegangen worden und auch betreffs des Mindestlohnes der Grund gelegt, auf dem die Gesellen jetzt weiter bauen müßten.

Nach längerer Aussprache wurde alsdann folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Vereinbarungen, soweit die Punkte 1, 2, 3 und 7 in Betracht kommen, einverstanden; sie erwartet jedoch, daß für die Punkte 4, 5 und 6 noch eine klarere und präcisere Fassung gefunden werden möge. Die Kommission wird beauftragt, dieserhalb mit den Meistern noch einmal in Verbindung zu treten und in einer späteren Versammlung darüber Bericht zu erstatten.

Allgemein auffällig waren bei dieser Versammlung die enormen „Vorsichtsmaßregeln" der Polizei. Im Hofe des Palast-Theaters war eine fliegende Wache berittener Schutzleute stationiert und in der dem Etablissement gegenüberliegenden Börse wimmelte es von „Geheimen" und Schutzleuten zu Fuß, die unter dem Kommando eines Hauptmanns und dreier Lieutenants standen. Sogar der Polizeioberst Krause war erschienen, um sich in höchsteigner Person von der Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßnahmen gegen die etwa 1000 versammelten Schlosser zu überzeugen. Natürlich fand das kolossale Polizeiaufgebot für irgendwelche Thaten auch nicht die geringste Arbeit. Die armen Schutzleute waren umsonst um ihre Sonntagsruhe gebracht worden; truppweise zogen sie wieder von dannen, als sie sahen, wie die Schlosser nach Schluß der Versammlung gelassen ihrer Wege gingen. Fragt man sich aber nach der Ursache dieser außerordentlichen Polizeimaßregel, so giebt es nur eine Antwort: Die Polizei war jedenfalls der Meinung, in dem großen Saal des Palast-Theaters und möglicherweise in den anliegenden Straßen würden sich am Sonntag sämtliche streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter zu einer riesigen Demonstration zusammenscharen. Wird doch in der Provinzpresse sogar das Märchen verbreitet, es sei in Berlin infolge der Aussperrung schon zu einer förmlichen Revolution gekommen.

Die Tarifdifferenzen im Glasergewerbe. In der zahlreich besuchten öffentlichen Glaserversammlung, die am Sonntagnachmittag im Gewerkschaftshause tagte, verlas Fauerbach die Antwort der Innung auf das nach dem Beschluß der vorigen Versammlung an sie gerichtete Schreiben. „Die Schlichtungskommission der Arbeitgeber", heißt es in dem vom Obermeister unterzeichneten Antwortschreiben, „steht auf demselben Standpunkt wie der Vorstand der Glaserinnung, daß die Gesellenschaft nicht berechtigt ist, Sperren zu verhängen, resp. einseitig vorzugehen und Maßregelungen vorzunehmen. Ich verweise Sie auf Punkt 8 der am 17./10. 02 getroffenen Vereinbarungen:

Zur Durchführung und Ueberwachung der vorstehend festgelegten Punkte wird eine Kommission von zehn Personen, fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern, gebildet.

Ich ersuche Sie, die Sperren umgehend aufzuheben und mich von dem Geschehenen zu benachrichtigen." In dem Schreiben wird des weiteren ausgeführt, daß die Arbeitgeber die Schlichtungskommission noch als bestehend anerkennen; die Gesellen aber faßten die Schlichtungskommission als eine einseitige auf, was gegen die Abmachungen verstoße. — Wie aus dem Obigen hervorgeht, ist es im Tarifvertrag den Gehilfen nicht direkt verboten, Werkstuben zu sperren. Nach den Ausführungen, die in der Versammlung gemacht wurden, hat die Schlichtungskommission bisher nichts gethan, um die nicht tariftreuen Firmen zur Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Pflichten zu zwingen, und da dieser Kommission ein unparteiischer Vorsitzender fehlt, — den Vorsitz führt ein Arbeitgeber, als Vicevorsitzender fungiert ein Arbeitnehmer — ist es leicht begreiflich, daß durch Einmütigkeit der Arbeitgeber jede durchgreifende Thätigkeit der Kommission gehemmt werden kann. Tarifdurchbrechungen sind, wie von verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde, fast in jeder Werkstätte in größerem oder geringerem Maße vorgekommen. Niemand in der Versammlung sprach sich für sofortige Aufhebung der Sperren aus, alle waren der Meinung, daß nur durch ein ganz entschiedenes Vorgehen Abhilfe geschaffen werden kann. Da es jedoch nicht Sache einer öffentlichen Versammlung sein kann, folgenschwere Beschlüsse für die Organisation zu fassen, wurde beschlossen, dies einer Mitgliederversammlung zu überlassen, die am Mittwochabend 8 Uhr im Gewerkschaftshause tagen soll und wo nur Kollegen, die ihr Mitgliedsbuch vorzeigen, Zutritt haben.

Achtung, Kürschner! Wegen Werkstatt-Differenzen ist der Zuzug nach Marseille, besonders nach dem Hause D. Blanc, streng zu meiden.

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.

Der Streik der Omnibusangestellten beendet!

In einer Nachtversammlung im Buggenhagenschen Saale erklärten die ausständigen Schaffner, Kutscher und Stalleute der vereinigten Omnibus-Gesellschaften den Streik für beendet, weil eine Weiterführung als aussichtslos erschien.

Deutsches Reich.

Die Kohlenarbeiter in Hamburg haben beschlossen, auf allen Kohlenplätzen, wo nicht bei zehnstündiger Arbeitszeit ein Arbeitslohn von 4,50 M. pro Tag gezahlt wird, die Arbeit einzustellen.

Ausland.

Ein Weberausstand ist in Armentières (Nord-Frankreich) ausgebrochen. Die Ausständigen durchziehen die Straßen und veranlassen auch die noch Arbeitenden, sich dem Ausstand anzuschließen.

Die Zinkhütten-Arbeiter der Compagnie Asturielle in Auby sind ausständig geworden, da ihre Arbeitszeit geändert worden ist.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauenverein von Schöneberg und Umgegend hält am Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn Obst, Meiningerstr. 8, seine regelmäßige Monatsversammlung ab. 1. Vortrag des Herrn Dr. Röder über: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung", 2. Teil. Da der Vortrag ein sehr wichtiger im öffentlichen Leben ist, wird ein reger Besuch erwartet. Damen haben als Gäste Zutritt.

Gerichts-Zeitung.

Der Anklage wegen versuchten Mordes, die gestern das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigte, lag wiederum eine jener Liebestragödien zu Grunde, wie sie seit Jahren an der Tagesordnung sind. Der Angeklagte, Schuhmachergeselle Gustav Lasche, hat sich bis jetzt als ein wenig nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft gezeigt. Er ist jetzt 21 Jahre alt, befand sich früher in Zwangserziehung in der Anstalt am Urban und scheint ein Freund vom Müßiggang und lockerem Leben zu sein, denn es wird behauptet, daß er nur selten arbeitete und seinen Arbeitsverdienst stets so schnell wie möglich verpraßte. Er wohnte in Steglitz in der Schloßstraße 113 bei Verwandten und dort hat er am 30. April morgens einen Revolveranschlag auf seine Geliebte, die Arbeiterin Marie Fluhr ausgeübt. Das 17jährige Mädchen war früher im Gesindedienst, gab diesen aber auf und fand in der Goerzschen optischen Anstalt in Friedenau Beschäftigung als Arbeiterin. Sie hatte mit dem Angeklagten ein Liebesverhältnis unterhalten; da ihr aber dessen Lebenswandel nicht behagte, hatte sie ihm Ende Januar den Laufpaß gegeben und war in seiner Abweisung standhaft geblieben, obgleich er wiederholt Annäherungsversuche und bei passender Gelegenheit auch Eifersuchtsscenen machte. Als er sah, daß alle seine Bemühungen erfolglos waren, faßte er den Plan, erst das Mädchen und dann sich selbst zu erschießen. Schon um die Osterzeit hatte er sich einen Revolver gekauft, er gab den Plan damals aber wieder auf und vergrub die Schußwaffe auf dem Görzschen Grundstück. Bald darauf kaufte er sich aber einen neuen Revolver und eine Anzahl scharfer Patronen und schritt am 30. April zur That. Er holte das Mädchen abends aus der Fabrik ab, machte mit ihr einen Spaziergang durch die Felder und ging dann mit ihr in seine Wohnung. Als sie am nächsten Morgen aufgestanden waren und das Mädchen erst halb angekleidet war, ergriff der Angeklagte den Revolver und gab zwei Schüsse auf sie ab. Der eine Schuß drang in die Stirn, der andre streifte den Schulterknochen. Die Verletzte floh in die Küche, wo sie sich mit der über die That entsetzten Schwägerin des Angeklagten einschloß. Unmittelbar darauf fielen noch zwei Schüsse: Lasche hatte die Mordwaffe gegen sich selbst gerichtet und sich eine stark blutende Wunde am Halse beigebracht. Als die von dem Vorfall benachrichtigte Polizei in der Wohnung erschien, lag der Angeklagte starr auf dem Bett, er hielt den Revolver in der Hand und stellte sich so an, als ob er den Tod erwartete. Er hat nach seiner Festnahme durch den Polizeikommissar Hoffmann das Geständnis abgelegt, daß er das Mädchen aus Eifersucht erschießen wollte. Der Fluhr wurde an Ort und Stelle ein Notverband angelegt und sie wurde dann in das Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde übergeführt. — Die Schwurgerichtsverhandlung wurde vom Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Hoffheinz geleitet. Assessor Katz vertrat die Anklage, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Friedländer. Als Sachverständige waren zwei Aerzte und der Hof-Büchsenmacher Barella zur Stelle. Aus der Beweisaufnahme, die ergab, daß der Angeklagte ein sehr lockerer Vogel gewesen, ist noch mitzuteilen, daß die Wunden, die der Angeklagte bei der Schießerei davongetragen, nur eine ganz oberflächliche gewesen ist, und das Mädchen schon nach einem Monat als geheilt aus dem Krankenhause entlassen werden konnte, nachdem dort die Kugel aus ihrer Stirn entfernt worden war. — Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch auf Schuldig des versuchten Mordes und vollendeten Betruges gegenüber einem noch andren Mädchen, dem er 70 M. abgeschwindelt hatte, ab, versagten dem Angeklagten auch mildernde Umstände. Nach dem Antrage des Staatsanwalts lautete das Urteil auf sechs Jahre Zuchthaus und zehnjährigen Ehrverlust.

Aeußerst schwere Fälle von „Nardenkötterei" führten den Heilkundigen Brachhausen unter der Anklage fortgesetzter Verbrechen und Vergehen gegen keimendes Leben vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte stand, wie die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung ergab, in lebhafter Korrespondenz mit zahlreichen auswärts wohnenden verheirateten und unverheirateten weiblichen Personen, sowie mit Eheleuten, denen er gegen Entgelt Mittel gegen ihnen drohenden Familienzuwachs angab. Nicht weniger als dreißig Fälle dieser Art standen zur Anklage. Sie figurierten als Beihilfe zum Versuch des Vergehens gegen § 218, in zwei Fällen, in denen die Ehepaare nach Berlin gekommen waren und die persönliche Hilfe des Angeklagten in Anspruch genommen hatten, kam der schwerere § 219 in Anwendung. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Störmer waren die vom Angeklagten angewandten Mittel sehr wohl geeignet, den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Der Gerichtshof verurteilte B. zu 5 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Die mitangeklagten Ehepaare wurden zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mißglückter Polizeikampf gegen die Streikposten. Wie leicht Streikposten sistiert und an der Erfüllung ihrer Obliegenheit gehindert werden, bewies eine Verhandlung vor dem Schöffengericht hier am 3. d. M. Der Arbeiter Bohl wurde am 27. Juni sistiert, weil er aus Anlaß des in der Mehlichschen Fabrik ausgebrochenen Streiks auf dem Bürgersteig gestanden und der an ihn ergangenen Aufforderung des Polizeilieutenants, sich zu entfernen, nicht unbedingt Folge geleistet haben soll. Bohl erhielt einen Strafbefehl, gegen den er durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann gerichtliche Entscheidung beantragte. In der Verhandlung vermochte der vernommene Polizeilieutenant über den konkreten Fall gar nichts auszusagen, weder daß Bohl die Ruhe, Sicherheit und Ordnung gestört oder auch nur gefährdet habe, noch daß er gerade Bohl zum Fortgehen aufgefordert und dieser Ungehorsam geleistet habe. Aus diesem Grunde wurde Bohl freigesprochen.

Landtagswahl in Sachsen-Meiningen.

Am gestrigen Tage fanden in Sachsen-Meiningen die Wahlen zum Landtage statt. Von den 24 Mitgliedern des Landtages gehen 16 aus allgemeinen Wahlen hervor, und zwar auf Grund eines Wahlrechts, das dem zum deutschen Reichstage gleicht.

Bisher hatte die Socialdemokratie sieben Mandate inne.

Nach den bisher vorliegenden Resultaten siegte die Socialdemokratie:

Im Kreise	Pößneck	Abg.	Paul Seige.
„ „	Saalfeld	„	Arthur Hoffmann.
„ „	Steinach	„	Karl Weigelt.
„ „	Hüttensteinach	„	Rudolf Wächter.
„ „	Sonneberg	„	Eduard Wehder.
„ „	Salzungen	„	Fritz Eckardt.

Neu gewonnen ist bis jetzt Pößneck. Der Sieg in den Kreisen: Schalkau, Eisfeld, Lehesten und Wasungen ist wahrscheinlich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 5. Oktober. (W. H.) Die Revision Terlinden gegen das Urteil des Duisburger Schwurgerichts vom 9. Juli wurde vom Reichsgericht verworfen.

Frankfurt a. M., 5. Oktober. (W. T. B.) Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Düsseldorf meldet, hat ein D-Zug bei Duisburg drei Wagenarbeiter überfahren. Zwei sind tot, der dritte ist schwer verletzt.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Die Neubildung des Kabinetts ist heute erfolgt: Austen Chamberlain ist zum Schatzkanzler ernannt worden, Alfred Lyttleton zum Kolonialsekretär, Arnold Forster zum Kriegssekretär, Brodick zum Sekretär für Indien, Graham Murray zum Sekretär für Schottland und Lord Stanley zum Postminister.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Kongreß von Reims.

Reims, 29. September. (Eig. Ber.)

Dritter Verhandlungstag. Nachmittagssitzung 2½ Uhr.

Vorsitz: Delaporte.

Alterspensionen.

Bracke, Referent, begründet kurz eine von ihm zu diesem Punkt ausgearbeitete Resolution. Die Frage ist für uns nicht neu. Es handelt sich bloß darum, die von uns allen bereits anerkannten Leitsätze zu formulieren, die für unsre Deputierten als Richtschnur zu dienen haben bei der bevorstehenden Kammerberatung, der Millerands Gesetzentwurf zu Grunde liegen wird. In der beantragten Resolution sind nun diejenigen Hauptpunkte präcisiert worden, die den Unterschied zwischen Alterspensionen im Interesse der Bourgeoisie, wie sie in Millerands Entwurf vorgesehen sind, und Alterspensionen im Interesse des Proletariats genau feststellen. Die Umfrage bei den Gewerkschaften und den Unternehmer-Organisationen über Millerands Entwurf hat übrigens bereits jenen Unterschied markiert.

Die Resolution Bracke wird ohne Debatte einstimmig votiert. Sie lautet:

„Indem das Proletariat von der kapitalistischen Bourgeoisie ein Gesetz fordert, welches den Arbeitern und Angestellten, die ihr Leben in der Erzeugung von Profit für die Bourgeoisie abgenutzt haben, die Unterhaltsmittel sichern soll, wenn das Alter sie außer stande gesetzt hat, ihre Arbeitskraft zu verkaufen —, hat es zu verlangen;

„daß die Alterspension hoch genug sei, um den alten Arbeitern und Angestellten ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern;

„daß die Pensionsberechtigung nicht an eine Altersstufe geknüpft sei, die von der ungeheueren Mehrheit nicht erreicht wird;

„daß die Pensionskasse nicht durch Beiträge der Arbeiter gespeist werde, die schon ohnehin unzureichende Löhne haben.

„In Erwägung, daß diese Bedingungen erfüllt sind in dem vom Genossen Ed. Vaillant namens der revolutionär-socialistischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf, fordert der zweite Landeskongreß der P. S. de F. alle Parteimitglieder auf, im Lande die nötige Agitation zu entfalten, um unter dem proletarischen Druck die herrschende Klasse zu zwingen, der produzierenden Klasse jene minimale Garantie gegen eine schrankenlose Ausbeutung zu gewähren!“

Ein Antrag Fabérots, der die Föderationen verpflichten will, ihre Konferenzen mindestens 6 Wochen vor dem Parteitag abzuhalten, damit sie dessen Tagesordnung gründlich vorberaten könnten, wird den Föderationen zur Prüfung überwiesen.

Bracke verliest unter lebhaftem Beifall das Begrüßungsschreiben des Kongresses an die deutsche Socialdemokratie. Dessen (weiter unten mitgeteilter) Wortlaut wird per Acclamation votiert.

Mistral-Grenoble widerlegt unter dem Beifall des Kongresses die laut gewordenen Verdächtigungen gegen die Isère-Föderation, als ob sie reaktionäre Hilfe empfänge, und bittet um energische Unterstützung seiner Föderation in ihrem schweren Kampfe gegen den von der Partei abgefallenen ehemaligen Abgeordneten Lévadas, namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Kammer-Nachwahl. Hierauf votiert der Kongreß auf Dubreuilhes Antrag einstimmig eine Aufforderung an alle Genossen, ihre Solidarität mit der Isère-Föderation im bevorstehenden Wahlkampf thatkräftig zu bekunden.

Internationaler Kongreß zu Amsterdam.

Auf Guesdes Antrag war in einer früheren Sitzung beschlossen worden, die zwei folgenden Punkte der Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses schon in Reims zu beraten: 1. Die Regeln der internationalen socialistischen Politik (beantragt von der P. S. de F.), 2. Der Generalstreik.

Zum Punkt 1 ergreift das Wort

Vaillant: Das Internationale Socialistische Bureau hat beschlossen, von den Antragstellern zur Amsterdamer Tagesordnung Bericht und Resolutionsentwurf über den betreffenden Punkt zu verlangen, damit dessen Inhalt dem Amsterdamer Kongreß klar sei. Auf der letzten Konferenz des Bureaus in Brüssel habe ich bereits unsren Antrag dahin präcisiert, daß er die Entscheidung über die alte revolutionäre und die neue opportunistische Methode bezwecke. Jetzt füge ich hinzu: So sehr die internationale Lage des Socialismus früher bedenklich und ungewiß war, so günstig ist sie heute, besonders seit dem Dresdener Parteitage. — Vaillant beantragt nun, die Dresdener Resolution über die Taktik zum Resolutionsentwurf der P. S. de F. für den Amsterdamer Kongreß zum machen: Sie könne dabei ganz unverändert bleiben, es wäre nur dort, wo sie den Revisionismus verurteilt, hinzuzufügen: „die neue Methode, der Opportunismus“. (Beifall und zustimmender Beschluß des Kongresses.)

Guesde referiert über den Generalstreik: Die Meinungsverschiedenheiten über den Generalstreik, die uns (Guesdisten und Blanquisten) in der Vergangenheit trennten, sind, glaube ich, nur Verschiedenheiten formaler Art. Sprechen wir uns hier aus, um zu sehen, ob wir nicht zu einem einstimmigen Beschluß kommen könnten, um so dem Amsterdamer Kongreß eine einzige uns gemeinsame Resolution vorlegen zu können. Mit Lafargue halte ich den Begriff des Generalstreiks für unklar. Er hat im Laufe der Zeit vielfach gewechselt. Einige Beispiele:

Auf dem Gewerkschaftskongreß von Tours (1895) hat Fernand Pellantier für den Generalstreik so argumentiert: Eine Barrikaden-Revolution sei infolge des modernen Militarismus unmöglich, das allgemeine Wahlrecht würde, wenn überhaupt als Mittel der Revolution betrachtet, Jahrhunderte erfordern, um zum socialrevolutionären Sieg zu gelangen. Bleibe nur der Generalstreik, der zudem den Vorzug habe, ein legales Mittel zu sein. So Pellantier. Sie sehen, bei ihm ist der Generalstreik ein gesetzliches Mittel der Revolution. Später wurde dagegen diese erste gesetzliche Form des Generalstreiks abgestreift, an ihre Stelle trat die Ansicht, daß der Generalstreik das beste Mittel sei, das Militär durch dessen Verstreuung über das ganze generalstreikende Land zu lähmen. Weiter wurde der Generalstreik auf einen solchen der Bergarbeiter und der Eisenbahner reduziert. Diese dritte Form des Generalstreiks haben wir niemals bekämpft. Aber das wäre ein Berufsstreik, nichts weiter. Die Revolution bedarf zu ihrer Durchführung dieses Berufsstreiks nicht. Viertens ist es eine geläufige Wendung geworden, selbst die allgemeine Arbeitseinstellung in einer einzelnen Fabrik als Generalstreik zu bezeichnen. Diese Art Generalstreik hat von jeher existiert.

Unsre Ansicht ist nun die: Ist der Generalstreik eine der Formen der socialen Revolution, so erkennen wir ihn an; wir verwerfen ihn aber, wenn man ihn zur einzigen und ausschließlichen Form der socialen Revolution erhebt. Im Grunde ist jede Revolution ein Generalstreik, da ja die Straßenkämpfer die Werkstätten verlassen müssen. Es genügt also zu erklären, daß das Proletariat, ebenso wie seiner Zeit die Bourgeoisie, alle nötigen revolutionären Mittel anzuwenden habe. Gerade in Frankreich versteht sich das von selbst. Die französische Bourgeoisie war die revolutionärste von allen, ja vielleicht die einzige revolutionäre Bourgeoisie. Daher ist auch das französische Proletariat trotz alledem besonders revolutionär gesinnt.

Zum Schluß sagt Guesde: Ich glaube, wir könnten uns über die Frage verständigen und dem Amsterdamer Kongresse eine einzige Resolution vorlegen. (Lebhafter Beifall.)

Dubreuilh glaubt mit Guesde an die Möglichkeit einer einstimmigen Lösung. Uns trennt nur ein Mißverständnis. Eine einstimmige Lösung ist auch nötig, um geschlossen die schädlichen Tendenzen der revolutionären Nurgewerkschaftler bekämpfen zu können. Die nurgewerkschaftliche Gefahr wird morgen eben so ernst werden, wie heute der Ministerialismus. Redner beantragt, der Kongreß möge eine Resolution votieren.

Rousselle wendet sich scharf gegen den Generalstreik: Es ist nur ein Wort, darauf berechnet, unsre politische Aktion zu hemmen. Die Generalstreikler haben damit begonnen, selbst die partiellen Streiks zu vernachlässigen.

Jean Martin hält den Unterschied zwischen Guesdes Auffassung des Generalstreiks und der in der Pariser Arbeitsbörse geltenden für unwesentlich. Mit Dubreuilh erkennt er die Gefahr der Nurgewerkschaftlerei an. Man könne sie wirksam bekämpfen durch das Eindringen in die Arbeitsbörse, wo bereits der Partei nahestehende Elemente zu finden seien.

Bracke wendet sich gegen die Auffassung der Generalstreikler, die darauf hinauskomme, den politischen Kampf auf ökonomischem Boden auszufechten. Das widerspreche grundsätzlich allem Socialismus, der umgekehrt den ökonomischen Konflikt auf politischem Boden ausfechte. Ferner hält Redner für unthunlich, schon jetzt eine Resolution über den Generalstreik zu votieren; trotz der sachlichen Uebereinstimmung wäre es schwierig, sich über den Wortlaut der Resolution zu verständigen. Er beantragt, mit der Ausarbeitung der Resolution den Centralrat zu betrauen unter Hinweis auf die „Einstimmigkeit der geäußerten Ansichten“, die Resolution wäre auf dem nächsten Parteitag zu votieren.

Laudier erinnert an die Resolution des Commentry-Kongresses über den Generalstreik, die aber zweideutig formuliert sein; eine klare Entscheidung ist notwendig. In der Provinz sind die Gewerkschaften für die Partei eine Quelle der Kraft, und man begreift dort nicht, daß es Socialisten geben könne, die den Generalstreik nicht zu den revolutionären Mitteln rechnen. Er stellt folgenden Antrag: „Der Kongreß erklärt, den Generalstreik unter den revolutionären Mitteln mit zu rechnen.“

Lafargue hält eine Resolution für nötig, aber sie müsse eine ausführlichere Begründung enthalten und auch auf die bereits sehr alte Geschichte des Generalstreiks eingehen. Schon im Mittelalter erklärten die Handwerker den Generalstreik einer ganzen Stadt. Weiter erinnert Redner an die Generalstreikpläne der Chartisten, an die Generalstreikler der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten (Chikago), an den Vorschlag Foulds, des künftigen Ministers des zweiten Kaiserreichs, im Jahre 1848 alle Werkstätten in Paris zu schließen, um die Arbeiter auf die Straße und in die Revolution zu treiben. . . Die Resolution müsse also gründlich durchdacht werden.

Bailleul-Roubaix wendet sich in heftiger Form gegen jedes Zugeständnis an die Generalstreik-Idee; speciell für den Norden wäre das verhängnisvoll. Wir haben dort gegen Anarchisten zu kämpfen, welche die Arbeiter mit dem Wort „Generalstreik“ einzufangen suchen und überall in die Gewerkschaften eindringen, um gegen die politische Aktion zu predigen. Die Anarchisten nutzen nun gerade die Differenzen über diese Frage zwischen uns (Guesdisten) und den Blanquisten aus. Eine Resolution muß schon heute votiert werden, und zwar gegen den Generalstreik, unbekümmert darum, ob wir die andersdenkenden Kameraden dadurch verletzen. Für die einen und die andren ist es gleich wichtig und nützlich, gegen den Generalstreik klar und deutlich Stellung zu nehmen, da er ein Zerstörungswerk für unsre gemeinsame politische Aktion ist. Wir sind alle nunmehr eine einzige Partei, da ist es stets Regel, daß die Minorität sich der Majorität zu unterwerfen hat.

Vaillant: Eine Resolution im Sinne der Darlegungen Guesdes wäre eine vorzügliche Lösung. Handelt es sich aber darum, eine Scheidung der Geister zu bewirken, ein Majoritätsspiel zu beginnen, den Generalstreik zu verurteilen oder unbedingt zu verherrlichen, so wäre das gefährlich für die Partei. Es sind da manche unter uns, die bei der Schaffung der „Konföderation der Arbeit“ (der gewerkschaftlichen Landesorganisation) mitgewirkt haben. Eine Verurteilung des Generalstreiks würde gerade den Anarchisten in die Hände arbeiten. Ich bitte Sie, davon Abstand zu nehmen im Interesse der Dauerhaftigkeit der Partei. (Beifall.)

Groussier spricht für die Ueberweisung der Frage an den Centralrat, gemäß dem Antrag Bracke, aber ohne den Hinweis dieses Antrages auf die „Einmütigkeit der Ansichten“, da man nicht einmütig sei.

Guesde schlägt eine entsprechende Abänderung des Antrages Bracke vor. Der abgeänderte Antrag wird nun votiert. Er lautet:

„Nach einem Meinungsaustausch über den Generalstreik beauftragt der Kongreß den Centralrat, eine Resolution zu formulieren, die dem nächsten Parteitag und sodann dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam vorzulegen ist.“

Abg. Bouveri, ehemaliger Bergarbeiter in Monceau-les-Mines, macht noch eine kurze Erklärung gegen den Generalstreik auf Grund seiner Erfahrungen im Bergarbeiter-Generalstreik: Bei der heutigen Lage der gewerkschaftlichen Organisation wäre der Generalstreik selbst für die Bergarbeiter allein unmöglich.

Damit ist der Punkt erledigt.

Dubreuilh verkündet das Ergebnis der inzwischen (durch Stimmzettel) vorgenommenen Neuwahl der 15gliedrigen Exekutivkommission: sämtliche bisherigen Mitglieder sind wiedergewählt. Es sind: Bracke, Chauvin, Cherechewsky, Dubreuilh, Groussier, Guesde, Lafargue, Landrin, J. Martin, Léon Martin, Marchand, Prévost, Roland, Toussaint und Vaillant.

Roland teilt mit, daß die vom Kongreß beschlossene Geldsammlung unter den Delegierten für das Centralorgan „Socialiste“ 350 Fr. ergeben habe.

Der Kongreß votiert per Acklamation seinen Dank an den unermüdlichen und hingehenden Parteisekretär fürs Innere, Dubreuilh.

Grodos beantragt, anläßlich der vollzogenen endgültigen Einigkeit überall Parteifestlichkeiten zu veranstalten. (Zustimmung.)

Der Ort des nächsten Kongresses wird vom Centralrat bestimmt werden.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten hält der Vorsitzende eine längere Schlußrede, worin er die glückliche Verwirklichung der vollen Einigkeit auf dauernder Basis und das Votum des Programms begrüßt.

Ghesquière singt das revolutionäre Lied: „Crosse en l'air“ (Kolben hoch!) unter der gehobenen Stimmung der Delegierten.

Den Beschluß macht die im Chor mitgesungene „Internationale“.

Schluß 5 Uhr.

* * *

Das Begrüßungsschreiben des Kongresses an die deutsche Socialdemokratie lautet!

„An den Parteivorstand der deutschen Socialdemokratie.

Werte Genossen! In Beantwortung Eurer Sympathie- und Solidaritätsadresse freuen wir uns, Euch vor allem melden zu können, daß der Parteitag von Reims soeben die Einigkeit aller socialistischen Organisationen Frankreichs vollständig und endgültig verwirklicht hat, die, wie Ihr es soeben auf dem Dresdener Parteitag wieder einmal proklamiert habt, nicht zugeben, daß der Klassenkampf mit der Zusammenwirkung der Klassen sich vereinbaren lasse.

Der deutschen Socialdemokratie, der einzigen Vertreterin aller lebendigen Kräfte des organisierten Proletariats, steht diesseits der Vogesen zur Seite gleichfalls eine einzige Partei, die den ganzen zielbewußten Teil unsres Proletariats umfaßt — die Socialistische Partei Frankreichs.

Diese Partei ist es, die darauf hält, durch unsre Vermittlung die große Freude auszusprechen, die Ihr derselben im Laufe dieses Jahres zweimal verschafft habt: im Juni, als Ihr gegen die deutsche Reichsgewalt und den deutschen Kapitalismus mehr als drei Millionen für die internationale sociale Revolution gewonnene Arbeiter aufgerichtet habt, und dann vor wenigen Tagen, als Ihr durch Euren Scharfblick und Eure Energie diese ungeheure Kraft auf dem Boden des Klassenkampfes zusammengehalten habt; auf dem allein sie ihre historische Mission der Befreiung der Arbeit und der Menschheit erfüllen kann.

Wir rufen Euch zu: Bravo! und Dank! und rechnen auf Euch, um auf dem Amsterdamer Kongreß das notwendige Werk, das so gut im Deutschland Karl Marx' und im Frankreich Blanquis begonnen wurde, international zu vollenden.

Hoch die deutsche Socialdemokratie! Hoch der internationale revolutionäre Socialismus!

Gez.: Jules Guesde, Vaillant, Bracke.“

Die Sympathie-Adresse an die beiden russischen Parteien lautet:

„Der zweite Kongreß der P. S. de F. entbietet den Ausdruck seiner brüderlichen Sympathien an die beiden russischen socialistischen Parteien, an die Socialrevolutionäre Partei und an die Revolutionäre Socialdemokratie, und giebt ihnen die Versicherung, daß sie in ihrem heldenhaften Kampf gegen den verbrecherischen Zarismus und den ausbeuterischen Kapitalismus stets auf die Solidarität des in einer Klassenpartei organisierten französischen Proletariats rechnen können, das verstehen wird, die Manöver der Freunde und der offenen oder verkappten Mitschuldigen des Selbstherrschers aller Reußen zu vereiteln.“

Der Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

hielt am Sonntag im Thielschen Saale in Rixdorf eine außerordentliche Generalversammlung ab. Sie war durch 65 Delegierte aus 27 Orten des Kreises beschickt. Außerdem waren anwesend der Vorstand, die Vertreter der verschiedenen Kommissionen, sowie der Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Hirsch dem Andenken des verstorbenen Genossen Meiling ehrende Worte, welche die Delegierten stehend anhörten.

Hierauf machte der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen, darunter die, daß der Vorstand die Angelegenheit des Genossen Dr. Borchardt betreffend sein Verhältnis zu dem die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern betreffenden Parteitagsbeschluß durch die Erklärung Borchardts, welche in der letzten Generalversammlung des Charlottenburger Wahlvereins abgegeben wurde, als erledigt ansehe. — Die Generalversammlung trat der Ansicht des Vorstandes bei.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: **Die preußischen Landtagswahlen**, referierte Hirsch. Er sagte, er wolle nicht auf die Landtagswahlen im allgemeinen, sondern auf die besonderen Verhältnisse des Kreises eingehen. Von einem Verdrängen der Freisinnigen könne in diesem Wahlkreise keine Rede sein, da ja der Kreis im Landtage konservativ vertreten ist. Im Jahre 1898, wo sich die Socialdemokraten nicht an den Wahlen beteiligten, standen auf der einen Seite die Konservativen, auf der andren die verbündeten Freisinnigen und Nationalliberalen. Damals hatte der Kreis 1913 Wahlmänner zu wählen. 1909 gültige Wahlen wurden vollzogen, von diesen 1909 Wahlmännern stimmten 1855, davon 1049 konservativ und 795 nationalliberal. Die Konservativen hatten also die überwiegende Mehrheit. Bei der diesjährigen Wahl wird das Verhältnis ein wesentlich andres werden. Wir werden in manchen Bezirken die freisinnigen, beziehungsweise nationalliberalen, in andren die konservativen Wahlmänner verdrängen. Die Wählerzahl des Kreises hat sich seit 1898 bedeutend vermehrt. Es sind jetzt 2633 Wahlmänner zu wählen, also 720 mehr wie vor fünf Jahren. Wie sind nun die Wahlaussichten? Die Konservativen hoffen, trotz unsrer Beteiligung auch diesmal die Mehrheit der Wahlmänner zu bekommen und sich den Kreis zu erhalten. Wir werden alles, was in unsern Kräften steht, thun, um diese Hoffnung zu Schanden zu machen. Ob die Freisinnigen auch diesmal wieder mit den Nationalliberalen zusammengehen werden, ist noch nicht bestimmt. Die freisinnige Volkspartei hat bekanntlich beschlossen, für sich in den Wahlkampf zu gehen und auch zwei Kandidaten aufgestellt. Ueber die Köpfe der Wähler hinweg haben Verhandlungen der freisinnigen und nationalliberalen Parteileitungen stattgefunden im Sinne der Beibehaltung des Bündnisses. Eine Anzahl freisinniger Vereine hat jedoch beschlossen, an ihrem Kandidaten festzuhalten und nicht für die Nationalliberalen einzutreten. Nach den neuesten Zeitungsnachrichten sollen die beiderseitigen Vorstände jedoch das Bündnis von 1898 erneuert haben. Uns kann es gleichgültig sein, ob das Bündnis zu stande kommt, oder ob Freisinnige und Nationalliberale sich bekämpfen werden. Wir haben selbstverständlich den Beschluß des Mainzer Parteitages und der Preußenkonferenz zu befolgen und mit eignen Wahlmännern in den Kampf zu treten. Welche Taktik wir dann in der Hauptwahl befolgen, das hängt von dem Ausfall der Urwahlen ab.

Der Redner empfahl eine Resolution, welche näheres über die Urwahlen bestimmt, und sagte dann betreffs unsrer Wahlaussichten: In den Proletariervierteln, namentlich in Rixdorf werden wir nicht nur in der dritten und zweiten, sondern vielleicht auch in der ersten Abteilung Wahlmänner durchbringen, dagegen gebe es andre, vorzugsweise von Wohlhabenden bewohnte Bezirke, wo uns wahrscheinlich selbst die dritte Abteilung verschlossen bleibt. Auf dem Lande sind die Verhältnisse nicht so ungünstig, wie man allgemein glaubt. Die ländlichen Bezirke des Kreises gehören nicht alle zum festen Besitzstand der Konservativen. Während man beispielsweise in Rudow mit einem Steuersatz von 118 M. und in Schönow mit 236 M. noch in der dritten Abteilung wähle, gehöre man in Großbeeren mit 16,25 M., in Machnow mit 28 M. und in Schöneiche mit 31 M. schon der zweiten Abteilung an. Es scheint also möglich, daß wir selbst auf dem Lande Erfolge haben werden. In der Hauptsache sind wir natürlich auf die größeren Städte des Kreises angewiesen. Charlottenburg hat 731, Schöneberg 346, Rixdorf 361, Britz 31 Wahlmänner zu wählen. Also 1400—1500, das sind mehr als die Hälfte aller Wahlmänner, entfallen allein auf diese vier Orte. Aus Wilmersdorf, Treptow, Nowawes, Köpenick und andren Orten, die ebenfalls gute Aussichten für uns bieten, ist die Bezirkseinteilung noch nicht bekannt.

Schon die Zahl der zu wählenden Wahlmänner zeigt uns, daß unsre Arbeit auf dem platten Lande weniger in Frage kommt. Zwar werden wir auch dort agitieren, aber wir werden nicht, wie bei der Reichstagswahl, dem Wahlakt selbst durch Vertrauensmänner beiwohnen. Unsre Hauptkraft muß in den Städten und denjenigen Landgemeinden, wo wir gute Organisationen haben und bei der Reichstagswahl nennenswerte Erfolge hatten, geltend gemacht werden.

Die Freisinnigen können, wie bemerkt, nicht sagen, daß wir sie aus dem Kreise verdrängen, wohl aber ist es ihnen möglich, die Reaktion zu verdrängen, wenn sie mit uns gegen dieselbe stimmen. Wir wollen den Freisinnigen durch Annahme der Resolution zeigen, daß wir fest entschlossen sind, sie durchfallen zu lassen, wenn sie nicht willens sind, mit uns gegen die Reaktion zu stimmen. Wollen sie unsre Bedingungen nicht annehmen, dann mögen sie sehen, ob sie aus eigner Kraft die Konservativen verdrängen können.

Unsre Presse hat bis jetzt leider wenig für den Landtags-Wahlkampf gethan. Die Parteipresse, auch der „Vorwärts“, füllte in letzter Zeit ihre Spalten mit langen Erklärungen persönlicher Art. Es sieht fast so aus, als hätten wir nicht mehr den Kampf gegen unsre Gegner zu führen, sondern hauptsächlich persönliche Angelegenheiten zu erörtern, die für die Partei höchst gleichgültig sind. Es ist dringend zu wünschen, daß die Genossen, welche den Raum unsrer Presse mit Erklärungen füllen, zur Einsicht kommen und dies endlich lassen. Die thätigen Genossen empfinden Widerwillen gegen diese persönlichen Preßfehden, sie sagen mit Recht, das muß aufhören, denn es dient nicht der Agitation, es dient nicht den Interessen der Partei. Diese persönlichen Erörterungen haben der Wahlbewegung schon jetzt geschadet. (Sehr richtig!) So mancher hat sich sicher schon deshalb von uns abgewandt. — Es gilt jetzt, alles Kleinliche und Persönliche zu vergessen und einzutreten in die Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Landtage. Der Hauptwert ist zu legen auf die agitatorische Seite. Wir werden wohl einige, sicher aber nicht

viele Mandate bekommen, und wenn wir selbst trotz aller Agitationsarbeit gar kein Mandat erhalten sollten, so haben wir doch den Massen durch die That gezeigt, daß sie in Preußen rechtlos sind. Also ans Werk. Arbeiten wir. Alles Kleinliche schwinde. Unsren Feind, die bürgerliche Gesellschaft, können wir nur dann mit Erfolg bekämpfen, wenn wir selbst einig und geschlossen sind.

Baake, als erster Redner in der Diskussion, stimmte dem Referenten darin bei, daß die persönlichen Erörterungen in der Presse unsrer Partei schaden, er wünscht, daß die Generalversammlung daraus die Nutzanwendung ziehe und aus den Debatten alles Persönliche fernhalte.

Grunwald meinte, daß die Erklärungen allerdings nicht agitatorisch wirken, aber tüchtige Genossen würden sich dadurch nicht abschrecken lassen. Um die, welche wegen solcher Quengeleien der Partei den Rücken kehren, sei es nicht schade. Diese Angelegenheit habe mit dem vorliegenden Punkte der Tagesordnung nichts zu thun, Hirsch hätte sie deshalb jetzt nicht vorbringen sollen. Die Erklärungen seien nicht verschuldet durch die, welche sie abgaben, sondern durch die, welche zu den Erklärungen provozierten. Wenn Eiterbeulen, wie sie sich jetzt am Parteikörper gezeigt haben, entfernt werden, dann könne die Partei besser kämpfen wie vordem. Im Lauf der Diskussion kam Baake nochmals auf diese Angelegenheit zurück und sagte, kein Arzt werde Eiterbeulen öffentlich ausschneiden. Auch der Staat lasse ja die Hinrichtungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vollziehen. Wenn unsre Partei diesem Beispiel folge, dann werde das Parteileben an Gemütlichkeit gewinnen. — Als Grunwald später noch auf diese Aeußerung Baakes erwidern wollte und mit den Worten begann: Noch ein Wort zu den Eiterbeulen — machte sich allgemeiner Unwille bemerkbar. Man rief dem Redner zu: Ihr sitzt ja zusammen, macht doch die Angelegenheit unter einander ab, aber verschont uns damit. Grunwald brach dann diese Angelegenheit ab mit der Bemerkung: Na, denn mag Baake in dieser Angelegenheit das letzte Wort haben, aber das ist eine eigenartige Meinungsfreiheit.

Ein andrer Diskussionsredner, Bröke, meinte, der „Vorwärts" habe bis jetzt wenig für die Landtagswahlen gethan, aufklärende Artikel über die Aufgaben des Landtages seien noch nicht erschienen. Es sei notwendig, daß das jetzt nachgeholt werde. — Hierzu bemerkte Hirsch, die Arbeiter seien ebenfalls der Meinung, daß, so lange die Erklärungen noch fortgesetzt werden, die agitatorische Arbeit vergeblich sei, und sie bedanken sich deshalb einstweilen für derartige Arbeiten, die durch die Erklärungen ja doch vernichtet würden. (Sehr richtig!)

Mehrfache Erörterungen verschiedener Redner drehten sich um einen Absatz der vom Referenten empfohlenen Resolution, worin Direktiven für das Verhalten unsrer Urwähler bei Wahlmanns-Stichwahlen gegeben werden. Es handelte sich um eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob der betreffende Passus formell dem Beschluß des Mainzer Parteitages gerecht werde oder nicht. Diese Angelegenheit wurde dadurch erledigt, daß der Referent eine kleine redaktionelle Aenderung an dem Absatz 4 seiner Resolution vornahm, die dann angenommen wurde. Sie lautet:

„Entsprechend den Beschlüssen der Gesamtpartei beteiligt sich die Socialdemokratie des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg durch Aufstellung eigner Wahlmänner an den diesjährigen Landtagswahlen.

Wahlmänner sind, wenn möglich, in allen Urwahlbezirken und allen Wahlabteilungen aufzustellen.

Die Wahlmänner müssen organisierte Parteigenossen sein. Ausnahmen sind nur unter Zustimmung der örtlichen Wahlvereinsvorstände zulässig.

Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl zwischen konservativen und liberalen Wahlmännern, so müssen die Parteigenossen für den Liberalen dann stimmen, wenn dieser erklärt, bei der Abgeordnetenwahl eventuell einen socialdemokratischen Kandidaten neben dem Liberalen zu wählen. Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so ist Stimmenthaltung zu üben.

Nach der Urwahl hat das Central-Wahlkomitee eine Versammlung der socialdemokratischen Wahlmänner und der Vertrauenspersonen des Kreises einzuberufen, um über die weitere Taktik zu beraten."

Ein Antrag des Delegierten aus Groß-Besten, die Verteilung der agitatorischen Arbeit in seinem Bezirk anderweitig zu regeln, wurde dahin erledigt, daß den Genossen in Groß-Besten eine Verständigung mit ihrem Vorort empfohlen wurde.

Hierauf folgte die **Berichterstattung vom Parteitag.**

Der Vorsitzende Hirsch teilte mit, der Vorstand empfehle der Generalversammlung, die mit den Verhandlungen des Parteitages zusammenhängenden persönlichen Angelegenheiten hier nicht zu erörtern, da der Parteivorstand die Erledigung derselben in die Hand genommen hat.

Hoffmann-Nowawes, der erste Berichterstatter, verbreitete sich über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes und die Litteraten-Debatte. Er ist im Gegensatz zur Parteipresse der Meinung, daß die bei dem letzteren Punkt gepflogenen Verhandlungen des Parteitages notwendig waren und daß sie auch der Partei genutzt haben. Der Redner resümierte sich dahin: Es habe sich nicht nur um ein Litteratengezänk gehandelt. Vieles sei dabei an den Tag gekommen. Wenn wir auch nicht alles glauben, was Harden in der „Zukunft" von einzelnen Parteigenossen behauptet, so genüge doch das, was dokumentarisch festgestellt sei, um uns zu zeigen, daß unter den Angeschuldigten eine große Korruption herrsche. Besonders scharf verurteilte der Redner das Verhalten Heinrich Brauns.

Pieleke, der zweite Berichterstatter, sprach über die Taktikdebatte und die andren Punkte der Tagesordnung des Parteitags und bemerkte zu der Angelegenheit Richard Fischer, dieser habe die Berliner Delegierten zu Unrecht beschuldigt, gegen Auer konspiriert zu haben.

In der Diskussion wurde über den Parteitag und dessen Verhandlungen selbst fast nichts gesagt. Mehrere Resolutionen gingen ein, die schließlich nach verschiedenen Teilabstimmungen zu einer Resolution vereinigt wurden; die Resolution fand Annahme, darunter der zweite Absatz derselben mit 33 gegen 29 Stimmen. Sie lautet:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden, ist aber mit der Form der Verhandlungen nicht zufrieden. Besonders ist zu bedauern, daß die persönlichen Gehässigkeiten einen Raum eingenommen haben, wie man von gebildeten Genossen nicht erwartet. Die Zeit hätte mit wichtigeren, die Arbeiterschaft berührenden Fragen ausgefüllt werden können.

Ferner ist zu bedauern, daß über eine so selbstverständliche Erklärung, wie sie der Parteivorstand in Sachen der Mitarbeit an bürgerlichen Preßorganen erlassen hatte, eine so ausgedehnte Debatte stattfinden mußte. Sie erwartet, daß die an diese Debatte sich später anschließenden Enthüllungen und Erklärungen vom Parteivorstand, wie er schon angekündigt hat, untersucht werden und zwar baldmöglichst, und daß ohne jede Rücksicht Klarheit geschaffen und in der Partei reiner Tisch gemacht wird, damit der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft einmütig und geschlossen geführt werden kann.

Die Generalversammlung verurteilt entschieden den persönlichen Streit, welcher nach dem Parteitage in der Parteipresse durch Veröffentlichung von Erklärungen entstanden ist. Sie protestiert gegen die Taktik, persönliche Angelegenheiten der Genossen in der Parteipresse zum Austrag zu bringen.

Die Versammelten sind der Meinung, daß es jetzt endlich an der Zeit ist, den Streit andren Instanzen der Partei zu überweisen, um nun energisch für die bevorstehenden Landtagswahlen Propaganda machen zu können.

Des weiteren sind die Versammelten der Ansicht, daß der jetzige Streit nicht im Partei-Interesse liegt, sondern schädigend auf die Gesamtheit der Partei wirkt."

Unter „Verschiedenes" behandelte die Generalversammlung die Beschwerde des Genossen Meier in Wilmersdorf. Dieser ist aus dem Wilmersdorfer Wahlverein ausgeschlossen, der Centralvorstand hat den Ausschluß für begründet erklärt, dann hat die vorige Generalversammlung infolge einer Beschwerde Meiers eine Kommission zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzt. Die gegenwärtige Generalversammlung beschloß auf Antrag der Kommission: „Die Generalversammlung kann den Ausschluß des Genossen Meier aus dem Wilmersdorfer Wahlverein als gerechtfertigt nicht anerkennen, sie empfiehlt dem Genossen Meier jedoch, auf die Uebernahme von Parteiämtern vorläufig zu verzichten." — Meier erklärte hierauf, er werde aus dem Wilmersdorfer Wahlverein austreten und sich der Organisation eines andren Ortes anschließen, um auch ferner in der Partei mitarbeiten zu können.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Hirsch gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Parteigenossen, unbekümmert um alle Zwistigkeiten, in die Agitation für die Landtags- und die Stadtverordnetenwahlen eintreten werden, und schloß die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Stimmen über den Parteitag.

Im soeben ausgegebenen Heft 1 des 22. Jahrgangs der „Neuen Zeit" schreibt Kautsky unter dem Titel „Nachklänge zum Parteitage":

„Die Wirkungen der Dresdener Verhandlungen und Beschlüsse beginnen allmählich zu Tage zu treten. Und nach der sachlichen Seite sind sie durchweg erfreuliche. Sie haben entschiedene Klärung gebracht, vor allem nach außen.

Wir dürfen nie vergessen, daß wir in erster Linie noch eine propagandistische Partei sind. Unsre wichtigste praktische Frage ist derzeit noch weit weniger die der Eroberung der Macht, als die der Eroaerung der Vollsmassen. Erst wenn wir diese Art der Eroberung vollzogen haben, tritt jene in den Vordergrund. Was wir in Reformen heute durchsetzen konnten und können, ist minim im Vergleich zu den Erfolgen, die wir in der Agitation unter den Massen erzielt haben und noch weiter erzielen können. Bei jeder praktischen, etwa parlamentarischen oder kommunalen Aktion müssen wir uns daher nicht bloß fragen, welche greifbaren Ergebnisse wir dabei herausschlagen, sondern auch, und vor allem, wie sie auf die Massen wirken wird."

Kautsky setzt dann auseinander, daß in den letzten Jahren weithin der Glaube verbreitet gewesen sei, die Socialdemokratie sei im Begriff, ihre Grundsätze und ihre Taktik zu revidieren und habe ihr revolutionäres Programm längst ad acta gelegt. Deshalb sei es notwendig gewesen, nach außen und nach innen Klarheit zu schaffen und die sei geschaffen worden, von einigen verschwindenden Ausnahmen abgesehen. Er verweist hinsichtlich dieser Ausnahmen auf Bernsteins und Elms Artikel in den „Soc. Monatsheften" und auf die Münchener, die sich in ihrer Beurteilung des Wertes der Resolution 130 widersprächen. Gegenüber der Elmschen Bemerkung von der „Verbitterungs- und Konfliktspolitik" Kautskys führt er aus, daß es sich nicht darum handle, Konflikte und Verbitterung zu wollen, sondern daß eine Politik rücksichtslosen Vorwärtsdringens dieses Resultat habe, und dann fährt er fort:

„Auf die notwendigen Konsequenzen, nicht auf die guten Absichten bei unsrem Thun kommt es aber in der Politik an. In demselben Artikel meinte Elm — und dasselbe sagt die „Münchener Post" —, zu dem in der Resolution gezeichneten Revisionismus würde sich niemand in der Partei bekennen, weil er damit aufhören würde, Socialdemokrat zu sein.

Das ist eine etwas unvorsichtige Aeußerung.

Zu derselben Zeit, wie der Dresdener Parteitag, trat in Rom der neugeschaffene Arbeitsrat zusammen (consiglio di lavoro), dem Vertreter der Regierung, der beiden Kammern, der Unternehmer und der Arbeiter angehören. In der Eröffnungssitzung nahm unter andren Turati das Wort und erklärte, die Arbeiter und Socialisten, die dem Arbeitsrat angehörten, hätten die Idee aufgegeben, daß der Staat eine ihnen feindliche Macht darstelle. Er pries die Interessengemeinschaft der Klassen und erklärte sich davon überzeugt, daß die Vertreter der Unternehmerinteressen es für vergeblich und verderblich ansähen, das Aufsteigen der Arbeiterklasse hindern zu wollen. Sie forderten nur, daß es allmählich, mit möglichst großer Schonung bestehender Interessen und des Reichtums geschehe. Und er sah eine Zeit voraus, wo die Hauptleute der Industrie an Stelle des Kampfes von Klasse gegen Klasse den Kampf aller Klassen gegen die Natur setzen würden.

Auf diese Rede, die schließlich mit dem Klassenkampf auch das Endziel, die Aufhebung der Klassen, preisgab, antwortete Luzzatti, der Präsident des Rates, der 1898 Minister gewesen war, zu der Zeit, als die Regierung Turati zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilen ließ. Luzzatti hat seitdem nichts revidiert, und doch konnte er in seiner Erwiderung mit Befriedigung konstatieren, es gebe vieles, was er mit Turati gemein habe, nur weniges, was ihn von diesem treme. Die Unmöglichkeit, sich zu verständigen, liege nur gegenüber den Anhängern der alten Katastrophentheorie vor, nicht gegenüber Anhängern des Socialismus wie die anwesenden, die an den ehrlichen Willen der Organe des heutigen Staates glaubten, die Probleme der Arbeit zu lösen.

Diese Verhandlungen waren ein eigenartiges Gegenstück zu denen unsres Parteitages. Sie vollzogen sich in den höflichsten Formen. Kein Mißton wurde laut. Die Verehrer des guten Tones müssen ihre Freude daran gehabt haben. Trotzdem wird es wenige Parteigenossen in Deutschland geben, die sie erhebend finden. Mit dem Maßstab Elms und der „Münchener Post" gemessen, ist Turati kein Socialdemokrat mehr.

Wir wollen aber nicht erst warten, bis wir völlig entwickelte Turatis in Deutschland haben: käme es einmal soweit, dann wäre auch die Spaltung da. Dem aber soll unsre Resolution vorbeugen."

Hinsichtlich der persönlichen Seite der Auseinandersetzungen sagt Kautsky:

„Die einen begrüßen diese Enthüllungen als ein reinigendes Gewitter, die andren beklagen sie als eine reißende Flut, die unsre fruchtbarsten Aecker verwüstet. Weder für die eine noch für die andre Anschauung kann man sich heute entscheiden. Ob diese Vorkommnisse zum Nutzen oder zum Schaden unsrer Partei ausgehen, das hängt von ihr selbst ab. Hat sie die Kraft, alle Elemente, deren Unsauberkeit erwiesen ist, ohne jede Rücksicht auf ihre Stellung in der Partei auszuscheiden, dann schlagen alle die peinlichen Vorkommnisse der letzten Wochen zu ihrem Vorteil aus. Hätte sie dagegen diese Kraft nicht, dann allerdings müßten die Dresdener Verhandlungen und ihre Nachspiele unsre Partei aufs tiefste kompromittieren und das Vertrauen der Massen in sie aufs ärgste erschüttern.

Ein unparteiliches Gericht, das nur nach Thatsachen urteilt, durch Klatsch sich nicht beeinflussen läßt, das aber streng und unerbittlich waltet, ist unumgänglich notwendig geworden. Die Angeklagten müssen entweder gerechtfertigt oder aus unsrer Mitte ausgeschieden, bei geringeren Vergehen ihrer Vertrauensstellen entkleidet werden. Die Richter sind nicht zu beneiden, die sich dieser Aufgabe zu unterziehen haben; sie ist ebenso schwierig, wie peinlich; aber sie ist unerläßlich, soll nicht der Schmutz, der in den letzten Tagen aufgewühlt worden, an der Partei selbst hängen bleiben. Mehr als je gilt heute die Parole: Kein Vertuschen, kein Komödienspielen.

Gelingt es, die persönliche Verantwortung für die aufgedeckten Unsauberkeiten festzustellen und die unsauberen Elemente selbst zu entfernen, dann wird auch nach der persönlichen Seite hin niemand mehr Ursache haben, die Dresdener Tage für verloren anzusehen. Man darf wohl bedauern, daß sie notwendig geworden waren, man hat aber kein Recht, zu wünschen, daß die wirklich vorhandene Korruption nicht aufgedeckt worden wäre. Und mancher, der noch in Dresden sich über Bebels „Maßlosigkeit" entrüstete, wird ihm seitdem recht gegeben haben. . . .

Heute, wo die bürgerliche Klassenmoral in voller Auflösung ist, werfen viele der bürgerlichen Elemente, die es nicht vermögen, sich zu proletarischem Empfinden und proletarischer Klassenmoral durchzuringen, mit der bürgerlichen jede Moral von sich, im Proletariat darf aber diese Art der Ueberwindung der bürgerlichen Moral nicht platzgreifen.

Und wie es ökonomische Gesetze giebt, die für jede Gesellschaftsform gelten, so giebt es auch sittliche Grundsätze, deren keiner entraten kann. Einer der wichtigsten darunter ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Genossen gegenüber. Dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt, dagegen giebt es ohne sie kein dauerndes Zusammenwirken gleichgestellter Genossen. Sie gilt für jede Gesellschaft ohne Klassengegensätze, gilt innerhalb einer von Klassengegensätzen erfüllten Gesellschaft für jede besondere Partei von Klassengenossen. Den Parteigenossen zu belügen, galt bisher nur in solchen Parteien für erlaubt, in der zwei Klassen zusammenwirkten, von denen die eine sich dazu mit der andren zusammenthat, um deren Kraft für sich auszunutzen.

Es war die Parteimoral des Jesuitismus, des Pfaffentums überhaupt. Das moderne Litteratentum hat sie sich vielfach zu eigen gemacht, soweit es sich als eine „Herrenklasse" über das Proletariat erhaben dünkt und dieses bloß als Werkzeug betrachtet, und sie ist mit einigen solcher Elemente bis in unsre Reihen eingedrungen. Aber die Socialdemokratie bleibt auf dem Boden der proletarischen Moral, welche die Moral aller aufstrebenden, nach Selbständigkeit ringenden Klassen ist: Sie weist jeden Versuch von sich, die Partei zu belügen und verachtet die Lügner."

In einem Berliner Briefe des „Hannoverschen Volkswillen" zieht W. aus den Dresdener Vorkommnissen den Schluß:

„Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um zu verhindern, daß solche Differenzen sich wiederholen. Und dazu giebt es nur ein Mittel: Straffere Organisation, namentlich bezüglich der Verteilung von Vertrauensämtern.

Der Parteivorstand müßte einen größeren Einfluß auf die Kontrolle aller Kandidaturen haben. Fürchtet man dadurch das Entstehen einer Vorstands-Diktatur, so möge man jene Befugnisse den Kontrolleuren mit übertragen und die Landesparteitage wie den Parteitag der Gesamtpartei als Berufungsinstanz einsetzen. Nötig macht sich aber eine Aenderung; das haben die widerlichen Vorkommnisse bewiesen. Denn die in langer Parteithätigkeit gereiften Mitglieder des Vorstandes wie die Kontrolleure werden sicherlich nicht für richtig halten, daß jeder erste beste sich plötzlich als unser Parteigenosse aufspielende Abtrünnling einer andren Partei ein Mandat erhält, ehe er noch durch Thaten, durch langjährige treue Mitarbeit bewiesen hat, daß er wirklich einer der unsren ist und gewillt, in Reih und Glied mit uns zu stehen.

Hier ist seitens der Genossen zu untersuchen, wie weit und in welchem Maße eine straffere Centralisation der Partei durchführbar und nützlich ist. Wer zur Klärung dieser wichtigen Frage beiträgt, erweist sich als ein nützlicher, treuer Freund.

Die „Volksstimme" in Magdeburg mahnt angesichts der fortgesetzten persönlichen Streitigkeiten dazu, endlich die Waffen niederzulegen.

„Die Proletarier wünschen nicht Erklärungen, noch Gegenerklärungen zu lesen; selbst der Kampf gegen die „Revisionisten", in den auch wir mit sachlicher Diskussion einzugreifen für unsre Pflicht hielten, erscheint ihnen nicht annähernd so wichtig, wie die rastlose Arbeit gegen die Volksfeinde, wie das praktische Wirken zu Gunsten des Proletariats und die Aufrüttelung der uns noch fernstehenden Arbeiterschichten zum Zwecke der Umwälzung der kapitalistischen Klassengesellschaft."

Die „Wiener Arbeiterzeitung" nimmt nochmals das Wort zum Parteitage aus Anlaß der Auseinandersetzungen, die sich weiter daran knüpften. Sie bedauert die peinlichen Formen, in denen sich diese Auseinandersetzungen jetzt vollziehen und schreibt dann:

„So befriedigend dieses politische Resultat des Parteitages ist, so sehr geht es für den Augenblick völlig unter in einer unerhörten Flut von persönlichen Streitigkeiten, die an eine Frage ziemlich untergeordneter Natur anknüpfen, die freilich dem Parteitag mehr als billig Zeitverlust und Spektakel brachte: die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Ursprünglich war es eine sehr einfache Sache und der Parteivorstand hatte sie durch eine Resolution entschieden, deren einziger Fehler ihre platte Selbstverständlichkeit war und die auch vom Parteitag mit ungeheurer Majorität als richtig anerkannt wurde. Daß eine Sache des natürlichen Taktes, des Empfindens für das, was dem Socialdemokraten ziemt, nicht in starre Paragraphen einwandfrei gegossen werden kann, versteht sich von selbst. Aber wenn das Unsagbare gesagt werden muß, so sind an der Unzulänglichkeit des Spruches nicht die schuld, die ihn nun einmal fällen müssen, sondern die, die nicht nur das Aergernis gegeben, sondern auch den Spruch selbst ausdrücklich provoziert haben. Das haben nun Bernhard, Braun, Göhre, Heine allerdings gethan. Sie haben sich ganz besonders dadurch verletzt gefühlt, daß die weit schärfer als notwendig ausgefallene Kritik ihres Verhaltens gerade von einem Manne mit der komplizierten Vergangenheit Mehrings geübt wurde. Statt nun offen zu bekennen, sie sehen nunmehr ein, daß ihre Mitarbeit an Herrn Hardens Blatt eine Taktlosigkeit war oder, wenn diese Einsicht noch nicht vorhanden war, wenigstens zu erklären, daß sie sich dem Parteibeschluß fügen wollen, statt vielleicht sich auch noch dagegen zu verwahren, daß gerade Mehring das Sittenrichteramt in der Partei ausübe, haben sie Fehler auf Fehler gehäuft. Der Angriff Brauns und Bernhards auf Mehring war der schwerste dieser Fehler. War wirklich an Mehrings Vergangenheit noch etwas zu enthüllen, dann mußte es geschehen, ohne daß diese Enthüllung als Akt der persönlichen Verteidigung und der persönlichen Rache erschien. Nun aber gewann eine Frage des socialdemokratischen Anstandes den Charakter des erbitterten Kampfes um Ehre und Leben in der Partei. Dazu kam noch, daß der einzige Mann auf dem Parteitag, dessen Ansehen und Gewalt über die Menschen im stande gewesen wären, den lodernden Brand zu begrenzen, daß Bebel selbst sich von seiner Leidenschaft weit über die Grenzen des der Partei Nützlichen hinreißen ließ, daß er die Schuld der Schuldigen bis zu Anklagen übertrieb, die ihrer Ehre nahe traten."

Nachdem dann auf die Vorgänge in den Berliner Parteiversammlung hingewiesen worden ist und auf die Fortsetzung, die im zweiten Kreise bevorsteht, in der Bebel zuerst das Wort ergreifen wird, heißt es:

„Man möchte wünschen, daß der Mann, der so oft das Höchste geleistet durch hingebende Leidenschaft, nunmehr der Partei durch Ruhe und Kaltblütigkeit den Dienst erwiese, der ihr jetzt am meisten not thut. Es wäre dazu ein hoher Grad von Selbstverleugnung nötig, aber die hat gerade Bebel nie gemangelt."

Zu den Ausführungen der „Münchener Post", daß auf dem Parteitage die Absicht bestanden habe, einzelne Genossen auszuschließen, hat auch Adolf Braun in der „Fränkischen Tagespost" die Erklärung abgegeben, die wir anfänglich übersehen hatten und daher jetzt nach der „Schwäbischen Tagwacht" nachholen. Braun erklärt:

„Alle Genossen, welche die Resolution Adolf Braun und die Resolution Wurm abfaßten, verfolgten keinen andern Zweck als

1. volle Klarheit über die Taktik der Gesamtpartei zu schaffen,
2. die Stärke der Revisionisten aller Richtungen festzustellen.

Allen Verfassern und Befürwortern beider Anträge lag der Gedanke fern, irgend einen Genossen aus der Partei hinauszudrängen. Wer die Geschichte unsrer Parteitage kennt, weiß, daß vielfach entscheidende Resolutionen nicht einstimmig beschlossen wurden, ohne daß jemals der Minderheit zugemutet worden wäre, aus unsern Reihen zu scheiden. In einer demokratischen Partei bedeutet die Annahme eines Beschlusses seine Geltung für die gegen ihn Stimmenden nicht die Aufforderung, unsre Reihen zu verlassen."

Auch Konrad Hänisch giebt im Dortmunder Parteiblatte eine Erklärung ab, daß er es war, der zwar nach der Rede Vollmars zum Zwecke der Zählung der Revisionisten Namen in die Resolution hineinbringen wollte, daß er aber dafür bei den meisten Mitausarbeitern des Amendements Wurm keine Zustimmung gefunden habe. An die direkte oder indirekte Herbeiführung von Ausschlüssen habe er dabei jedoch so wenig gedacht, wie seines Wissens sonst jemand.

Die Parteigenossen in Lübeck nahmen folgende Resolution an:

„Die am 2. Oktober 1908 im „Vereinshaus" tagende öffentliche Parteiversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Delegierten einverstanden. Sie bedauert, daß solche Erörterungen, wie die über die Mitarbeit von Parteimitgliedern an der bürgerlichen Presse und

die Taktik sich vernotwendigten, erkennt jedoch an, daß unter den gegebenen Verhältnissen diese Erörterungen nicht zu umgehen waren. Sie werden hoffentlich dazu beigetragen haben, daß in der Partei in Zukunft sich weniger persönliche Differenzen geltend machen und die Partei sich ihrer Aufgabe, der Revolutionierung der Köpfe zur Erkennung des hohen Ziels des Socialismus und der Verteidigung der bisherigen und der Erringung neuer Rechte des Volkes energischer widmen kann. Die Versammlung erwartet, daß dort, wo es erforderlich ist, die Genossen sich nicht aus irgend welchen Rücksichten abhalten lassen, die Konsequenzen aus dem in letzter Zeit bekannt gewordenen Verhalten einzelner in verantwortlicher Stellung befindlicher Parteimitglieder zu ziehen."

In Elmshorn referierte der Delegierte Mannheimer. Er sprach sich sehr abfällig über die Verhandlungen des Parteitages aus und ist auch mit den Beschlüssen nicht einverstanden. Mehrere Redner traten ihm entgegen, während einer ihm zustimmte.

In Spremberg wurde nach einem Referat Antricks, dem mehrere Redner beipflichteten, beschlossen:

„Die heute in Spremberg tagende Parteiversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Antrick einverstanden. Die Versammlung spricht ihren Widerwillen über das Betragen und die Handlungsweise eines Braun, Bernhard und Genossen aus. Die Versammlung ist dem Genossen Bebel dankbar, daß er den Finger in eine Wunde gelegt habe, die in späterer Zeit unserer Partei schwere Schäden gebracht hätte. Die Versammlung erwartet vom Parteivorstand, daß er dafür sorge, für die folgende Zeit allen Umtrieben eines Braun, Bernhard und andrer das Handwerk zu legen. Die Versammlung hofft, daß der bewährte Charakter des Klassenkampfes der Partei auch für alle Zukunft hochgehalten wird."

Erklärungen.

Grunewald, 5. Oktober 1903.

An die Redaktion des „Vorwärts", Berlin SW., Lindenstraße 69.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Vier „Erklärungen", die in den Nummern 229, 231, 232 des „Vorwärts" gegen mich gerichtet worden sind, zwingen mich, noch einmal den Raum Ihres Blattes in Anspruch zu nehmen. Auch diesmal wird es gewiß nicht der Berufung auf das Preßgesetz bedürfen, um Sie zur Veröffentlichung meiner Antwort zu bestimmen.

1. Herr Bernhard glaubt, daß eine durch seinen Wunsch herbeigeführte Unterredung, deren wesentlicher Inhalt ich, wie er bestätigt, richtig wiedergegeben habe, nicht zwei, sondern vier Wochen vor dem Parteitag stattgefunden habe. Ohne nähere Prüfung seiner Angabe will ich ihm gern einräumen, daß er recht hat. Ich habe ihm also vier Wochen vor dem Parteitag, um ihm die Gründung eines eignen Blattes zu ermöglichen, das Lokal und den gesamten Apparat meines Verlages unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ob das Urteil über sein Verhalten durch diese völlig belanglose Datumsverschiebung geändert werden kann, haben Unbeteiligte zu entscheiden. Herr Bernhard behauptet ferner, ich hätte die Veröffentlichung von Privatbriefen mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, daß sie „nicht die Aufschrift „Vertraulich" trugen". Die Behauptung ist unwahr. Der meine Notwehrmittel rechtfertigende Passus ist am 29. September 1903 im „Vorwärts" abgedruckt worden; der Hauptsatz lautete: „Die Konvenienz schützt den Privatbrief, auch den nicht ausdrücklich als sekret erklärten; der Mensch aber, der durch Handeln oder Unterlassen seinen Nächsten wider besseres Wissen um den ehrlichen Namen zu bringen sucht, scheidet sich selbst aus dem Geltungsbereich aller Konvenienz." Das gilt, nach meiner Ueberzeugung, für Mitteilungen jeder Art, mündliche und schriftliche. Der Vertrauensbruch des einen entbindet den andren von der Pflicht zur Diskretion; muß ihn davon entbinden, weil er sonst gegen den Vertrauensbrecher wehrlos wäre.

2. Diese Bemerkungen sind zugleich eine Erwiderung auf einen Teil des vom Abgeordneten Dr. Braun Gesagten. Auf meinen Vorschlag, sämtliche von ihm und seiner Frau an mich gerichteten Briefe und Karten in seiner Zeitschrift zu veröffentlichen — damit jeder prüfen könne, ob ich den Sinn seiner Worte auch nur um eine Nuance in ihm ungünstiger Weise entstellt habe —, geht er leider nicht ein; vielleicht, weil der Abdruck ein ganzes Heft füllen würde. Er verweist mich an die Organisation seines Wahlkreises. Zu einer Delatorenrolle habe ich aber weder Neigung noch Beruf. Ich maße mir nicht das Recht und die Aufgabe an, direkt auf die Folgen einzuwirken, die meine Abwehr für die Stellung des Herrn Braun innerhalb seiner Partei etwa haben könnte. Mir genügt vollkommen die Thatsache, daß er keine einzige meiner Angaben zu widerlegen vermocht hat. Er verwahrt sich jetzt noch dagegen, daß ich eine von ihm herbeigeführte Zusammenkunft einen „Kriegsrat" genannt habe. Bei dieser Zusammenkunft, die stundenlang währte, hat er mir sein gesamtes „Material" gegen Herrn Dr. Mehring vorgelegt und mir die seitdem berühmt gewordene Soupergeschichte erzählt; stundenlang wurde ausschließlich die Frage erörtert, wie man am wirksamsten gegen Herrn Mehring vorgehen könne: vor, auf oder nach dem Parteitag, durch Privatklage, Rede oder Broschüre; nur zu dem Zweck, dieser Frage gemeinsam mit ihnen die Antwort zu suchen, war ich von Herrn und Frau Braun in ihre Wohnung gebeten worden. Und für eine Zusammenkunft, deren einziger Zweck ist, die gegen einen Feind zu wählende strategische Taktik zu erörtern, weiß ich keine passendere Bezeichnung als: „Kriegsrat".

3. Der Abgeordnete Heine bestätigt, daß ich ihm „niemals im geringsten den Wunsch zu erkennen gegeben habe, gegen Mehring vorzugehen"; und daß ich ihm nicht erlaubt habe, die Briefe, die er erbeten hatte, Herrn Bernhard zu geben. Er sagt nur, ich hätte es ihm nicht ausdrücklich verboten. Das ist richtig. Ich hätte ihm, wenn er sich, um etwas zu notieren, meine Brieftasche ausgebeten hätte, auch nicht ausdrücklich verboten, Geld herauszunehmen. Wohl aber habe ich ihn schriftlich ersucht, mir die Briefe, sobald er sie nicht mehr brauche, zurückzusenden. Das hat er nicht gethan. Er hat sie überhaupt nicht benutzt, sondern sie ohne Autorisation einem andren übergeben und veranlaßt oder geduldet, daß sie zu einem von mir nicht gewünschten Zweck benutzt wurden. Er muß mir gestatten, dieses Verhalten als gröblichen Vertrauensmißbrauch zu bezeichnen. Durch Vorspiegelung falscher und Unterdrückung wahrer Absicht hat er mich verleitet, ihm die Briefe zu überlassen, und damit die Kriterien arglistiger Täuschung erfüllt. Er will „gehört" haben, die auf Schoenlank bezügliche Karte sei „schon vor Jahren abgedruckt worden". Er hat Unwahres gehört. Herr Heine will, wie früher seinen Briefen, jetzt unsren Gesprächen den Charakter der Intimität nehmen. Das hatte ich, trotz allen bisher gemachten Erfahrungen, nicht erwartet. Ob diese Intimität nicht schon aus dem veröffentlichten Teil der Briefe Heines hervorgeht, mögen andre beurteilen; ebenso, ob anzunehmen ist, daß zwei ungemein beschäftigte Männer weite Wege machen und stundenlang, einmal bis lange nach Mitternacht, im Kaffeehaus sitzen, um „über Dinge zu sprechen, die in allen Zeitungen stehen". Das einfachste Mittel zur Ueberführung des Leugners wäre: die Veröffentlichung des mir von ihm Erzählten. Dieses Mittel möchte ich nicht wählen. Ich habe es aber auch satt, mir jede nicht durch schriftliches Zeugnis belegte Angabe abstreiten zu lassen. Deshalb muß ich den Abgeordneten Heine nun öffentlich auffordern: entweder zuzugeben, daß unser Verkehr, so lang oder kurz er war, den Charakter der Intimität hatte, oder mich zu verklagen und sich unter seinem Eide als Zeugen vernehmen zu lassen. Ich werde die Vernehmung zweier oder dreier andren Zeugen beantragen und verzichte hiermit, um Herrn Heine den Weg bequemer zu machen, auf das Rechtsmittel der Widerklage. Das Verfahren wird dann ergeben, ob die Mitteilungen, die wir ausgetauscht haben, als intim zu bezeichnen sind.

Auf denselben Rechtsweg verweise ich, in Parenthese, endlich nun auch die Herren Bernhard, Braun, Göhre. Was ich über sie gesagt habe, ist erweislich wahr. Es als unwahr zu erweisen, ist nachgerade nur noch durch ein Gerichtsverfahren möglich, das die Zungen löst und durch die Eidespflicht das Gewissen schärft. Der Worte sind genug gewechselt, scheint mir.

4. Herr Dr. Mehring führt eine Stelle aus einem am 18. September 1892 von mir an ihn geschriebenen Brief an, die beweisen soll, daß er die Mitarbeit an der „Zukunft" abgelehnt habe. Er wird von seinem Gedächtnis schlecht bedient. Der Brief vom 18. September 1892 beweist nur, daß ich Herrn Mehring mißverstanden und irrtümlich geglaubt hatte, er habe die Mitarbeit abgelehnt. Denn auf den Brief, den er anführt, hat er am 19. September 1892 geantwortet:

Lieber Kollege!

Sie sind wirklich, was Carlyle ein dünnhäutiges Individuum nennt. Ich habe doch wahrhaftig in meinem Leben noch nie den geringsten Zweifel an Ihrer Integrität geäußert oder gehabt; wozu also gegen mich diese empfindlichen Versicherungen? . . . Was meine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" anbetrifft, so war ich mir bisher nicht klar, ob Ihre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem redaktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal eine arme halbe Stunde für mich übrig hatten, um eventuell über Thema, Umfang usw. eines von mir zu liefernden Beitrags zu sprechen, so neigte sich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich vollends darin bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie endlich einmal sich von meiner Freundschaft für Sie überzeugen und mir nicht mehr so empfindlich schreiben mögen."

Dieser Brief wurde durch einen vom 20. September 1892 ergänzt, aus dem ich hier die folgenden Sätze anführe:

Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeiterschaft habe, habe ich Ihnen ganz offen angegeben: es war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft" doch wendet. . . Abgesehen von diesem Bedenken bin ich bereit, und gern bereit. (Das Wort „gern" ist von Mehring unterstrichen.) Sie brachen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir völlig unbekannten Gründen den persönlichen Verkehr ab. Sie erklärten, wegen der Vorbereitungen zur „Zukunft" keine Minute Zeit für mich zu haben. . . Wenn Sie mich einmal besuchen wollen, so sind Sie mir allemal herzlich willkommen. Ich würde Sie sogar darum bitten, wenn ich nicht allzu trübe Erfahrungen mit solchen Bitten gemacht hätte. Dagegen möchte ich Ihnen noch mehr mit Rücksicht auf Ihre als meine Zeit vorschlagen, die Korrespondenz über diese Dinge nicht fortzusetzen. Brieflich kommen doch immer neue Mißverständnisse vor. Also: wenn Sie mögen, kommen Sie doch einmal heran. Meine Freundschaft für Sie ist unverändert dieselbe. In alter Gesinnung Ihr Mehring.

Als hier wichtig citiere ich nur noch den Anfang einer am 14. Oktober 1892 geschriebenen und abgestempelten Postkarte:

Darf ich Ihnen für die nächste Nummer der „Zukunft" einen Artikel über die „Krisis" in der Freien Volksbühne schreiben?

Damit ist wohl ausreichend erwiesen, daß Herr Mehring die Mitarbeit an der „Zukunft" nicht abgelehnt hat. Die Originalbriefe stehen der Redaktion zur Verfügung. Herr Mehring behauptet ferner, ich hätte gegen ihn mit dem Abgeordneten Heine komplottiert und einen Ueberfall geplant. Durch Heines und meine eignen Erklärungen ist festgestellt, daß ich ein Vorgehen gegen Mehring niemals gewünscht und den „Ueberfall" ebensowenig vorausgesehen und gebilligt habe wie er selbst. Schließlich nennt er mich einen „Verleumder" seiner Partei. Darüber tröstet mich die Thatsache hinweg, daß von den Socialdemokraten, die mich kennen —, und darunter waren und sind die Abgeordneten Grillenberger, Schoenlank, v. Vollmar, Blos, Heine Südekum, Braun —, kein einziger mich so beurteilt hat; auch Herr Dr. Mehring nicht, — bis zu dem Tage, wo, wie wohl oft in seinem Leben, ein persönliches Zerwürfnis sein sachliches Urteil zu trüben begann.

In vorzüglicher Hochachtung

Harden,

der Herausgeber der „Zukunft".

Erst heute kommt mir, da ich mich auf einer Agitationstour im sächsischen Vogtland befinde, die Erklärung des Genossen Auer in der Nummer 230 des „Vorwärts" zu Gesicht. Ich habe darauf folgendes zu erwidern: Ich habe weder Auer „vernichten" noch „Bebel schützen" wollen, und nirgends Derartiges gesagt oder behauptet. Uebrigens weiß ein jeder, daß sich der Genosse Bebel selbst schützen kann, wie es seine Widersacher zu ihrem Nachteil nachdrücklichst empfunden haben. Ich habe in Dresden eine zweite Auflage Lübeck verhindern wollen, und wer in Lübeck den Jubel der bürgerlichen Preßmeute bei der Rede Auers kontra Bebel beobachtet hat, wird sich darüber, daß uns Aehnliches in Dresden erspart blieb, ebenso freuen wie mein „Zwischenträger" und ich.

Adolph Hoffmann.

In der Nr. 228 der „Leipziger Volkszeitung" findet sich folgende Mitteilung:

(es) „wird uns mitgeteilt, daß Dr. Heinrich Braun es gewagt hat, sich wiederholt an Angestellte des „Vorwärts" zu wenden, um von diesen die Adressen der gesamten Vertrauensleute Deutschlands zu erhalten. Natürlich hat sich kein Genosse zu diesem gemeinen Vertrauensbruch hergegeben."

Diese Mitteilung ist in jedem Wort unwahr. Der völlig entstellte Sachverhalt ist der, daß ich, wie schon vor zehn Jahren bei einem ähnlichen Falle, in der Expedition resp. der Buchhandlung des „Vorwärts" diesmal die Genossen Marx und Pätzel um die Mitteilung der Kreuzband-Abonnenten des „Vorwärts" beziehungsweise um die Namen der Parteicolporteure gebeten habe. Die Genannten haben dem Genossen Richard Fischer das bestätigt und dieser autorisiert mich, es mitzuteilen.

Heinrich Braun.

An die Redaktion des „Vorwärts".

In den letzten Nummern Ihres Blattes bin ich von verschiedenen Seiten angegriffen worden. Ich will auch jetzt keinen Raum für eine noch so kurze Verteidigung beanspruchen, sondern nur, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, einfach feststellen, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Binnen weniger Wochen wird das Spiel, das in Dresden mit der Ehre und Würde der Partei gespielt worden ist, klar vor den Augen jedes Parteigenossen liegen, und dann wird auch jeder von denen, die sich in den letzten Wochen mit mir zu unterhalten gewünscht haben, die geziemende Antwort erhalten.

Steglitz-Berlin, 4. Oktober 1903. Franz Mehring.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (E. H. 71) SO. 16, Neanderstr. 4. Dienstag, den 6. Oktober cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Frädrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8½ Uhr, im „Englischen Hof", Neue Roßstr. 3: Versammlung. 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Paul Richter über: „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bedeutung". 2. Diskussion. 3. Gruppen-Angelegenheiten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 1. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nachklänge zum Parteitage. Von Karl Kautsky. — Im Rate der Gelehrten. Von Rosa Luxemburg. — Der Trades-Unionskongreß und der Liberalismus. Von M. Beer. — Zur Lehrlingsfrage. Von Gustav Hoch (Hanau). — Der Indigo. Ein Beitrag zum Kampfe zwischen Industrie- und Agrarproduktion. Von L. O. — Unsre politische Organisation. Von H. Pfeiffer. — Litterarische Rundschau: Ilse Frapan-Akuman, Arbeit. Von Hugo Heller. F. Käming, Die Uniform-Näh- und Lieferungs-Schneiderei. Von ad. dr. Dr. med. Hanauer, Die Bekämpfung der sexuellen Infektionskrankheiten. Dr. Max Silber, Womit sind die ansteckenden Geschlechtskrankheiten als Volksseuche im Deutschen Reiche wirksam zu bekämpfen? Preisschrift. Dr. M. v. Niessen, Womit sind die ansteckenden Geschlechtskrankheiten als Volksseuche im Deutschen Reiche wirksam zu bekämpfen? Dr. G. Zepler, Ueber die Notwendigkeit einer Krankenunterstützung für Prostituierte und einige andre Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Von Dr. L. Teleky. — Notizen: Eine hygienische Verbesserung der Nähmaschine. Von P. M. Grempe.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag), ist uns soeben die Nr. 21 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Parteitag zu Dresden. — Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen im Jahre 1902. II. Von M. Gr. — Frauenarbeit im Gartenbau. Von F. Reitt. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Mumu, das Hündchen des Taubstummen. Erzählung von J. S. Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von L. A. Hauff. (Fortsetzung.) — Notizenteil: Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 21. Nummer seines 20. Jahrgangs erscheinen lassen. Wir erwähnen aus derselben die farbigen Bilder „Das gefährdete Wahlrecht" und „Falsch spekuliert", ferner die Illustrationen „Vom englischen Derby", „Feudale Anschauung", „Das Ständchen", „Im Weinberg", „Aus der Giesebrechtschen Garküche" und „Prinzenspeiszeug". Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Laurahütte", „Sombart, Schmoller u. Co.", „Ein Patriot", „Herbstsammlung" von Otto Julke, „Der alte Redakteur an seinen Sohn", „Die neue Heels-Armee", „Des Deutschen Lebenslauf" (illustriert), „Wie lange noch?", „Land Ohnefurst", sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen die größeren Feuilletons „Herr Metzgermeister a. D. Wurstler über den Parteitag", „Peh und seine Freunde", „Hoher Besuch", „Findigkeit" und „Beim Prinzen Arenberg". Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Berliner Verkehrs-Lexikon. Preis 30 Pf., Verlag Max Schildberger, Schillstr. 3.

Dritter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Altona-Ottensen nebst Jahresbericht des Gewerkschafts-Kartells Altona-Ottensen für das Geschäftsjahr 1902. 40 Seiten. Selbstverlag des Arbeitersekretariats Altona-Ottensen. 1903.

Dr. Alfred Nossig. Die Bilanz des Zionismus. Kritik und Reform. 45 Seiten. Basel 1903. B. Wepf u. Co. (vorm. Louis Jenke).

Aufgaben des liberalen Bürgertums auf Grund der Ergebnisse der Reichstagswahlen. Preis 30 Pf. Görlitz 1903. Verlag R. Düfer.

Reden der Abgeordneten Bebel und v. Vollmar auf dem Parteitage zu Dresden. Preis 20 Pf. München 1903. G. Birk u. Co.

H. Otto. Ein andres besseres Wahlrecht. 10 Seiten. Druck von Arnold u. Co., Dresden-Blasewitz.

W. Bottermund. Das hysterische Weib. Preis 75 Pf. Dresden 1903. E. Piersons Verlag.

Otto Spielberg. Der rechte Weg ins Leben oder die neue Ethik. Preis 3 M. E. Piersons Verlag, Dresden.

A. Boetius. Die unbegrenzten Möglichkeiten organisierter Volkswirtschaft. 93 Seiten. Dresden 1903. E. Piersons Verlag.

Ernst Hennes. Was bedeutet der Vegetarismus und wie läßt sich derselbe einführen? Preis 25 Pf. Dresden 1904. E. Piersons Verlag.

Civilisation und Weltfriede. Von Anthropos. Preis 4 M. Dresden 1903. E. Piersons Verlag.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsre Genossen von dem plötzlichen Tode unsres Genossen

August Grieshammer

Modelltischler

in Kenntnis zu setzen.

Die Beerdigung findet morgen, Mittwochnachmittag 3 Uhr, von der Charité aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Gesangverein „Steinnelke". (M. d. A.-S.-B.)

Am Sonnabend verstarb plötzlich im 52. Lebensjahre unser Genosse

August Grieshammer

Modelltischler.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Robert Sievert

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

122/14 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Vereine! Saal (ev. Bühne) bis 300 Personen ist zum Sonnabend den 14. November frei geworden. 29162* **Neues Club-Haus, Kommandantenstraße 72.**

Charlottenburg.

F. Kunstmann

Wallstr. 1.

Uhrmacher und Goldarbeiter. *

Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billigst.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege.**

Eigne Werkstatt.

Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.

Berlin C., 28342*

30. Linien-Straße 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper.

Teilzahlung Auf allerbequemste Weise (wöchentlich **nur** 1 M.) alle Arten **Uhren,** auch **Goldwaren** usw.

Juhre & König, Warschauerstr. 72 I.

Gardinen-Reste

Ausverkauf 27631L*

500 bis 1000 Reste spottbillig um zu räumen.

Grüner Weg 80, parterre

Eingang v. Flur. **Bruno Günther.**

Achtung! 24762*

Handwerkern, Arbeitern

empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollgarn-Preissteigerung meine

Kammgarn-Sweater

Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.
Reinwoll. Kammgarn a 4,80 u. 5,30.
Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30.

Theodor Fricke

1. Geschäft: **Oranienstr. 174.**
2. Geschäft: **Oranienstr. 198.**

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.

E. Reil, **Nordloh,** Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Damen-Jacketts, Capes, Blusen, Röcke

billiger als in jeder Fabrik. 15162*

Reste

zu **Kostümen, Damen-Mänteln,** zu **Mädchen- und Knaben-Sachen.**

Oskar Basch, Oranienstrasse 202, pt.

Besondere Gelegenheit.

Einige Musterstücke von **Wanduhren, Freischwinger, Regulatore,** die in der Fabrik nicht mehr weiter angefertigt werden, **bedeutend unter Fabrikpreis.** 25/19

Fabriklager **Friedrichstr. 195, I.**

Höheres Technisches Institut

Berlin NW. 6, Marienstr. 24.

Ausbildung von Ingenieuren, Technikern u. Werkmeistern.

Tages- u. Abendkurse.

Semesteranfang: 14. Oktober.

Verfallene Pfänder!

Goldsachen wie Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Damen- wie Herren-Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, spottbillig verk. **Pfandleihe,** Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 24672*

Land, Woche 2 M. Abzahlung, 840 qm 300 M. Vorort. Nur mündlich. **Herronimy,** Blumenstr. 79. *

Kopfläuse

nebst Brut vertilgt sofort **„Schwapp".** Unschädl. Zu haben in Drog. Preis f. ½ Fl. 50 Pf. u. f. ¼ Fl. 30 Pf. En gros. **R. Sauer, Berlin C. 2, Kaiser Wilhelmst. 47.**

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 6. Oktober, abends 8½ Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Partei-Konferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 244/5

Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 7. Oktober 1903, abends 8¼ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Moabit: bei **Jocksch, Turmstr. 84.**
Tagesordnung: Bericht der Kommission. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn **Raabe, Kolbergerstraße 23.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Wohnung des Obmannes Albert Manske ist Neue Hochstraße 35.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle 14 von der Ackerstraße nach der **Schulstr. 114** bei **R. Heising** verlegt ist und werden daselbst jeden Sonnabend die Beiträge entgegengenommen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau, Schwedterstr. 23/24.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei **Mann, Straußbergerstr. 3.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch nebst Karte kein Eintritt.

Südosten: bei **C. Behrend, Manteuffelstr. 95.**
Tagesordnung: Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission, Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten. Verschiedenes.

Süden: bei **Doberstein, Wasserthorstr. 68.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verschiedenes.
Die Kollegen der Werkstätten: **Becker,** Wasserthorstraße 63; **Appel,** Wasserthorstr. 65; **Schreiber,** Wasserthorstr. 19; **Hecht,** Wasserthorstr. 27; **Ludrich,** Stallschreiberstr. 13; **Bux u. Co.,** Köpnickerstraße 55; **Quehl,** Dresdenerstr. 97; **v. Bargen,** Adalbertstr. 26; **Schöning,** Adalbertstr. 30, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Süd-Westen und Westen: in **Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.
Pflicht einer jeden Werkstatt ist es, Vertrauensleute zu entsenden.

Bezirk Friedrichsberg und Friedrichsfelde:
im Lokale des Herrn Lutterbüse, Friedrich Karlstraße Nr. 11.
1. Bericht des Obmannes. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei **Dieke, Ackerstraße 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Drechsler.

Osten: bei **Matthes, Koppenstraße 41.**
Norden: bei **Lietzke, Brunnenstraße 41.**
Südosten und Westen: bei **Stramm, Ritterstraße 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Tischlereien beschäftigten Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.

Stock- und Celluloid-Arbeiter.

bei **Bareln, Brückenstraße 7.**

Musikinstrumenten-Arbeiter

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal V).
In dieser Versammlung kommen die Handzettel zu der am 12. Oktober stattfindenden öffentlichen Versammlung zur Verteilung.
Wegen der auch sonst wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist.
68/4 **Die Kommission.**

Arbeitervertreter-Verein.

Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht aus den amtlichen Nachrichten (Rekurs- und Revisions-Entscheidungen). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 53/11
Der Vorstand. J. A.: **F. Piesche,** Vorsitzender, Gartenstr. 51.
NB. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre etwaige Wohnungsveränderung dem Kassierer **A. Stumpe,** Schwedterstraße 51, anzuzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Mittwoch, den 7. Oktober 1903, abends 8½ Uhr, bei Klenitz, Große Frankfurterstr. 133: 122/15

Konferenz der Vertrauensleute des Ostens.

Mittwoch, den 7. Oktober 1903, abends 8½ Uhr, bei Zumke, Bülowstr. 59:

Konferenz der Vertrauensleute des Westens.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Bibliothek wieder eröffnet ist. Auch die neuen Kataloge gelangen zur Ausgabe. Preis pro Stück 10 Pf. **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Möbelpolierer.

Morgen, Mittwochabend, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
7 Uhr: Vorstandssitzung. 147/11
8 Uhr: Sitzung der Vertrauensmänner.
Die Differenz bei der Firma **Hahn & Metzkow** in Weißensee, König-Chaussee 71, ist noch nicht geregelt. **Der Vorstand.**

Bildhauer.

Central-Verein der Bildhauer Deutschl.

Verwaltung Berlin.

Herbst-Fest

Sonnabend, den 17. Oktober cr., in **Kliems sämtlichen Festsälen,** Hasenheide Nr. 14/15.

Grosses Sinfonie- und Solisten-Konzert,

ausgeführt vom **Berliner Sinfonie-Orchester.** Dirigent: **Max Fischer.**

Billets a 60 Pf. incl. Tanz sind zu haben bei den Kollegen **P. Greier,** Köpnickerstr. 1, II. Aufg. 4 Treppen; **O. Misbach,** im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 27; und im Restaurant **Heinr. Noack,** Pückler-, Ecke Muskauerstraße.

Anfang Punkt 8 Uhr. **Gäste willkommen.**
Es ladet freundlichst ein **Das Vergnügungs-Komitee.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: Wie die Menschen ihre Götter schufen. 2. Diskussion. 3. Wahl der Geschäftskommission. 4. Vereinsangelegenheiten. 131/5
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Centralverband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 22. Fernsprecher: Amt VII, 789.
Donnerstag, den 9. Oktober 1903, abends 8½ Uhr:

Zwei grosse Versammlungen

aller Bezirkszahlstellen Berlins und der Vororte

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer Nr. 15 und in den **Harmonie-Festsälen, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstraße.**

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Referenten: **Dr. Rudolf Steiner, Hermann Silberschmidt.**
Es ist Ehrenpflicht jedes einzelnen dafür zu agitieren, daß alle Verbandsmitglieder diese Versammlungen besuchen. [254/13] **Der Vorstand.** J. A.: **W. Witt.**

Central-Verband der Glaser.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Achtung!

Glaser! Mitglieder!

Mittwoch, 7. d. M., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Endgültige Beschlußfassung unsrer Organisation zu dem Antwortschreiben der Unternehmer.
Kollegen! Bei der folgenschweren Entscheidung, vor welcher wir stehen, ist es unbedingt Pflicht jedes organisierten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wir ersuchen, das Verbandsbuch mitzubringen, da nur Organisierte Zutritt haben.
73/16 **Die Ortsverwaltung.**
J. A.: **Jahn.**

Partei-Speditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 44/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost** und **West), Wilhelmsruh** und **Schönholz:** Hermann Raschke, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienicke:** B. Pries, Rudowerstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Nickel, Uhlandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seitel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, I. — **Grünau:** Hermann Steinick, Jägerstr. 16. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Richard Fürl, Edisonstraße 4, vorn 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Donakowsky, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hitze, Hackenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich Wolck, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weissensee:** W. Reske, König-Chaussee 33a, I. — **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Albertstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf** und **Waldmannslust:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** R. Kummert, Florastr. 43.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**
Bitte ausschneiden.

Achtung! Achtung!

Scheruchs Festsäle

Rüdersdorferstraße 45. 29172

Die Sperre ist aufgehoben.

Sonnabende und Sonntage noch frei.

Säle und Vereinszimmer von 20 bis 2000 Personen.

2924L*

Selten günstige **Kaufgelegenheit!**

3 Serien

Stickerei-Portieren

Die komplette Dekoration (2 Shawls, 1 Lambrequin)
in prima **Plüsch** . . **11.25 M.**
in Victoria **Tuch** . . **12.00 M.**
in schwer. **Wollserge 8.25 M.**

Special-Haus

Emil Lefèvre

Oranienstr. 158 Berlin S.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstrasse 1a.
Kränze mit Widmungsschleifen, Arrangements zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art 2c. preiswert. 17066*

Erkner—Baustellen
billig, günst. Zahlung, nur b. Bauer **Catholy, Buchhorsterstraße,** 5 Min. ab Schule. 52 Stck. bis jetzt verk. Näh. **Schulz,** Rixdorf, Lenaustr. 12/13. *

Erstes Specialgeschäft für Stoffreste
Berthold Schreiber, Berlin NO., Neue Königstr. 35, empfiehlt **Herrenstoffe** und **Damenmäntelstoffe** als: **Eskimo, Capesstoffe, Futterstoffe** etc. in **grösster** Auswahl zu **billigsten** Preisen.

Engelhardt's Caramel-Malz-Bier

gesetzlich geschützt No. 34 934

ist doch das Beste!

Caramel-Malz-Bier ist pasteurisiert, keimfrei und seit vielen Jahren wegen seines ganz geringen Alkoholgehalts ein bewährtes Stärkungsmittel für Nervöse, Bleichsüchtige, Mütter u. Rekonvaleszenten. Auch als Tafelgetränk wird es sehr bevorzugt.
Preis pro Flasche 10 Pfennig.
In allen Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin N., Chausseestrasse 33.
Telephon Amt III. 8825

Nächste Ziehungen
Berliner Lose a **1 Mk.** 11 = 10 Mk. 28512*
Königsberger Geld-Lose a **3 Mk.**
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1904

Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Das Kinderschutzgesetz.

Die Reichstagswahl von 1903
mit vergleichenden Zahlen der für die Sozialdemokratie im Jahre 1898 abgegebenen Stimmen.

Porträts und Biographien der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Sitzungssaal des Reichstags (Illustrat.) Die Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten. — Wahlbeteiligung u. Stimmenzahl der Parteien. — Beteiligung der Parteien an Haupt- und Stichwahlen. — Die Volksschulen in Deutschland. — Vom Schlachtfeld der Arbeit. — Einnahme- und Ausgabetabellen. — Notiz-Kalender. — Die Mitglieder der freien Gewerkschaften. — Weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften. — Finanzielle Leistungen der Gewerkschaften. — Adressen der deutschen Gewerbeinspektoren, der Zentralverbände, Arbeitersekretariate. — Zur Beachtung für Revisoren.

Der Kalender ist **ein unentbehrliches Nachschlagebuch für Gewerkschaften und Partei**

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Verlag:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstraße 69 (Laden).

Neu-Erscheinungen!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1904 in geschmackv. Leinenband **60 Pf.**
Der Neue Welt-Kalender 1904 . . . . . **40 „**
Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, nach den neuest. photographisch. Aufnahmen, 57 × 77 cm . . **60 „**
Der preußische Landtag, Handb. f. sozialdemokratische Landtagswähler, in Leinen gebunden . . . . . **M. 4.—**
Die preußischen Landtagswahlen, herausgegeben im Auftrage d. Parteivorstandes von Dr. Leo Arons . . . **20 Pf.**
Der preuß. Befreiungskrieg, ein Mahnwort an die Landtagswähler Preußens **20 „**
E. Haeckel, **Die Welträtsel,** billige Volksausgabe . **M. 1.—**
David Friedr. Strauss, **Das Leben Jesu,** billige Volksausgabe, 2 Bände . . a **„ 1.—**
David Friedr. Strauss, **Der alte u. der neue Glaube,** billige Volksausgabe . . . **1.—**

Mode-Salon
für 27662*
Herren- u. Damen-
Garderobe, elegante Ausführung, tadelloser Sitz, geringe Teilzahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47, II
direkt am Alexanderpl.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Auslegung der Urwählerlisten

für die Wahlen zum Abgeordnetenhause erfolgt in Berlin drei Tage lang und zwar:

am Sonntag, den 11. Oktober, von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr, am Montag, den 12. Oktober, und am Dienstag, den 13. Oktober, von mittags 12 bis abends 8 Uhr,

an folgenden 60 Stellen:

Lfd. Nr.	für die Stadtbez.	für die Urwahlbezirke	in der Turnhalle der	Straße Nr.
1	1 — 18	1— 28	21./24. Gem.-Sch.	Hinter der Garnisonkirche 2
2	14 — 24	29— 52	51./130.	Niederwall- 6/7
3	25 — 32	53— 75	27./44.	Wilhelm- 117
4	33 — 41	76— 102	107.	Genthiner- 4
5	42 — 47b	103— 126	99. „	Steinmetz- 79
6	48a— 53	127— 151	3. Realschule	Steglitzer- 3a
7	54 — 59	152— 172	131./169. Gem.-Sch.	Tempelhofer Ufer 2
8	60 — 64b	173— 194	6. Realschule	Bellealliance- 80
9	65 — 69	195— 215	40./101. Gem.-Sch.	Gneisenau- 7
10	70 — 75b	216— 240	28./217. „	Wilms- 10
11	76a— 77	241— 258	83./93. „	Dieffenbach- 60/61
12	78a— 81	259— 278	176.	Gräfe- 85/88
13	82 — 89	279— 303	42.	Naunyn- 63
14	90 — 97	304— 324	50./68. „	Reichenberger- 44/45
15	98 —104	325— 344	193./195. „	Manteuffel- 7
16	105 —107b	345— 367	114./122. „	Köpenicker- 2
17	108a—110	368— 384	115. „	Skalitzer- 55/56
18	111 —113b	385— 403	100./102. „	Eingang Forster- 15
19	114 —120	404— 424	112./129. „	Wasserthor- 31
20	121 —129	425— 446	47. „	Stallschreiber- 54
21	130 —136	447— 465	Victoriaschule	Prinzen- 51
22	137 —144	466— 487	62. Gem.-Sch.	Schmid- 38
23	145 —150	488— 510	49. „	Blumen- 63a
24	151 —156	511— 531	23. „	Strausberger- 9
25	157 —163	532— 555	201. „	Gr. Frankfurter- 23
26	164 —167b	556— 574	138./158. „	Mühlen- 50
27	168 —174	575— 596	18./125. „	Koppen- 84
28	175a—177	597— 614	87./98. „	Memeler- 24/25
29	178 —179c und 180d	615— 629 u. 642— 644	81./109. „	Tilsiter- 4/5
30	180a—180c und 181a—181d	630— 641 u. 645— 655	3./203. „	Petersburger- 4
31	182 —188	656— 680	33./66. „	Eingang Höchste- 36/37
32	189a—189c	681— 694	218. „	Petersburger Platz 3
33	190a—191	695— 708	104./159. „	Olivaer- 19
34	192 —194	709— 724	204./213. „	Christburger- 18
35	195 —201	725— 744	84. „	Keibel- 32
36	202 —210	745— 772	städt. Turnhalle	Gormann- 4
37	211 —217	773— 797	45. Gem.-Sch.	August- 67/68
38	218 —224	798— 819	2. Realschule	Weißenburger- 4a
39	225 —231	820— 840	55. Gem.-Sch.	Choriner- 74
40	232 —236	841— 859	25. „	Ruppiner- 48
41	237 —242a	860— 880	105./121. „	Prenzlauer Allee 227/228
42	242b—243	881— 897	162./197. „	Danziger- 23
43	244 —246c und 248	898— 915	117./178. „	Eberswalder- 10
44	247a—247c und 249 —250	916— 933	74./79. „	Pappel-Allee 30/31
45	251 —253 und 254c	934— 944 u. 964— 969	190./198. „	Graun- 11
46	254a—254d	945— 963	132./142. „	Demminer- 27
47	255 —261a	970— 994	8. Realschule	Rheinsberger- 4/5
48	261b—266	995—1015	17. Gem.-Sch.	Acker- 67
49	267 —272	1016—1036	36. „	Garten- 107
50	273 —278	1037—1063	111./186. „	Pflug- 12
51	279 —285	1064—1092	26./179. „	Albrecht- 20
52	286 —290b	1093—1115	13. Realschule	Schleswiger Ufer 9
53	291a—292c	1116—1135	216./222. Gem.-Sch.	Rostocker- 32/34
54	293a—295	1136—1151	172./185. „	Bremer- 13/17
55	296 —300	1152—1172	168./182. „	Quitzow- 115
56	301 —304	1173—1196	160./188. „	Stephan- 3
57	305 —308b	1197—1217	70./202. „	Ravené- 12
58	309 —315	1218—1240	183./196. „	Müller- 158
59	316 —320a	1241—1262	118./127. „	Pank- 8
60	320b—326b	1263—1291	140./192. „	Prinzen-Allee 8

Innerhalb der genannten drei Tage

steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen, als auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeträge — §§ 3 und 4 des Reglements — seine Einwendungen schriftlich bei dem Magistrat oder zu Protokoll in den oben bezeichneten Auslegestellen bei den dort anwesenden Beamten anzubringen.

Einsprüche, welche vor Beginn oder nach Schluß der Auslegung der Urwählerlisten eingegangen sind oder eingehen werden, finden keine Berücksichtigung.

Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Juli/September 1903, der polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf sonst glaubwürdige Weise geführt werden.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Uebersicht der für die hiesigen vier Wahlbezirke gebildeten Urwahlbezirke nach ihrer räumlichen Abgrenzung und mit Angabe der zu wählenden Anzahl der Wahlmänner vom Magistrat aufgestellt ist und gleichzeitig mit den Urwählerlisten in den genannten Auslegestellen eingesehen werden kann.

Die Urwähler haben in denjenigen Bezirken zu wählen, in welchen sie zur Zeit der Aufstellung der Urlisten, d. i.

Anfang September d. Js.

gewohnt haben.

Parteigenossen, versäumt nicht, die Listen an diesen Tagen nachzusehen!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Fortsetzung der **Parteiversammlung des zweiten Kreises** findet am **Dienstagabend 8 Uhr** im großen Saale der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, statt. Die Parteigenossen und Genossinnen des Kreises haben die Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Die Vertrauensleute.

Steglitz. Die **Wählerlisten zu den Urwahlen** liegen heute und morgen von 9—12 und von 5—7 Uhr im Rathause, Zimmer 15, zur Einsichtnahme aus.

Reinickendorf. Die **Wählerlisten zur Landtagswahl** liegen am 5., 6. und 7. Oktober im hiesigen Gemeindebureau von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags zur Einsicht aus. Wähler, welche verhindert sind, die Listen selbst einzusehen, wenden sich an die durch Plakate bezeichneten Stellen. — Donnerstag, den 8. Oktober: **Parteiversammlung** im Lokale von Abraham, Schönholz. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitage. Der Diskutierabend am selben Tage fällt aus.

Rummelsburg-Boxhagen. Die Wählerlisten zur **Landtagswahl** liegen heute und morgen im Amtsbureau von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr aus.

Dalldorf. — Borsigwalde. Die **Urwählerlisten** zur Landtagswahl liegen noch am 6. und 7. d. M. im Gemeindebureau zu Dalldorf aus; überzeuge sich jeder, ob er eingetragen ist. — Wer verhindert ist, selbst nachzusehen, melde sich in Dalldorf bei B. Clausius und in Borsigwalde bei H. Krickel.

Köpenick. Die **Urwählerlisten** liegen noch heute und morgen im Rathaus, Zimmer 12, in der Zeit von 8—12 und 3—6 Uhr öffentlich zur Einsichtnahme aus. Wer keine Zeit hat, die Listen einzusehen, wende sich an die bekannten Parteigenossen.

Weißensee. Dienstagabend 8½ Uhr findet im Saal von Tschentscher, Langhansstr. 106, die Generalversammlung des **Wahlvereins** statt. Da die Tagesordnung wichtig ist und zahlreiche Neuwahlen vorgenommen werden, ersuchen wir die Genossen, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Borsigwalde. Unsre Diskutierabende finden von jetzt an jeden Dienstagabend ½9 Uhr im Lokale des Herrn Waage, Ernst- und Schubartstraßen-Ecke statt. Neue Mitglieder für den Wahlverein werden dort aufgenommen.

Steglitz. Die Versammlung des Wahlvereins findet Mittwochabend 8½ Uhr bei Schellhase, Ahornstr. 15a statt. Vortrag des Genossen Grunwald über: „Die Landtagswahlen.“ Die Sitzung wird pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt.

Nowawes. Der Wahlverein hält seine nächste Versammlung am Mittwoch, den 7. Oktober, abends ½9 Uhr, bei Hiemke, Wallstraße ab. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom Sommerfest und vom III. Quartal. 3. Wahl von zwei Bezirksführern. 4. Aufstellung von Wahlmännern zur Landtagswahl. 5. Berichterstattung vom Parteitag. 6. Berichterstattung von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins. 7. Verschiedenes. In dieser Versammlung werden die Aronsschen Broschüren zur Landtagswahl verteilt. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung erwartet pünktlichen und zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Lokales.

Simulanten bei der städtischen Betriebs-Krankenkasse?

Eine „auffallende Erscheinung“ wird in dem neuesten Geschäftsbericht der „Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin“ besprochen, der die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1902 behandelt, aber erst jetzt durch das „Gemeindeblatt“ veröffentlicht wird. Im Jahre 1902 wurde der Beitrag von 3 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns auf 3½ Proz. erhöht, aber trotzdem war das Jahr „für die Entwicklung der Kasse recht wenig günstig“. Die Zahl der Mitglieder wächst stetig, und dennoch „nimmt die Leistungsfähigkeit der Kasse ab“. Der Kassenvorstand glaubt diese Verminderung der Leistungsfähigkeit hauptsächlich mit einer Maßregel in Verbindung bringen zu sollen, die die Gemeindeverwaltung im Interesse ihrer Arbeiter getroffen hat.

Auf Grund von Gemeindebeschlüssen sind sämtliche Verwaltungsabteilungen des Magistrats berechtigt, den krank und erwerbsunfähig werdenden Gemeinde-Arbeitern **die Differenz zwischen ihrem Lohn und dem Krankengelde zu erstatten** — vier Wochen hindurch bei Arbeitern, die innerhalb des ersten Jahres ihrer Beschäftigung im städtischen Dienst krank werden, und sechs Wochen hindurch bei Arbeitern, die schon länger als ein Jahr bei der Stadt beschäftigt sind. „Es scheint,“ so wird hierüber in dem Bericht ausgeführt, „daß die einzelne Person infolgedessen veranlaßt wird, **sich leichter krank und arbeitsunfähig zu melden**, als dies früher der Fall war.“ Diese Ansicht des Vorstandes werde als richtig bestätigt durch die Thatsache, daß die Zahl der Erkrankungsfälle von der siebenten Woche an „auffallend“ abnehme.

Es wird dazu auf eine dem Bericht beigegebene Tabelle verwiesen, aber wir müssen sagen, daß die darin aufgeführten Zahlen eigentlich nicht sehr überzeugend auf uns gewirkt haben. Die Unterstützung dauerte: bei 1001, 1014, 682, 391, 227, 165, 112 erkrankten Männern eine, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Wochen, ferner bei 318, 154, 80 Männern 8—13, 14—26, 27—39 Wochen; bei 222, 180, 112, 121, 48, 24, 22 erkrankten Frauen eine, zwei usw. bis sieben Wochen, bei 85, 36, 15 Frauen 8—13, 14—26, 27 bis 39 Wochen. Eine sonderlich starke Abnahme „von der 7. Woche an“ vermögen wir hier nicht zu entdecken. Aber selbst, wenn eine solche aus der Tabelle ersichtlich wäre, so wüßten wir nicht, was daran „auffallend“ sein sollte. Es ist doch durchaus begreiflich, daß ein Arbeiter sich die Zeit nimmt, krank zu sein, wenn er sieht, daß er keine Verminderung seines Einkommens dadurch erleidet. Und es ist auf der andren Seite leider ebenso begreiflich, daß er seine Krankheit möglichst abzukürzen sucht, sobald sie anfängt, ihm die gefürchtete Einkommensverminderung zu bringen. Daraus folgt noch lange nicht, daß nun gleich jeder, der sich in dem einen Falle zum krank sein Zeit nimmt und in dem andern Falle sich gesund meldet, als **Simulant** zu betrachten ist. Auch bei der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin könnte man nachgerade wissen, daß so mancher kranke Arbeiter, weil sein schmaler Geldbeutel den Ausfall des Verdienstes nicht lange verträgt, **noch vor völliger Genesung die Arbeit wieder aufnimmt** und dabei eine dauernde Schädigung seiner Gesundheit riskiert.

Dem Vorstand der Kasse scheint allerdings die von ihm besprochene Erscheinung, die er so „auffallend“ findet, doch nicht ganz zweifelsohne zu sein. Er weist in seinem Bericht darauf hin, daß die Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn im Jahre 1901 noch nicht in allen Verwaltungen eingeführt war, und daß infolgedessen die Zahl der Krankheitsfälle von ein- bis sechswöchiger Dauer damals noch bedeutend geringer als im Jahre 1902 gewesen sei. Im Jahre 1901 und 1902 seien vorgekommen: 960 und 1194 Fälle von zwei Wochen, 612 und 794 von drei Wochen, 430 und 512 von vier, 231 und 270 von fünf, 186 und 189 von sechs Wochen. (Das Geschlecht ist in dieser Aufstellung nicht unterschieden.) Auf die Fälle von nur einer Woche ist die Vergleichung nicht ausgedehnt worden, und es ist leider auch nicht möglich, sie aus dem Bericht von 1901 zu ergänzen, da dieser weniger ausführlich ist. Der Bericht von 1902 begründet die Unvollständigkeit dieser Gegenüberstellung also: „Erfahrungsgemäß kommen eine große Anzahl wirklicher Krankheitsfälle vor, welche sich nur auf eine Woche erstrecken, so daß die erste Woche unsrer Tabelle nicht in Betracht gezogen werden kann.“ Was das heißen soll, ist nicht recht klar. Meint der Kassenvorstand, daß die Krankheitsfälle von nur einer Woche deshalb außer Betracht bleiben können, weil nur sie zweifelsohne seien? Sollen die länger dauernden Fälle etwa nicht als „wirkliche“ Krankheit gelten?

Ob die städtische Betriebs-Krankenkasse im Jahre 1902 thatsächlich so sehr viel mehr hat leisten müssen, das möge man nach den folgenden Angaben beurteilen. Von Ende 1901 bis Ende 1902 vermehrten sich die männlichen Mitglieder von 8540 auf 9234, die weiblichen von 1957 auf 2037. Von 1901 bis 1902 stieg die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen bei den Männern von 3658 auf 4234 (pro 100 Männer: von 44 auf 46), bei den Frauen von 805 auf 860 (pro 100 Frauen: von 39 auf 42), die Unterstützungsdauer (Krankengeldzahlung oder Krankenhauspflege) bei den Männern von 84 586 Tagen auf 95 223 (pro 100 Männer: von 1028 auf 1031), bei den Frauen von 19 692 auf 22 943 (pro 100 Frauen: von 950 auf 1126). Diese Zahlen bedeuten eine Steigerung der Inanspruchnahme, aber keine so große, daß der Kassenvorstand Grund hätte, sich in **allerlei auf den Verdacht der Simulation hindeutenden Anspielungen** zu ergehen.

Mehr Religion den Zöglingen der Fürsorge-Erziehung! Als im Winter zu 1902 die Berliner **Stadtverordneten-Versammlung** ein Reglement über die Ausführung der Fürsorge-Erziehung zu beschließen hatte, wurde von der **socialdemokratischen Fraktion** der Versuch gemacht, die Lücken und Mängel das vom Magistrat vorgelegten und von einem Stadtverordneten-Ausschuß fast unverändert angenommenen Reglemententwurfes durch Zusatz- und Abänderungsanträge zu beseitigen. Doch die freisinnige Mehrheit der Versammlung lehnte sämtliche Anträge unsrer Genossen ab und genehmigte das Reglement nach den Vorschlägen des Ausschusses.

Der damals gefaßte Beschluß hat **nicht die Genehmigung der Regierung erhalten** — unter andern deshalb nicht, weil das beschlossene Reglement nicht so weit auf die **religiöse Erziehung** der Fürsorge-Zöglinge Rücksicht nimmt, wie es die Regierung wünscht. Die Freisinnigen des Berliner roten Hauses wird das nicht wenig überraschen. Sie hatten sich doch alle erdenkliche Mühe gegeben, neben andren Vorschlägen der socialdemokratischen Fraktion auch die auf Sicherung der Gewissensfreiheit abzielenden Forderungen von dem Reglement auszuschließen, und nun hat die geleistete Arbeit dennoch nicht den gnädigen Beifall der Herren Minister gefunden.

Der Magistrat hat jetzt ein **neues Reglement** ausgearbeitet, das er der Versammlung zur Beschlußfassung vorlegt. Die Wünsche der Aufsichtsbehörde sind darin berücksichtigt worden; namentlich wird jetzt an zahlreichen Stellen des Reglements klar zum Ausdruck gebracht, daß den Zöglingen der Fürsorge-Erziehung **die Religion erhalten bleiben soll.** Was wird nun der Berliner Freisinn thun? Wird er dieses im Sinne der Verfrommungsbestrebungen geänderte Reglement in stiller Ergebung annehmen?

Die Anlage des Nordparks, der, wie gemeldet, für **die Besichtigung der Mitglieder des Stadtverordneten-Ausschusses** neulich abgesteckt worden war, ist vom Ausschusse von der Genehmigung der neuen 228 Millionen-Anleihe der Stadt Berlin abhängig gemacht worden. Darin sind die Kosten der Anlage des Nordparks mit 2½ Millionen Mark eingestellt worden. Ein Ausschußmitglied hatte sogar den Antrag gestellt, die Vorlage bis zur Genehmigung der Anleihe zu vertagen und den Magistrat gleichzeitig um eine Erklärung darüber zu ersuchen, „aus welchen Mitteln er die Kosten zu bestreiten gedenke, falls die Anleihe nicht genehmigt werde“. Daß eine Ablehnung der Anleihe nicht zu befürchten steht, steht wohl fest; die von der Regierung erhobenen Beanstandungen erstrecken sich nur auf einen verhältnismäßig geringen Teilbetrag der Anleihe — etwa zehn Millionen Mark —, welcher nach Ansicht der Aufsichtsbehörde für („laufende“) Ausgaben bestimmt ist, die nicht aus Anleihemitteln gedeckt werden dürfen. Ueber die Anleihe selbst wird also demnächst zweifellos eine Verständigung herbeigeführt werden. Uebereinstimmung schien im Ausschusse jedenfalls darüber zu herrschen, daß der Nordpark endlich hergestellt werden müsse, im Notfalle aus laufenden Mitteln, denn er sei hygienisch notwendig, nicht allein für die Einwohner dieser fabrikreichsten Gegend, sondern auch für die Patienten der umliegenden Krankenhäuser und Hospitäler. Der Humboldthain, die benachbarten Schmuckplätze und der Kirchhof in der Gerichtsstraße reichten bei weitem nicht aus. Endlich sei zu berücksichtigen, daß durch den Nordpark die ganze Umgegend der Bebauung erschlossen, Handel, Wandel und Steuerkraft gehoben werde.

Der Jahresabschluß der Haupt-Stiftungskasse der Stadt Berlin enthält die Schlußsummen von 89 Einzelabschlüssen der Kasse über die verschiedenen Verwaltungen und Stiftungen. Die Schmidt-, Eduard Gallisch- und Alexander Großmann-Stiftung sind vereinigt und als „Kinderasyl“ verzeichnet. Im vorigen Jahre hinzugekommen sind: Die Martin Kirschner-Stiftung und die Julius Müller-Stiftung zur Gründung eines Findelhauses. Der vorliegende Jahresabschluß enthält das Gesamtergebnis des Betriebes der Haupt-Stiftungskasse, deren in beweglichen Anlagewerten vorhandenes Kapital sich von 40 981 881 M. im Jahre 1901 auf 41 796 522 M. im vorigen Jahre, mithin um **814 641** M. vermehrt hat. Die den Stiftungen gehörenden Grundstücke haben einen Wert von 7 618 715 M., der um 95 805 M. gestiegen ist. Diese Vermehrung ist durch die Erwerbung des Grundstückes in Weißensee für die Zwecke des zu errichtenden Blindenasyls entstanden.

Heute ist eine Mondfinsternis, die allerdings bei uns nur zum kleinen Teil sichtbar sein wird. Die partielle Finsternis beginnt um 2 Uhr 40 Minuten (mitteleuropäische Zeit) und endet um 5.54 nachmittags. Da der Mond am 6. Oktober erst um 5.36 nachmittags aufgeht (die Sonne geht zwei Minuten früher unter), so beträgt die Dauer der möglichen Beobachtung nur 18 Minuten. Der Mond wird nur einige Grade nach Norden hin vom Ostpunkte aufgehen und bei Beendigung der Finsternis gerade über dem Ostpunkt stehen; man wähle daher den Beobachtungsposten so, daß der Ostpunkt des Horizontes möglichst unverdeckt ist. Glücklicher sind unsre Landsleute auf dem Bismarck-Archipel, woselbst die Mondfinsternis fast im Zenith zu beobachten sein wird.

Das Befinden des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans ist den Umständen angemessen andauernd zufriedenstellend und läßt eine baldige Genesung erwarten.

Auf dem Bau verunglückt ist am Sonnabend der 35 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Burke aus der Wollinerstr. 8. Er stürzte beim Balkenlegen auf dem Neubau Trifftstr. 24 auf den Hof hinab, zog sich schwere Rückenverletzungen und Beinbrüche zu und wurde von der Unfallstation in der Lindowerstraße mit einem Koppschen Rettungswagen nach dem Moabiter Krankenhause gebracht. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

In der Kindesunterschiebungs-Affaire Kwilecka werden Graf Zbigniew und Gräfin Isabella v. Wenzierska-Kwilecka am 26. Oktober vor dem Schwurgericht sich zu verantworten haben. Mitangeklagt sind die Dienstfrau Knoska, ihre Tochter Frau Chwialkowska und die Hebamme Ossowska wegen Beihilfe. Die Verhandlungen werden infolge des umfangreichen Zeugenapparats, der nahe an 200 Personen umfaßt, mehrere Wochen dauern.

Ein Ueberfall auf eine ältere Dame ereignete sich in der Nähe des Steuerhauses auf der Chaussee, die von dem Hauptwege zwischen Nieder-Schöneweide und Johannisthal nach Baumschulenweg und Rixdorf abzweigt. Ein junger Mensch packte die Dame in dem dichten Gebüsch auf der Waldseite, rechts von Johannisthal aus, mußte sie aber bald wieder freigeben, da auf ihre Hilferufe andre Passanten gleich herbeigeeilt kamen. Der Unhold entlief in das Gebüsch und entschwand seinen Verfolgern. Die Ueberfallene blutete stark, da er ihr beide Mundwinkel aufgerissen hatte.

„Manicure.“ Die Ehefrau Mritz, eine schon erheblich bestrafte Dame, betrieb in dem Hause Mauerstr. 89 auf den Namen ihres

betagten Mannes ein seltsames Pensionat. Ihre Räume zerfielen in zwei Teile mit durchaus verschiedenem Charakter. Auf der einen Seite befand sich in der That ein anständiges Pensionat, während auf der andren unter dem Vorwande der „Manicure" die bedenklichsten Dinge getrieben wurden. Kam ein Herr, um ein Zimmer zu mieten, so wurde er auf der anständigen Seite empfangen und behalten, wenn es ihm mit dem Zimmer Ernst war. Merkte man aber, daß er andre Absichten hatte, so wurde er durch eine sehr zweckmäßig angelegte Tapetenthür auf die einfachste Weise nach der andren Seite befördert. Ein Druck auf einen Knopf, der die Thür öffnete, diente zugleich dazu, die jungen Mädchen auf die Ankunft eines neuen Gastes durch ein elektrisches Läutewerk aufmerksam zu machen. Kam der Dame des Hauses jemand verdächtig vor, so hatte sie auch für diesen Fall ihre Vorkehrungen. Die jungen Mädchen, die die „Manicure" betrieben, wurden auf das schamloseste ausgebeutet. Die eine Hälfte ihrer Einnahmen mußten sie Frau Mritz überlassen und für die andre kaufte ihnen diese die Kleidung, unnötige und natürlich unechte Schmucksachen usw. Es ist nachgewiesen, daß ein Mädchen in einem Monat 2000 Mark einnahm und für sich doch keinen Pfennig bar bekam. Im Hause erregte das Treiben schon längere Zeit Aerger. Ein Bewohner, der die Dinge beim rechten Namen nannte, wurde von Frau M. wegen Beleidigung angezeigt. Die Dame versuchte sogar eine öffentliche Anklage durchzusetzen, wurde aber auf den Weg der Privatklage verwiesen. Bevor jedoch diese zum Austrag kommen konnte, nahm der Staatsanwalt Frau M. selbst beim Wickel. Nach mehreren erfolglosen Versuchen gelang es nämlich der Kriminalpolizei, die Gesellschaft zu überrumpeln und das Nest auszuheben. Seitdem ist Frau M. nach Bromberg verreist, wie es im Hause heißt, in Wirklichkeit sitzt sie in Moabit.

Ein Mordversuch gegen Polizisten, das ist das neueste, was jetzt die Blätter vom Omnibusstreik zu melden wissen. Ein Berichterstatter, der seine Auskünfte von der Polizei zu beziehen pflegt, verbreitet darüber eine sensationelle Schilderung, deren thatsächlicher Inhalt sich darauf beschränkt, daß am Sonnabend ein Geschäftsdiener Ernst Brabandt vor dem Omnibusdepot in der Usedomstraße in Gegenwart von Schutzleuten ein paarmal mit einem Revolver in die Luft geschossen hat.

Nach der Darstellung des erwähnten Berichterstatters muß der junge Mensch, der erst im neunzehnten Lebensjahre steht, als ein Rowdy schlimmster Sorte erscheinen. Er sei schon an den Tagen vorher bei den durch den Omnibusstreik hervorgerufenen Krawallen wiederholt als **Rädelsführer** gesehen worden, sei am Sonnabend vom Nettelbeck-Platz aus mit einer Rotte junger Burschen nach der Usedomstraße gegangen und habe hier auf die vor dem Depot Wache stehenden Schutzleute geschossen. Nach seiner Verhaftung habe er erklärt, er habe nur Ulk machen wollen; den Revolver habe er sich zugelegt, weil er sich verfolgt glaubte — aber, so fügt der Berichterstatter hinzu, daß sei purer Schwindel.

Nach den von uns angestellten Ermittelungen hat der Vorfall **mit dem Omnibusstreik und den Krawallen nichts zu thun,** und es handelt sich auch nicht um einen „Mordversuch". Um den Omnibusstreik soll sich Brabandt überhaupt nicht gekümmert haben. Es sei, so wird versichert, durch Zeugen nachzuweisen, daß er, den man zu einem „Rädelsführer" der Krawalle vom Nettelbeck-Platz stempeln will, sich seit mindestens acht Tagen Abend für Abend in der Barnimstraße aufgehalten hat. Nur am Sonnabend ist er mit einigen jungen Leuten nach dem Wedding gegangen, um dort eine Besorgung zu erledigen. Den Revolver hat er nachweislich seit Wochen, schon lange vor dem Omnibusstreik, jeden Abend bei sich getragen. Er glaubte sich in der That bedroht. Im August war er bei Nieder-Schöneweide auf einer Bootfahrt, an der außer ihm noch ein Mann und zwei Mädchen teilnahmen, verunglückt. Nur er wurde dabei gerettet, die andren drei ertranken. Nicht lange nachher wurde er durch Bewohner des Hauses Kaiserstr. 34, in dem er bei seiner Mutter wohnt, darauf aufmerksam gemacht, daß ein paar Männer im Hause nach ihm gesucht und unter Hinweis auf jenen Unglücksfall ihm Todschlag angedroht hätten. Er vermutete in diesen Männern Verwandte oder Bekannte der ertrunkenen Personen und war seitdem so eingeschüchtert, daß er sich nicht nur einen Revolver verschaffte, sondern sich auch wiederholt nach 10 Uhr abends durch Bekannte, durch den Portier, durch den Nachtwächter in das Haus hineingeleiten ließ. Von seiner Furcht vor Todschlag ist damals auch einem Wachtmeister seines Polizeireviers Mitteilung gemacht worden.

Wie er am Sonnabend dazu gekommen ist, auf seinem Gange durch die Usedomstraße den Revolver abzufeuern, ist noch nicht aufgeklärt. Seine Versicherung, er habe nur Ulk machen wollen, erscheint durchaus glaubhaft und würde auch kaum von irgend jemand angezweifelt werden, wenn die Polizei nicht durch die Krawalle nervös geworden wäre. Der junge Mensch wird als arbeitsam und ruhig geschildert, und er soll „viel zu feige" sein, um ohne Not zu schießen, am allerwenigsten auf Schutzleute. Seiner Mutter, die seit fünf Jahren zum zweitenmal verwitwet ist, war er eine tüchtige Stütze. Die „Deutsche Tageszeitung" hat den traurigen Mut, ihn ohne weiteres als einen **„Strolch aus den Pöbelexessen auf dem Nettelbeck-Platz"** zu brandmarken.

Mit dem Abbruch der alten Kürassierkaserne sowie der Reitbahn und der Stallgebäude in der Gitschiner- und Alexandrinenstraße wird am Donnerstag begonnen werden. Morgen früh verläßt das Füsilier-Bataillon des Alexander-Regiments die Kaserne, um in sein neues Heim in der Alexanderstraße überzusiedeln.

Selbstmordversuch. Am Luisen-Denkmal im Tiergarten hat sich gestern nachmittag 4 Uhr ein unbekannter Mann zu töten versucht. Er setzte sich auf eine Bank nieder, zog einen Revolver aus der Tasche und schoß sich vor die Stirn. Als dann Leute zusammenströmten, raffte er seine Kräfte zusammen, um abermals das Geschoß auf sich abzudrücken; doch versagte dieses jetzt. Der anscheinend etwa 30 Jahre alte Mann, der gut gekleidet ging, wurde von einem Schutzmann einem Krankenhause zugeführt.

Die Gasexplosion in der Lindenstr. 44 hat leider ein Opfer gefordert. Frau Kaufmann Welsch ist in der Nacht zum Sonntag von ihren schrecklichen Schmerzen im Krankenhause am Urban erlöst worden.

Ein Straßenraub in der Kurfürstenstraße. In einem der vornehmsten Stadtteile Berlins wurde in den ersten Abendstunden des Sonntags ein äußerst verwegener Straßenraub verübt. Die in der Kaiser Friedrichstraße in Charlottenburg wohnhafte verwittwete Rentiere Frau L. befand sich mit ihrer zwölfjährigen Tochter auf dem Heimwege von einem Familienbesuch. Es regnete in Strömen, als sie gegen 8 Uhr abends in der Kurfürstenstraße bis in die Nähe der Maaßenstraße gelangt waren. Die Straße schien völlig menschenleer. Frau L. trug den aufgespannten Regenschirm in der rechten Hand, von ihrem Handgelenk hing an einer Stahlkette ein Täschchen nieder, in dem sich ihre Wohnungsschlüssel und ein Portemonnaie mit etwa 20 Mark Inhalt befanden. Plötzlich fühlte Frau L. an ihrem rechten Arme einen heftigen Ruck, gleichzeitig hörte sie das Geräusch davoneilender Schritte und nahm zu ihrem Schrecken wahr, daß ihr Hängetäschchen verschwunden sei. Sie sah, daß eine Männergestalt im Laufschritte in der Richtung der Maaßenstraße davoneilte, und in der Annahme, daß dies der Räuber sei, machten sie und ihr Töchterchen sich an seine Verfolgung. Erst am Lützowplatz stießen sie auf einzelne Passanten, deren Hilfe sie erbitten konnten. Der Verfolgte war aber mittlerweile im Dunkel verschwunden. Frau L. begab sich noch am selben Abend auf das Polizeirevier, um Anzeige von dem Vorfall zu erstatten. Ohne Schlüssel konnte sie sich nicht in ihre Wohnung begeben und mußte die Nacht mit ihrem Töchterchen bei Verwandten verbringen. Nach der Schilderung des Kindes der Frau L. war der Straßenräuber von großer, schlanker Figur. Er habe Augengläser getragen und einen steifen, dunklen Hut auf dem Kopfe gehabt.

Im Wintergarten tritt zur Zeit ein Mann auf, der für unsre politischen Verhältnisse unbezahlbar wäre. Es ist der Zauberkünstler Goldin, ein Mann, unter dessen Hand die realsten Persönlichkeiten verschwinden und der anscheinend auch die Kunst versteht, Häckerling in Gold zu verwandeln. Er führt auf seinem Gebiete wahrhaft verblüffende Kunststücke auf und läßt mitten auf der Bühne vor den Augen des Publikums Personen verschwinden, als ob es Seifenblasen wären. Was würde, wie gesagt, ein solcher Mann in der Politik wert sein, wenn er sich darauf verlegen wollte, alle Thorheiten und fatalen Ereignisse der letzten Zeit ungeschehen zu machen! Neben diesem Künstler interessiert eine Dame vom andern Ende der Welt, die in ihrer tollen Beweglichkeit immer noch kindlich-naive Tänzerin Saharet. Wie vor Jahren, so ist die Australierin auch heute noch einzig in ihrer Art und jeder Versuch raffinierter Konkurrentinnen, es ihr gleichzuthun, bleibt Stümperwerk. Ein Ballet: „Die Jahrmarkts-Prinzessin" führt uns die Tanzkunst alten Schlages vor Augen; auf dem Gebiete ernsten Gesanges aber kann sich die Koloratursängerin Angelica Vanloo hören lassen. Auch das russische Männersextett Moskwa zeichnet sich durch temperamentvolle Fertigkeit aus. Es führte zu weit, wollten wir sonst noch alles aufzählen, was das Wintergarten-Programm dieses Monats an vortrefflichen Specialitäten birgt; erwähnt sei nur noch die Reitkünstlerin Therese Renz, die Jongleur-Familie Agoust und der kleinste Akrobat der Welt, Herr Smaun, ein farbiger Dreiläufehoch mit einem allerliebst verschmitzten Gesicht.

Aus den Nachbarorten.

In Schöneberg ist der Termin zu den Stadtverordneten-Wahlen für die 3. Abteilung auf Freitag, 6. November, vormittags von 11 Uhr bis abends 7 Uhr anberaumt worden. Zu einer Verlängerung auf 8 Uhr haben sich die städtischen Körperschaften bedauerlicherweise nicht verstehen können. Hatte doch seiner Zeit bei Beratung des socialdemokratischen Antrages der Stadtverordneten-Vorsteher Müller der Vermutung Ausdruck gegeben, daß es ihm scheine, als ob die Arbeiter gerade in der letzten Stunde durch ihren Andrang den andersgesinnten Wählern durch planmäßige Besetzung des Wahllokals die Ausübung des Wahlrechts vereiteln wollten. Und motivierte doch ein andrer freisinniger Vertreter seinen ablehnenden Standpunkt damit, daß der Wahlvorstand möglicherweise eine Stunde länger mit der Feststellung des Resultats zu thun haben könnte, also eine Stunde seiner Nachtruhe opfern müßte. Jedenfalls werden uns diese faulen Ausreden (denn in Berlin wird doch auch bis 8 Uhr gewählt) nicht abhalten, unsrer Pflicht auch unter erschwerenden Umständen zu genügen, damit nicht nur unser früherer Besitzstand erhalten bleibt, sondern noch einige Mandate hinzukommen.

Pankow. Neulich berichteten wir von der Angelegenheit der 15 500 M., welche die Gemeinde zu viel an Kreissteuern gezahlt hat und von dem mit einem Zeugniszwang verbundenen Ermittelungs-Verfahren, das sich an die Ausplauderung dieses Falles knüpfte. Die Veröffentlichung muß bei unsern Amtsbehörden stark verschnupft haben, denn der Amtsvorsteher hält täglich mit dem Verleger der „Pankower Zeitung" Verhöre ab, um von ihm den Namen der Beamten zu erfahren, der die Geschichte bekannt gegeben haben soll. Es ist verwunderlich, daß Herr Salis, so heißt der Verleger des attackierten Blattes, zu derartigen Unterhaltungen erscheint. Auch ein Teil der bürgerlichen Gemeindevertreter ist über die Veröffentlichung des Geheimnisses von Pankow empört; die Herren fürchten für den guten Ruf der Gemeinde. Unsre Parteigenossen wollen den Fall in der Gemeindevertretung zur Erörterung bringen und das ist für den Ort entschieden das beste. Man hofft, daß der Landrat der in Betracht kommenden Sitzung beiwohnen wird.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung hat das Projekt eines Schulhaus-Baues in der Pfarrstraße bekanntlich an die Baukommission zurückverwiesen, da ihr der Voranschlag von 420 000 M. zu hoch erschien. Die Kommission hat nun thatsächlich 80 000 M. zu sparen beschlossen, und zwar auf Kosten der Klassengröße und der Garderobenräume. Unsre Parteigenossen wandten sich energisch gegen die Verschlechterung des Projektes. Wie man in bürgerlichen Kreisen darüber denkt, möge folgender Bericht des Ortsblattes über eine Sitzung des Bürgervereins lehren, in der die Schulangelegenheit zur Sprache kam. Es heißt darin: „Man könne alle zwei Jahre bei der Zunahme unsrer Bevölkerung auf einen neuen Schulbau rechnen, und wenn diese Bauten in so luxuriöser Weise hergestellt werden sollen, müsse das notwendig auf die Finanzlage des Ortes in ungünstiger Weise einwirken. Der Steuerzuschlag dürfe auf keinen Fall weiter steigen, wolle man nicht die wirtschaftliche Lage des Ortes in schwerster Weise schädigen. Zu größerer Sparsamkeit in den Gemeinde-Ausgaben mahnt auch H. Stiller, der die Frage aufwirft, ob solch ein luxuriöser Schulbau, von dem die Berliner Zeitungen schon schreiben, daß er mit seinen Einrichtungen die reichshauptstädtischen Bauten sogar übertrifft, für einen Ort wie den unsrigen vorgeschrieben wird." So nimmt sich die Schulfürsorge des honetten Bürgertums aus, wenn es sich um die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung handelt!

Gerichts-Zeitung.

Fast an Raubmord grenzte das Verbrechen, welches gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Erörterung gelangte. Aus der Untersuchungshaft wurden der Schlosser Richard Jahrow und der Kutscher Ernst Krieg vorgeführt, zwei gefährliche Menschen, welche in Gemeinschaft mit einem noch gefährlicheren, dem Arbeiter Robert Eckert, ein Verbrechen schwerster Art begangen haben. Eckert, der in seinen Bekanntenkreisen den Spitznamen „Athleten-Robert" führt, hat nicht zur Verantwortung gezogen werden können, da er sich im Irrenhause befindet. Jahrow und Krieg stammen beide aus anständigen Familien, der erstere ist ein Beamten-, der zweite ein Gastwirtssohn. Jahrow ist durch die Wanderschaft auf Abwege geraten und, wie seine Vorstrafen beweisen, völlig heruntergekommen, Krieg hat nach seiner Entlassung von den Garde-Kürassieren keine Stellung finden können, sich in den Herbergen herumgetrieben und ist dort in schlechte Hände geraten. Es wird ihnen Raub unter den denkbar erschwerendsten Umständen zur Last gelegt. In der Herberge zur Heimat in der Auguststraße wurde der Plan ausgeheckt, der in der Nacht zum 3. April zur Ausführung gelangte. Die Angeklagten wußten, daß der unverheiratete Geschäftsführer Thiel, welcher die Schankwirtschaft im Hause Linien- und Hamburgerstraße-Ecke verwaltete, während der Nacht allein in den Räumen anwesend war und in einem nach dem Hofe zu gelegenen Zimmer schlief. Gegen ihn richtete sich das Verbrechen. In der genannten Nacht begaben sich die drei Angeklagten nach dem Hofe des Grundstücks, Eckert war auf eine nicht ermittelte Weise in den Besitz des Hausschlüssels gelangt. Mit Gewandtheit und fast geräuschlos wurde eine Scheibe des Fensters des Thielschen Schlafzimmers eingedrückt, mit der Hand durch die Oeffnung gefaßt und der Fensterriegel zurückgedreht. Nun stieg zuerst Eckert durch das Fenster, von seinen beiden Complicen auf dem Fuße gefolgt. Jetzt erst erwachte der Insasse, der um Hilfe schrie. Aber im nächsten Augenblick wurde er von Eckert am Halse gepackt und gewürgt. Krieg packte ihn an beiden Handgelenken und Jahrow warf sich mit seinem Körper über beide Beine des im Bette Liegenden, der nunmehr völlig wehrlos war. Aber nicht genug damit. Eckert nahm ein neben ihm liegendes Handtuch und schlang es um den Hals des Ueberfallenen. Krieg zerriß ein Hemd, drehte daraus einen Strick und fesselte damit beide Hände Thiels. Nun wurde dieser gefragt, wo er sein Geld habe. Thiel erwiderte: „Ich habe nichts!" Eckert schnürte ihm mit dem Handtuch den Hals derart zusammen, daß ihm die Augen aus den Höhlen traten und ihm Blut aus Mund, Nase und Ohren lief. Als er immer noch nicht angab, wo er sein Geld aufbewahrte, sagte Eckert: Warte Du A.. ich werde Dich schon dazu bringen! Und er nahm ein Tischmesser und strich damit an dem Halse seines Opfers hin und her. Er muß aber wohl anstatt der scharfen Seite des Messers dessen Rücken benutzt haben, denn Thiel erlitt nur einige Hautabschürfungen. Während dieser Prozedur durchsuchten Jahrow und Krieg das Zimmer nach Geld. Als sie keins fanden, hoben sie den Körper des im Bette Liegenden in die Höhe und durchsuchten das Lager, aber auch ohne Erfolg. Der Gemarterte hatte sich in seiner Todesangst verunreinigt. Jetzt hielten es die Räuber für angezeigt, sich aus dem Staube zu machen. Sie nahmen noch einige Kisten Cigarren und verschiedene Kleidungsstücke des Thiel mit und entfernten sich auf demselben Wege, wie sie gekommen. Thiel wurde am folgenden Morgen in einem bejammernswerten Zustande gefunden. Noch nach mehreren Wochen hatte er blutunterlaufene Augen. Da der Beraubte die Thäter nicht erkannt hatte, so dauerte es mehrere Wochen, bis sie ermittelt und zur Haft gebracht waren. Inzwischen hatten Eckert, Jahrow und noch ein Dritter, der Arbeiter Alex Thomas, der sich gestern auch auf der Anklagebank befand, eine zweite Strafthat begangen. Sie hatten in der Herberge zur Heimat einem armen Handwerksburschen dessen ganze Habseligkeiten, einen Koffer mit Inhalt, gestohlen. Auch dieser That waren die betreffenden Angeklagten geständig.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen unter Versagung von mildernden Umständen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Jahrow eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren, gegen Krieg eine solche von 10 Jahren, gegen Thomas fünf Monate Gefängnis.

Das Erkenntnis gegen Jahrow ging noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Er wurde zu 14 Jahren Zuchthaus, zehnjährigem Ehrverlust und Polizei-Aufsicht verurteilt; Krieg traf eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren, zehnjährigen Ehrverlust und Polizei-Aufsicht. Thomas erhielt sechs Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Vermischtes.

Die erste städtische Trinker-Heilanstalt des Kontinents ist am 1. d. M. von der Stadt Dresden in Klingenberg nur für männliche, in Dresden unterstützungswohnsitzberechtigte Trunksüchtige, die sich freiwillig melden, eröffnet worden. Die täglichen Pflegekosten betragen 1,80 M. Ungeeignete und unheilbare Trunksüchtige werden nicht aufgenommen.

Schiffsunglück. Aalesund, 5. Oktober. Der norwegische Dampfer „Terjevigen" ist vorgestern während eines Sturmes unweit von hier gesunken. Die ganze aus 12 Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

In München wurde Sonntag der Präsident der Akademie der Wissenschaften Geheimrat v. Zittel von einem Radfahrer umgestoßen und dadurch ziemlich erheblich verletzt.

Aus München wird über den Bahnunfall bei Schöngeising amtlich gemeldet: In der Station Schöngeising entgleisten gestern abend gegen 6¼ Uhr fünf Wagen des von Lindau kommenden Schnellzuges. Sechs Personen wurden leicht verletzt. Der Verkehr wurde durch Umparkierung aufrecht erhalten. Die Entgleisung wurde anscheinend durch vorzeitige Weichenstellung verursacht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Grubenunglück. In Sollstädt bei Bleicherode sind infolge eines zu spät losgegangenen Schusses im Schacht am Sonnabend 13 Bergleute verunglückt, darunter einer schwer.

Marktpreise von Berlin am 3. Oktober 1903

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	15,70	15,66	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	6,00	4,00
„ mittel	„	15,62	15,58	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,54	15,50	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	12,75	12,74	Schweinefleisch	„	1,80	1,20
„ mittel	„	12,73	12,72	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	12,71	12,70	Hammelfleisch	„	1,80	1,10
†Gerste, gut	„	14,50	13,40	Butter		2,60	2,00
„ mittel	„	13,30	12,30	Eier	60 Stück	5,00	2,80
„ gering	„	12,20	11,20	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
†Hafer, gut	„	16,00	14,90	Aale	„	2,60	1,40
„ mittel	„	14,80	13,80	Zander	„	3,00	1,20
„ gering	„	13,70	12,70	Hechte	„	2,20	1,00
Richtstroh	„	4,16	3,82	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,00	5,00	Schleie	„	3,20	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	18,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

K. 57. Brief an Preßkommission erhalten. Findet Erledigung.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

A. R., Gmünd. Beide Anfragen sind zu bejahen. — **Landsberger Allee 125.** Es ist eine Mitteilung des Besitzers der Häuser Cotheniusstraße 6 und 7 ohne Anfrage und Mitteilung des Namens des Fragestellers eingelaufen. Fragesteller wolle die Mitteilung seines Namens und der beabsichtigten Anfrage nachholen. — **A. B. 4.** Ohne Einsicht in den Mietsvertrag ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **Höhr.** Die Zustellung ist ordnungsmäßig erfolgt. Sie müßten sich Prozeßvollmacht erteilen lassen und auf Ihr Zeugnis Bezug nehmen. — **C. G. K.** Will man aus der Landeskirche ausscheiden, so teilt man diese Absicht dem Gericht mit und begiebt sich in der Frist von 4—6 Wochen nach Eingang dieser Mitteilung (ohne Vorladung) auf das Gericht und erklärt dort seinen Austritt zu Protokoll. Ist letzteres versäumt, so muß die Prozedur von neuem begonnen werden. — **Konrad Driesen.** 1. Die bedauernswerte Frau kann mit Aussicht auf Erfolg gegen den Mithandler klagen; sie soll es aber nicht ohne Armenrecht thun. 2. Lassen Sie sich Abschrift des Urteils geben. Ohne Einsicht in dieses läßt sich nicht sagen, ob eine Berufung Aussicht auf Erfolg hat. — **H. H.** Ein solches Vorgehen gilt als unanständig, ist aber nicht gesetzwidrig, falls nicht etwa die Adressen auf unlauterem Wege beschafft sind. — **010.** Nein. — **1850.** Ehebruch ist nur dann (mit Gefängnis bis zu sechs Monaten) strafbar, wenn die Ehe wegen des Ehebruchs geschieden und Strafantrag gestellt ist. Nur in besonders gearteten Fällen wird die Art des Verkehrs als Beleidigung des schuldlosen Ehegatten erachtet und auf Strafe wegen Beleidigung erkannt. — **W. F.** Heiraten Sie Ihre Braut und anerkennen Sie bei der Heirat Ihre Vaterschaft. Vor der Heirat kann Ihr Sohn Ihren Namen durch Adoption erhalten. — **F. D., Brix.** Nein. — **Tz. 76.** Sowohl der Kläger wie der Beklagte können auch in Gewerbegerichtssachen gegen ein Versäumnisurteil Widerspruch erheben, dann geht der Prozeß weiter. Beantragen Sie vollstreckbare Ausfertigung des Urteils und lassen Sie vollstrecken. Die Vollstreckungskosten erhält Beklagter, wenn er etwa Einspruch einlegt und dann gewinnt, nicht erstatt. Auf der Gerichtsschreiberei erfahren Sie, ob Einspruch eingelegt ist. — **H. St.** Nein. Sie sind Preuße und Hamburger. — **Zwangsvollstreckung.** Lautet der Vergleich so wie Sie angeben — ohne Vorbehalt —, so können Sie mit Aussicht auf Erfolg auf Aufhebung der Zwangsvollstreckung klagen. Ob der Vergleich so lautet, muß das Protokoll ausweisen, das Sie auf der Gerichtsschreiberei einsehen und von dem Sie sich Abschrift erteilen lassen können. — **U. F.** Nein. — **N. N.** Ja. — **P. K., Velbert.** Die Frage ist, wie wiederholt dargelegt, strittig. Die unsres Erachtens irrige Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts über Selbstständigkeit im Sinne der Städteordnung wird mit Unrecht von einigen Behörden auch auf die Landtagswahl-Berechtigung übertragen. Verfolgen Sie die Angelegenheit bis zur ministeriellen letzten Aufsichtsinstanz und setzen uns von dem Bescheid in Kenntnis. — **G. M. 49.** 1. Nein. 2. Wenn nicht das Gegenteil vereinbart ist: nein. — **Triberg.** 1. Nein, falls nicht die Bestellung oder die Offerte einen ähnlichen Ausdruck enthält. Jedoch schwankt die Praxis. 2. Wird im Civilprozeß auf einen späteren Termin vertagt, so bedarf es keiner neuen Ladung. 3. Der Aussteller. 4. Eine Frist ist nicht vorgeschrieben. — **C. T. 10.** 1. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. Kostenpunkt 3 Mark. 2. Ja. 3. Die Eingabe ist an die Post- oder die Eisenbahn-Direktion zu richten; daß dem Antrag stattgegeben wird, ist sehr unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich. — **O. O., Bödickerstr. 35.** 1. Ja, aber nur den Pflichtteil. Bei kinderloser Ehe sind die Eltern des Verstorbenen pflichtteilberechtigt. Es erhält ohne Testament der Witwer die Hälfte des Nachlasses, aber im Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitsgeschenke. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte der gesetzlichen Portion. Es würden also die übergangenen Eltern zusammen die Hälfte der Hälfte (ein Viertel) des nach Abzug des voraus bleibenden Nachlasses erhalten, in Ihrem Falle also etwa 1250 M. Nur der Nachlaß der Verstorbenen, nicht das eigne Vermögen des Witwers kommt zur Anrechnung. 2. Darüber besteht keine Vorschrift. 3. Nein. 4. Die Form ist gültig, praktischer wäre in Ihrem Fall Nr. 56 gewesen. Die Nachlaßteilung geht so vor sich, als ob in der Art der Nr. 56 testamentiert wäre. Die Eltern können Zuziehung bei Aufnahme des Nachlasses verlangen. — **A. B.** Ja. — **W. Z.** Leider nicht.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 6. Oktober 1903.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken westlichen Winden; später zeitweise aufklarend, etwas kühler.

Inserate für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 6. Oktober.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Das goldene Kreuz.
Schauspielhaus. Egmont.
Deutsches. Geschäft ist Geschäft.
Berliner. Kater Lampe.
Westen. Zar und Zimmermann.
Lessing. Der Sturmgeselle Sokrates.
Residenz. Sphinx. Das beste Mittel.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.
Carl Weiß. Amor in Wichs.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Fleck auf der Ehr'.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Die Stützen der Gesellschaft.
Neues. Der Kammersänger. Salome.
Kleines. Nachtasyl.
Luisen. Das Käthchen von Heilbronn.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Casino. Tolle Kadetten. Specialitäten.
Palast. Genießet das Leben. — Specialitäten.
Urania. **Taubenstraße 48/49.** Nachmittags 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Abends 8 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7½.

Das vollst. neue Oktober-Programm.

Arnolde—Wolpert—Marzelli.

Die neue Posse: **„Die Diebesfalle".**

Um 9½ Uhr: **Tolle Kadetten.**

Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Unser Goldjunge.**

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Buntes Theat.), Köpnickerstr. 67/68.

Jeden Abend Anf. 8 Uhr.

Der Sensations-Erfolg

Gastspiel **Adolf Philipp.**

Ueber'n großen Teich

Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akt. von Adolf Philipp.

Billetvorverkauf (ohne Gebühr) an der Theaterkasse, Invalidenbank, Künstlerbank und in Wertheims Warenhäusern.

Luisen-Theater.

Neu einstudiert:

Das Käthchen von Heilbronn.

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch: Krieg im Frieden.
Donnerstag: Das Käthchen von Heilbronn.
Freitag: Die Jungfrau v. Orleans.
Sonnabend: Mönch und Soldat.
Sonntagnachm.: Die Jungfrau von Orleans.
Abends: Einer von unsere Leut'.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.

Die Liebesschaukel.

In Vorbereitung: **„Biscotte".**

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7½ Uhr.

Das beste Mittel.

Schwank in 3 Akten von A. Bisson. Deutsch von B. Jacobsohn.

Vorher: **Sphinx.**

Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Lutti.**

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!

Emil Thomas a. G.

Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes!
Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.

Abends 7½ Uhr:

Wiederauftreten des Dir. Carl Weiß.

Amor in Wichs.

Morgen: Amor in Wichs.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.

Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

Um **8** Uhr:

An den Seen Ober-Italiens.

Um **8** Uhr im Hörsaal in der Invalidenstrasse 57/62:

Der Mond.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.

Lebend!! Die zusammengewachsenen Schwestern, 25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen

Neu!! **Der Riese** **Andries Venter**

aus Transvaal, ehemal. Leib-Gardist d. Präsidenten Krüger.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.

Salome.

Vorher: **Der Kammersänger.**

Anfang **7½** Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.

Nachtasyl.

Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Zum **154.** und letzten Male:

Die Liebes-Insel.

Fernar:
Mirzl v. Wenzel. × Soeurs Sousloff.
Gebr. Willé. × Clermonts Cirkus.

Lebende sprechende musizierende Photographie

neue Bilder-Serie

Messters Biophon.

Morgen Mittwoch, 7. Oktober cr., zum erstenmal:

Frühlingsluft.

Operette von weil. Josef Strauss.

Im 3. Akt: **Blütenhochzeit.**

Ballett von Louis Gundlach.

W. Noacks Theater.

Direktion: **Robert Dill.**

Brunnenstrasse 16.

Zum letztenmal:

Maria Stuart.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Mittwoch:

Dir. Rob. Dill als: **Don Cesar.**

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Gewöhnliche Preise!

Olga Wohlbrück.

Spott- und Geisssellieder.

Das Moto-Mädchen.

Mensch oder Maschine. Das neue Rätsel für Berlin! Prolongiert.

14 neue erstkl. Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.

Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**

Jeden Sonntag 5 Uhr:

Grosse Extra-Vorstellung

der mit großem Beifall aufgenommenen

Norddeutschen Sänger.

Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:

Grosser Ball.

Jeden Dienstag und Freitag:

Gastspiel Berl. Volks-Theater.

Jeden Mittwoch:

Grosser Elite-Familienabend. Norddeutsche Sänger u. Ball.

Entree 30 Pf. Sperrsitz 50 Pf.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Dienstagabend 8 Uhr:

Der Fleck auf der Ehr'.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.

Mittwochabend 8 Uhr:

Was ihr wollt.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Der Bibliothekar.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Dienstagabend 8 Uhr:

Die Stützen der Gesellschaft.

Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Mittwochabend 8 Uhr:

Der Talisman.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Was ihr wollt.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Dienstag, den 6. Oktober 1903, abends 7½ Uhr:

Miss Claire Heliot, die Löwenbraut.

Paul Mündners Sprung durch den ganzen Cirkus und Schleifenfahrt. Drei Geschwister Randall, Reitkünstlerinnen. **Exotisches Monstre-Tableau:** 12 Elefanten, 3 Zebras, 50 Pferde. Der Elefant als Chauffeur.

Zum Schluss: **Berliner Winterfreuden.** Humor. Manege-Schaustück zu Wasser und zu Lande.

Palast-Theater früher Feen-Palast.

Burgstr. 22.

Das grandiose Oktober-Programm!

Genießet das Leben.

Alfons Gettke: Dir. **Rich. Winkler.**

Morgen und folgende Tage:

Genießet das Leben.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.

Täglich:

Franz Sobanski.

Außerdem ganz neues Programm.

Zum Schluß:

Die Angströhre.

Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.

Dienstag, den 6. Oktober 1903:

Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Dorf und Stadt.

Schauspiel in 3 Aufzügen von Charl. Birch-Pfeiffer.

Anfang 8 Uhr

Donnerstag:

Grethchens Polterabend.

Cirkus Schumann

Heute, Dienstag, den 6. Oktober, abends 7½ Uhr:

Gala-Parade-Vorstellung.

Vom Besten das Beste.

Herr **Julius Seeth** mit seinen

25 männlichen Pracht-dressierten Löwen.

Die vier Jahreszeiten

pompöses Pariser Ballettdivertissement.

Die Todessprünge

der Barsois-Hunde.

Clown Adolf mit seinem neuesten **Schlager:** Die **Gesangprobe.**

Lebs Wunder-Affen,

das Vollendetste der Dressur.

Der **preisgekrönte 6er Zug** und die fahrenden Kaskaden von Direktor

Albert Schumann.

Reichshallen

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Bockmann, Plättner, Schrader u. Eberino.)

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Volkshaus-Verein Charlottenburg.

Donnerstag, den 8. Oktober, präcise 8½ Uhr:

II. Volkstümlicher Kunst-Abend

(Goethe-Abend).

Einleitende Ansprache Dr. Albertv: Goethe.

Künstlerische Vorträge. U. a. Trio C-moll Beethoven, Sonate **Mozart,** Lieder von Schubert, Beethoven, Gedichte von Goethe.

Eintrittspreis inklusive Programm und Garderobe 40 Pf. [291/1

Wintergarten

Neues Programm:

Saharet australische Tänzerin.

The Great Goldin Illusionist, assistiert v. Miss Joane Franciola. Goldin gab am 12. November 1902 in Sundringham eine Separatvorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. und Sr. Majestät König Eduard VII.

Smith u. Doreto Excentrics.
Therese Renz Schulreiterin.
Die drei Luppus Reckturner.
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agoust's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Smaus der kleinste Akrobat.
Die Jahrmarktsprinzess Ballett.
Der Biograph

Etabl. Buggenhagen

Moritzplatz.

Premiere d. Künstler-Ensembles **„Nordsterne"** unter Leitung d. Herrn **Rudolf Schauss.** Anf. 7½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr. Entree 50 Pf. Vorverk. 40 Bons hab. Gültigkeit. Nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Untere Säle: **Przywarski-Konzert.**

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Nach jeder Soiree:

Tanzkränzchen.

Dienstag, den 6. Oktober:

Theaterabend.

Robert u. Bertram.

Posse m. Gesang in 4 Akten.

Ich wohne jetzt **Pankow, Florastraße 51. I.** 2258b*

B. Strelewicz.

Neue Welt

Arnold Scholz
Hasenheide No. 108/114.

Donnerstag, 8. Oktober 1903:

Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Zum erstenmal:

Preciosa.

Schauspiel in 4 Aufzügen von P. A. Wolff.

Nach der Vorstellung:

Familien-Ball.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114.

(Arnold Scholz.)

1. Großes Konzert des **Neuen Tonkünstler-Orchesters**

(40 Künstler)

Dir. Franz Hollfelder.

Anfang 8 Uhr. Entree 40 Pf.

Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Nach dem Konzert:

Familien-Ball.

Donnerstag, 8. Oktober:
Bernhard Rose-„Preciosa".

Special-Geschäft für Uhren

1 neue **Uhr-Feder** Ia. 75 Pf.
1 neue **Uhr-Kapsel** . . 15 Pf.
1 neues **Uhr-Glas** . . . 10 Pf.
1 neuer **Uhr-Ring** . . . 10 Pf.
1 neuer **Uhr-Zeiger** . . . 10 Pf.
1 neuer **Uhr-Schlüssel** . 5 Pf.
Neue Uhren in größter Ausw.
Vorzeig. dieses erhält 5% Rabatt.

E. Möbis, 82 Koppen-Strasse 82,

3 Min. vom Schles. Bahnhof.

2757L*

Wollen Sie Betten anschaffen?

Dann fordern Sie sich **gratis** und **franco** Preisliste II über **Jaekel's** berühmte, unübertroffene **Patent-Reform-Bettstellen** nebst kompletten Bettausstattungen.

Franco-Versand über ganz Deutschland.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabriken

BERLIN, Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstrasse.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz, Reichenberger Strasse 5

empfiehlt **Einrichtungen** in **Nußbaum** und **Mahagoni** von **240** bis **5000 Mark** zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung.

Coulanteste Bedingungen. 27892*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabakfabrik. 2838L*

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in

Cigarren, Cigaretten,

Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

Amt 7. 1851.

Anzüge Paletots

für Herren, aus feinsten Maßstoffen herrührend, vornehm an Sitz, Eleganz. Maßpreis bis 70 M., jetzt 20—40 M. Hochelegante Herren-Beinkleider. Maßpreis bis 22 M., jetzt 8—12 M. 2923?*

Verkauf täglich, auch Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 73, I Treppe.

Millionen von Lehrbüchern der Methode

Gaspey-Otto-Sauer

zur Erlernung modern. Sprachen sind in allen Ländern verbreitet. Beste Methode f. Schulen u. z. Selbstunterricht (Kar?ar Schlüssel). Von deutschen Ausgaben sind erschienen: arabisch, chines., dän., engl., franz., italien., neugriech., niederl., poln., portugies., russ., schwed., span., türk., ungar. Preis 2.40—10 M. Prospekte auch über f. Ausgaben f. Araber, Armenier, Engländer, Franzosen, Italiener, Niederländer, Polen, Portugiesen, Rumänen, Russen, Spanier auf Verl. gratis. Bei Einführ. i. Schulen Lehrerexempl. gratis, an Privatsprachlehrer z. halben Preis. Alle Bücher solid gebunden.

Julius Groos Verlag, Heidelberg, Paris, London.

Achtung! Vereine!

Sonnabend, 31. Oktober, ist frei geworden. **F. Scholz' Festsäle,**

21995 Große Frankfurterstraße 74.

Kopfläuse nebst Brut verschwinden sofort d. **„Puffi"**

Unschädlich. Erfolg überraschend.
In Drogerien 50 Pfg.

Dr. Pielicke,

Arzt für Haut- und Harnleiden,

verzogen nach 1329*

NW., Rathenower-Str. 3.

A. Rosenberg

Landsbergerstr. 82.

Anerkannt reell u. billig.

Teppiche haltbare Qualität

$^{150}/_{200}$ **3,10—7,50 M.,** $^{200}/_{300}$ **5,60** bis **13,50 M., Velours** u. and. prima Qualitäten, auch Salongröße, bis 3,50×4,50 groß, v. **17,50—72,00 M.,** sonstiger **Preis 40 % teurer.**

Gardinen weiß und crème **2,00, 2,50, 6,50** bis **12,00 M.**

Stores, auch in Spachtel u. Erbst. 1,50, 2,25, 3,50—9,50 M. **Portieren** in Tuch, Plüsch und Wolle 1,75, 3,50, 8,50, 12,50 M. **Plüsch-Tischdecken** in guter Qualität 5,00 M., bestickt 8,50 M. an. 28772*

Ein großer Posten Läuferstoffe, Reste von 3, 4, 5 bis 10 Meter lang **für die Hälfte des Preises.**

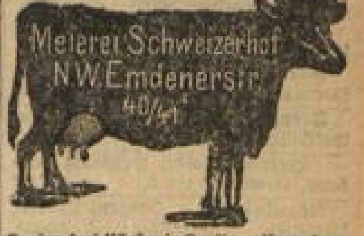
Vollständige Jahrgänge

diverser Zeitschriften verleiht billigst 27602*

Journal-Lesezirkel Germann,

SW., Solmsstraße 44.

Abonnements von 20 Pfennig an pro Woche. — Prospekt gratis.



Preise frei Küche in Berlin u. Vororten.
Vollmilch in plomb. Flasch. 20 Pf.
„ bei 3 Liter . . . . 18 „
Kindermilch . . . . . 35 „
„ beste . . . 50 „

Professor Dr. Gaertners trinkfertige Säuglingsmilch

Nr. 1 bis zum 4. Monat 1 Fl. 15.
Nr. 2 von 4 bis 10 „ 1 „ 30.

Feinste Tafelbutter

1 Pfund 1,20—1,60. 28/15*

Kefyr. Buttermilch. Sahne.

steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

5½ Pfund Brot 50 Pf.

Backware

6 Stück für 10 Pf.

Albrechts Bäckereien:
Wrangelstraße 9. Kraußstraße 19.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.
Markthalle Pücklerstr., Stand 222/23
Markthalle Andreasstr., Stand 16/18

Zwecks bedeutender Erweiterung verlege mein Geschäft nach

Hauptstrasse 139

und ermäßige bis dahin sämtliche

Herren- u. Knaben-Garderoben

ca. 20 Proz. im Preis.

Auch für **Maasbestellungen** findet diese **Preisherabsetzung** Anwendung. 27732

M. Schulmeister,
Schneidermeister,
Schöneberg, Hauptstr. 143.

27592*

In voriger Nacht hat man

die Preise nochmals herabgesetzt, wir verkaufen:

Getragene Herren-Hosen zu 1,50 bis 3,50 Mk.
Getragene Herren-Anzüge zu 5, 6 bis 8 Mk.
Getragene Herren-Paletots zu 4, 5 bis 9 Mk.
Getragene Kellner-Hosen und Fracks.

(Von feinsten Herrschaften, Reisenden und Kavalieren.)

„Blitz", Reinigungs-Anstalt, Chausseestr. 80.

NB. Von Herrschaften, die Garderobe verkauf. wollen, erbitte Postkarte.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Aktiva — Bilanz-Conto am 30. Juni 1903. — Passiva

Aktiva	Mk.	Passiva	Mk.
An Waren-Conto	61 880,25	Per Geschäftsanteil-Conto: Guthaben d. Mitglied.	58 234,58
„ Kassa-Conto	11 540,18	„ Reservefonds-Conto: Bestand laut Inventur	5 031,42
„ Bank-Conto	5 941,61	„ Sparfonds-Conto	6 716,30
„ Effekten-Conto: Kautionen	1 000,—	„ Lieferanten-Conto	21 377,08
„ Städt. Sparkassen-Conto: Kaution	499,94	„ Darlehen-Conto	6 942,45
„ Inventar-Conto: Bestand . . 35 558,42, Abschreibgn. 3 897,24	31 661,18	„ Kautions-Conto	2 746,29
„ Debitoren-Conto	8 041,46	„ Dispositionsfonds-Cto.	645,17
„ Stammanteil-Cto.: Bei d. Großeinkaufs.-Ges.	2 880,75	„ Dividenden-Conto: Nicht abgehobene Dividende	233,38
„ Dispositionsfonds-Cto.	103,16	„ Reingewinn	24 539,13
„ Fastagen-Conto	1 202,92		
„ Emballagen-Conto	1 314,35		
„ Gasanstalts-Conto	390,00		
	Mk. 126 455,80		Mk. 126 455,80

Mitglieder-Bewegung.

Mitglieder-Bestand am 1. Juli 1902	2 199	
Neu eingetreten bis 30. Juni 1903	3 016	5 215
Ausgeschieden, freiwillig	414	
„ durch Uebertragung	5	
„ durch Tod	9	428
Mitglieder-Bestand am 30. Juni 1903		4 787
Die Geschäfts-Anteile und Guthaben der Mitglieder betrugen am 30. Juni 1902		Mk. 23 120,58
Einzahlungen vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903		„ 35 114,—
Gesamtbetrag der Geschäfts-Anteile und Guthaben der Mitglieder am 30. Juni 1903		Mk. 58 234,58
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1902		Mk. 68 940,—
Dieselbe erhöhte sich im Jahre 1902/3 um		„ 74 670,—
Gesamtbetrag der Haftsumme d. Mitglieder am 30. Juni 1903		Mk. 143 610,—

1. Verkaufsstelle:	Swinemünderstr. 44.	11. Verkaufsstelle:	Tempelhof: Berlinerstr. 76.
2. „	Chorinerstr. 46/47.		
3. „	Buttmannstr. 19.	12. „	Schöneberg: Apostel Paulusstr. 27.
4. „	Wildenowstr. 30.		
5. „	Gartenstr. 3.	13. „	„ Gothenstr. 1.
6. „	Wielefstr. 31.		
7. „	Ebelingstr. 14.	14. „	Weißensee: Friedrichstr. 12.
8. „	Arndtstr. 5.		
9. „	Gräfestr. 40.	15. „	„ Langhansst. 60
10. „	Hagelsbergerstr. 20.	16. „	Winsstr. 64.

Eröffnung der 16. Verkaufsstelle Winsstr. 64
Dienstag, den 6. Oktober 1903, früh 8 Uhr.

Der Aufsichtsrat. E. Mücke.

Der Vorstand. Max Menzel. Paul Müller. Franz Tuzauer. H. Rietz. H. Reißmann.

132/11

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr

bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. **Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir,** 10 Steine, v. 18,—, **Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50,—, Silberne Remontoir v. 9,—, Regulateure, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack.** Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste **3 Jahre Garantie.** 2657L*

Karl Lux, Uhrmacher, **Chausseestr. 34.**

Seltener Gelegenheitskauf.

Saal-	Teppiche	à 50, 65 bis 90 Mk.
Salon-	Teppiche	à 30, 40 bis 65 Mk.
Speise- Zimmer-	Teppiche	à 25, 30 bis 50 Mk.
Wohn- Zimmer-	Teppiche	à 20, 25 bis 35 Mk.
Herren- Zimmer-	Teppiche	à 15, 18 bis 25 Mk.
Sofa-	Teppiche	à 6, 8 bis 14 Mk.
Bett-	Teppiche	à 1,25, 2,50 bis 5 Mk.

Außerdem offeriere circa **400** Stück **prima echt Velour** (kein Axminster), **echt Tournay, echt Brüssel,** sowie **echte Schmiedeberger Smyrna-Teppiche,** handgeknüpft, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerkbaren Musterfehlern, für die **Hälfte** des regulären **Wertes.**

Teppich-Haus

B. Hurwitz, Rotes Schloss,

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Telephon Amt I, 8311.

Der **Dänische Anker-Kautabak** ist in letzter Zeit so oft **minderwertig nachgeahmt** worden, dass ich den Käufern desselben **dringend** anraten muss, genau auf den in **jedem** Stück — Schleifen und Rollen — befindlichen **Firmenzettel** mit dem **Anker** zu achten und **Tabak ohne Zettel entschieden zurückzuweisen,** da solcher nachgeahmt ist. 2837L*

C R

Generalvertrieb jetzt **Grüner Weg 112, Carl Röcker.**

Hauptniederlage: Nordhäuser Kautabake, Schnupftabake — Rauchtabake.

Dr. Schünemann Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8. Sonnt. 9-11.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12. 2—4. [28/10*

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842K*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Grünerweg 5. 2165b

Steppdecken, spottbillig. Fabrik Weinstraße 20. †98*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Teppiche, Vorleger, Diwandecken, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Gardinen, Stores, Portieren, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Betten, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17*

Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17*

Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 26/17*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher 1,00, Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelapparate, Gasplättеisen, Gasbeleuchtung, spottbillig! Petroleumlampen-Umänderungen. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1306b*

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verliehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffette, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmer, Speisezimmer in Eichen, auch Nußbaum, Salons, Allmahagoni, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 1865K*

Wirtschaft, Nußbaum, noch neu, billig, auch einzeln. Auch Teppich, Plüschsofa, Schreibtisch 30,00, Muschelspiegel 10,00, Säulentrumeau 35,00, Paneelsofa, zwei Bilder, Verschiedenes. Gartenstraße 85, I links. †136*

Möbelfabrik verkauft zu wirklich billigen Preisen vollständige Einrichtungen, sowie einzelne Möbel. Für tadellose reelle Ausführung übernehme Garantie. Echte nußbaum Spinden 55,—, Muschelbetten, vorzüglicher Federboden 40,—, Büffetts, hochelegante englische Schlafzimmer, Garnituren, Schreibtische 55,—, Trumeau, geschliffen, mit Stufe 35,—. Herrliche farbige Küchenmöbel. Hirschowitz, Mariannenstraße 7a. K*

Möbelsuchenden, Brautleuten empfehle meine Möbeltischlerei für gediegene Wohnungs-Einrichtungen, reelle Arbeit, bekannt billig, weitgehende Garantie. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1901K*

Metallbetten! allerfeinste, billiger wie Warenhäuser. Rappold, Markgrafenstraße 18. 2298b

Linoleum. Linoleumteppich, Linoleumläufer, Reste, Gelegenheit. Holzmarktstraße 19, Laden. †30*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

150 Bilder verschiedener Art werden umständehalber mit 50 Prozent Ermäßigung ausverkauft. Bilderhandlung „Fortuna", Franseckistraße 1, Ecke Schönhauser Allee. 2164b

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Bredereck, Engel-Ufer 20.

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Kübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Kleine Markusstraße 28, I. 1827K*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Skalitzerstraße 40. 1850K*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1895K*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6. SW. Belleallianceestraße 78. N. Ackerstraße 113. †123*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ⅛ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 97/14*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Papageien aller Arten billig, auch Tausch. Vogelwirt-Restaurant, Kommandantenstraße 52. 27/6*

Restauration, nahe Bahnhof, 2000,00 verkäuflich. Brauerei giebt 1000,00 zu. Erfragen Mühlenstraße 38, Bierabzieher. 2257b

Verkaufe sofort zwei Zimmer gute, gediegene Nußbaummöbel — drei Wochen benutzt — spottbillig — Brautleuten passend. Darunter auch Plüschsofa, Schlagregulator 10, prachtvolle, echte Oelgemälde 8, echte Stahlstiche, Stehsäulen 4, Schaukelstuhl, Vogelständer, Plüschdecke, Gardinen, Teppich, Verschiedenes. Ganze Kücheneinrichtung, zusammen 48. Alexanderstraße 29, vorn II. 2243b

Radfahrer! Die Geschäftsverlegung meines bedeutend vergrößerten Fahrradlagers von Brunnenstraße 112 zeige ergebenst an. Neue Fahrräder 65,00, gebrauchte 15,00 an. Fahrradteile billiger. Tacker, jetzt Brunnenstraße 80. Reparaturwerkstatt. 2253b

Halbrenner, elegant, spottbillige Gelegenheit. Wilhelmstraße 121, Portier. 2252b

Bett, prachtvolles, 18,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 2219b

Land- und Wasserparzellen, Quadratrute von 8 bis 14 Mark (Vorortverkehr) verkauft Heinrich Noaf, Brunnenstraße 55, II. 98/1

Original Seifert verkauft 20 zweijährige Hähne 10,00, junge 6,00, Weibchen 2,00. Neumann, Friedenstraße 49, Züchterei. 29/14

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2248b*

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Rat in Patentsachen, Sprechstunden bis abends neun. 2195b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Pfandleihe Fliederstraße 7. †98*

Fahrradgesuch, auch defekt, Nachlaß, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Meinen werten Kunden im Gewerkschaftshause mache ich hiermit bekannt, daß ich nur organisierte Gehilfen beschäftige. H. Rausch, Friseur, Bethanien-Ufer 10. †143*

Saal zu Vergnügungen rc. frei. Oestreich, Perlebergerstraße 14. 1178b

Vereinszimmer Lier, Alte Jakobstraße 119. 1906K*

Vereinszimmer, 40 Personen, Pianino, zu vergeben Kommandantenstraße 65, Ladewig. 1884K*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzestraße achtzehn. Gerichtssachen! Eingabengesuche, Ratertelung. *

Suche bessere Restauration oder Destillation. Offerten Spedition Rügenerstraße 24. †93

Vereinszimmer Lenz, Alte Jakobstraße 69. 1909K*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold, Brillanten kauft Groß, Wrangelstraße 4. 29/13

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Ratertelung. Langjährige Erfolge! [2265b*

Rechtsbureau Falk, Brunnenstraße vierzig. Prozeßbeistand, Strafsachen, Alimentensachen, Ehescheidungssachen, Eingabengesuche, Ratertelung.

Wer Stoff hat, fertige eleganten Anzug oder Paletot nach Maß inkl. Zuthaten von 15 Mark an. B. Lewkowitz, Alexanderstraße 14a. [1913K*

Nehme die Beleidigung zurück und erkläre Fräulein Thiele als ein ehrenhaftes Mädchen. Elsa Gnad.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker Elsholz, Gropiusstraße 7. 2210b*

Humorist Gerhardy, Kottbuser Damm 100. †122*

Organisierter Parteigenosse, mit guten socialpolitischen Kenntnissen und schriftstellerischer Befähigung, bisher im Zeitungswesen beschäftigt, sucht Stellung irgend welcher Art bei bescheidenen Ansprüchen; wenn möglich mit Gelegenheit zu weiterer Ausbildung in mündlicher und schriftlicher Agitation. Offerten unter „Stellung", „Vorwärts"-Spedition Lichtenberg-Berlin. †123*

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Prospekt gratis. Hermann Wolf, Zwickau, Reichsstraße 44. 2170b

Marmorschleifer verlangt Brieß, Frankfurterstraße 125. 2240b

Arbeitskutscher verlangt Wehnert, Greifswalderstraße 92. 2241b

Tüchtigen Facettenschleifer suchen sofort Schlesische Spiegelbelegerei Herff u. Wohlfarth, Breslau X. 2022

Fournierer sucht Goldleistenfabrik Barthels, Michaelkirchstraße 17.

Schlosserlehrling verlangt Bauschlosserei, Kommandantenstraße 61. *

Gürtlerlehrling verlangt Kühnemann, Naunynstraße 55, I. 2242b

Farbigmacherinnen verlangt Max Leonhardt, Schlesischestraße 31. *

Vergolderinnen verlangt Max Leonhardt, Schlesischestraße 31. †30*

Arbeiterin auf feste Blusen verlangt Hinz, Mariannenstraße 31, vorn IV. †30

Johann Jägers, Zornbdorferstraße 16, vorn IV, verlangt tüchtige Sacknäherin. 2247b

Chiffon-Arbeiterin sofort verlangt, Meldung bis 11 Uhr. Oppermann, Tieckstraße 11, IV. 2240b

Mamsells, wattierte Paletots, Nebes, Dieffenbachstraße 35, III.

Westennäherin verlangt Wiesenstraße 29a. 2251b*

Versilberinnen werden verlangt R. Stering, Koloniestraße 5. †81

Schirm-Näherinnen, welche sauber arbeiten und pünktlich liefern, finden bei höchsten Berliner Löhnen dauernde Beschäftigung. Remak u. Silber, Krausenstraße 39. 2142b

Tüchtige Schürzennäherinnen verlangt im und außerm Hause Zionskirchstraße 39, II.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Arbeitsnachweis der Goldschmiede.
Engel-Ufer 15.

Für Neunkirchen/Trier: 1 Goldarbeiter, der fassen und gravieren kann. Kost und Logis im Hause.
Für Lübeck: 1 Goldarbeiter wie oben. 20—24 M.
Für Görlitz: 3 tüchtige Goldarbeiter.
Für Müncheberg: 1 Goldarbeiter, der zugleich die Zahntechnik erlernen kann. Kost und Logis im Hause.
Für Berlin: Tüchtige Goldarbeiter. 1 Fasser. 1 Karmoasierungsarbeiter. 1 Goldpoliererin. 1 Silberpoliererin auf chirurgische Instrumente. 2 Goldarbeiter-Lehrlinge. 1—2 Juwelenarbeiter. 2 Besteckarbeiter.

Tüchtige Instrumentenmacher auf chirurgische Stahl-Instrumente verlangen 55/13
Louis & H. Loewenstein,
Ziegelstr. 28.

Arbeitslose

intell. Personen finden als Reisende guten Verdienst.
Briefe erbeten unter **„G. 126"** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., München.** 132/10

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die **Pianofabrik** von **Nieber & Co., Alexanderstr. 22** und **Wallner-Theaterstr. 26/27,** ist wegen Differenzen für **sämtliche** Branchen **gesperrt.** 142/2*
Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung! Holzarbeiter!

Im Baugeschäft **A. Sonnenburg, Holsteiner Ufer 2,** haben sämtliche Bautischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Bautischlerei von **Moll, Löwestr. 2 und 7.**
Zuzug fernhalten. 87/16*
Die Ortsverwaltung.

Einem Teil unserer heutigen Auflage — für Charlottenburg, Moabit, Wedding — liegt ein Prospekt des Warenhauses **Lachmann & Scholz in Moabit, Turmstr. 76 und Ottostr. 1 bei.**

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.